



 **Universität Trier**

Fachbereich III – Politikwissenschaft

Indigene Bewegungen und Parteien in Bolivien

Analyse des Aufstiegs Evo Morales' und seines Movimiento al Socialismo

Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
einer Magistra Artium M.A.

Eingereicht am 2. Juni 2010
an der Universität Trier • Fachbereich III • Politikwissenschaft

Von Anja Peters
Studienfächer: Politikwissenschaft (HF), Spanische Philologie (NF),
Ethnologie (NF)

Betreuer der Magisterarbeit: Prof. Dr. Joachim Schild
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Stefan Jost

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	I
1. EINLEITUNG.....	1
1.1 THEMENSKIZZE UND FRAGESTELLUNG	1
1.2 THEORETISCHER HINTERGRUND	3
1.3 METHODISCHES VORGEHEN UND FORSCHUNGSSTAND	4
1.4 AUFBAU DER MAGISTERARBEIT.....	5
2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	7
2.1 PARTEIEN ALS POLITISCHE UND SOZIALE ORGANISATIONEN	7
2.2 KATEGORIEN ZUR ANALYSE DES ERFOLGS VON PARTEIEN	10
2.2.1 <i>Parteien im institutionellen Gefüge des Staates</i>	10
2.2.2 <i>Konfliktstrukturen der Gesellschaft</i>	12
2.2.3 <i>Parteipolitisches Führungspersonal</i>	15
2.2.4 <i>Organisation von Parteien</i>	18
2.2.4.1. <i>Innere Verfasstheit</i>	19
2.2.4.2. <i>Verhältnis zwischen Partei und sozialem Umfeld</i>	21
2.2.5 <i>Parteien als Ausdruck ideologischer und programmatischer Ziele</i>	23
2.2.6 <i>Politische Partizipation und Mobilisierung</i>	24
3. KURZER EINBLICK IN GESCHICHTE UND POLITIK BOLIVIENS	26
4. INDIGENE BEWEGUNGEN UND PARTEIEN IN BOLIVIEN	30
4.1 ERSTE PHASE: INDIANISMUS UND KATARISMUS	32
4.2 ZWEITE PHASE: INDIGENER BEWUSSTWERDUNGSPROZESS	36
5. DER AUFSTIEG DES MAS UND EVO MORALES'	41
5.1 PARTEIEN IM INSTITUTIONELLEN GEFÜGE BOLIVIENS.....	42
5.1.1 <i>Rechtliche Verankerung der Parteien</i>	43
5.1.2 <i>Reform des Wahlsystems</i>	45
5.1.3 <i>LPP und administrative Dezentralisierung</i>	48
5.2 KONFLIKTSTRUKTUREN DER BOLIVIANISCHEN GESELLSCHAFT	51
5.2.1 <i>Regierende versus Volk: Legitimationskrise der politischen Parteien</i>	51
5.2.2 <i>Westen versus Osten: Landrechte und Landverteilung</i>	55

5.2.3	<i>Reiche versus Arme: Soziale Folgen der neoliberalen Wirtschaftsreformen</i>	56
5.2.4	<i>Indigene versus Nicht-Indigene: Politisierung des Ethnischen</i>	59
5.3	PARTEIPOLITISCHES FÜHRUNGSPERSONAL	62
5.3.1	<i>Werdegang und Bedeutung von Evo Morales</i>	62
5.3.2	<i>Weitere Führungspersonen und ihr Einfluss</i>	68
5.4	ORGANISATION DES MAS	70
5.4.1	<i>Innere Verfasstheit</i>	70
5.4.2	<i>Verhältnis zwischen MAS und sozialem Umfeld</i>	77
5.5	POLITISCHE FORDERUNGEN UND IDEOLOGIE DES MAS	80
5.6	DOPPELSTRATEGIE UND MOBILISIERUNGSFÄHIGKEIT DES MAS	82
6.	FAZIT	90
7.	LITERATURVERZEICHNIS	94
7.1	PRIMÄRQUELLEN	94
7.2	SEKUNDÄRLITERATUR	95

Abkürzungsverzeichnis¹

Art.	Artikel
ASP	Asamblea por la Soberanía de los Pueblos (Versammlung für die Souveränität der Völker)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
bzw.	beziehungsweise
CE	Código electoral (Wahlgesetz)
CIDOB	Confederación Indígena del Oriente Boliviano, später: Confederación Indígena del Oriente y Amazonía de Bolivia (Indigene Konföderation des bolivianischen Ostens, später: Indigene Konföderation des bolivianischen Ostens und Amazonas)
CIPCA	Centro de Investigación y Promoción del Campesinado (Zentrum zur Forschung und Förderung des Bauerntums)
COB	Central Obrera Boliviana (Bolivianische Hauptorganisation der Arbeiter)
CONAMAQ	Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu (Nationaler Rat der Ayllus und Markas des Qullasuyu)
CONDEPA	Conciencia de Patria (Gewissen des Vaterlandes)
CPE	Constitución política del Estado (Politische Verfassung des Staates)
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (Alleinige Gewerkschaftskonföderation der Kleinbauern Boliviens)
d. h.	das heißt
EGTK	Ejército Guerrillero Tupaj Katari (Guerilla-Armee Tupaj Katari)
FEJUVE	Federación de Juntas Vecinales (Föderation der Nachbarschaftsvereinigungen)
FSB	Falange Socialista Boliviana (Sozialistische Falange Boliviens)
ggf.	gegebenenfalls
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IPSP	Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos (Politisches Instrument für die Souveränität der Völker)
IU	Izquierda Unida (Vereinigte Linke)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAS	Konrad-Adenauer Stiftung
LPP	Ley de Participación Popular (Gesetz zur Bevölkerungsbeteiligung)
MAS	Movimiento al Socialismo (Bewegung zum Sozialismus)
MIP	Movimiento Indígena Pachakuti (Indigene Pachakuti Bewegung)
MITKA	Movimiento Indio Tupaj Katari (Indianische Tupaj Katari Bewegung)
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario (Nationalistisch revolutionäre Bewegung)
MRTK	Movimiento Revolucionario Tupaj Katari (Revolutionäre Tupaj Katari Bewegung)

¹ Alle spanischen Begriffe, Interviewfragen und Zitate dieser Magisterarbeit wurden von der Autorin selbst übersetzt.

MRTKL	Movimiento Revolucionario Tupaj Katari de Liberación (Revolutionäre Tupaj Katari Bewegung der Befreiung)
NRO	Nichtregierungsorganisation
o. J.	ohne Jahr
OTB	Organizaciones Territoriales de Base (Territoriale Basisorganisationen)
PCB	Partido Comunista Boliviano (Kommunistische bolivianische Partei)
PIB	Partido Indio de Bolivia (Indianische Partei Boliviens)
PMC	Pacto Militar Campesino (Militär Bauern Pakt)
PP	Ley de Partidos Políticos (Parteiengesetz)
sog.	sogenannte/r/n
u. a.	unter anderem
UCS	Unidad Cívica Solidaridad (Bürgerliche Einheit für Solidarität)
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel

„Gott, hüte mich vor meinen ‚Freunden‘!
Denn vor meinen Feinden weiß ich, wie ich mich hüten kann.
Hüte mich vor ‚Entwicklungshelfern‘, die eigentlich sich selbst nicht helfen können!
Hüte mich vor Ethnologen, Anthropologen und weiteren –logen und Lügen gemeinsam,
die mich mit fremden Maßstäben messen, und dabei furchtbaren Schaden anrichten.
Hüte mich, vor es gut meinenden Befreiern und Feministinnen aller Couleur,
die in ihrem eigenen Land nicht in der Lage sind, etwas zu ändern.
Oder wenn sie was geändert haben, nur in die andere Richtung
und ihnen ist das überhaupt nicht bewusst“ (Chanez 2006: 388).

1. Einleitung

Mit diesem *Gebet* antwortet der bolivianische Gewerkschaftsvertreter Oscar Chanez auf die Frage: „Können Europäer Ihrer Meinung nach Boliviens Probleme verstehen?“ Als Vertreterin des Berufszweigs der –logen hat dieses Zitat die Autorin nach vielen Monaten Lektüre und Literatursuche nachdenklich gestimmt und ihre schon vorhandene Sensibilität für die Komplexität der bolivianischen Situation erhöht.

1.1 THEMENSKIZZE UND FRAGESTELLUNG

Bolivien ist das Land mit der größten indigenen² Bevölkerung Lateinamerikas. Nach einem Zensus von 2001 identifiziert sich die Mehrheit der Bürger über 15 Jahre (62,3 %) als Angehörige eines der 36 ursprünglichen Völker Boliviens (PNUD 2004: 104). Es handelt sich um eine indigene Mehrheit, die bis vor 15 Jahren sozial, politisch und ökonomisch von den öffentlichen Instanzen der Macht ausgeschlossen wurde (Mamani Ramírez 2009: 67). Seit Anfang der 90er Jahre finden in Bolivien jedoch bedeutende sozialpolitische Wandlungen statt, die die bolivianische Gesellschaft und Politik nachhaltig geprägt haben. Seit der *Marcha por el Territorio y la Dignidad*³ der Tieflandvölker im Jahr 1990 wird von einem Aufstieg bzw. einem „Prozess der Identitätsfindung“ (Jost 2006a: 5) der indigenen Bevölkerung des Landes gesprochen. Dieser Prozess hat die meist gewerkschaftlich organisierten Bewegungen gestärkt und den politischen Diskurs nachhaltig ethnisiert. Als ein erster Höhepunkt in dieser Entwicklung kann der Wahlsieg Evo Morales’ im Dezember 2005 und die Amtseinführung des ersten indigenen Präsidenten Boliviens bezeichnet werden. Morales hat es mit seiner Partei *Movimiento al Socialismo – Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos* (MAS-

² In der Magisterarbeit werden die Begriffe *indios* bzw. *indianisch* vermieden, da sie in Bolivien pejorativ verwendet werden (Mayorga 2005: 118). Die Bezeichnung *indigen* ist an die Definition von Martínez Cobo (1983: 50) angelehnt, die in Kapitel vier genauer erläutert wird.

³ Marsch für Territorium und Würde.

IPSP)⁴ geschafft, bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu erringen. Das hatte es in der demokratischen Geschichte Boliviens seit 1982 bisher nicht gegeben.

Beim MAS handelt es sich ursprünglich um eine rechte Partei, die Ende der 1990er Jahre nur noch auf dem Papier existierte. Der Parteigründer bot Morales an, die 1987 beim Wahlgerichtshof registrierte Partei zu übernehmen, um an den Kommunalwahlen teilnehmen zu können. Morales und seine Anhänger gingen auf das Angebot ein und nahmen somit zum ersten Mal unter dem Parteinamen MAS erfolgreich an den Wahlen im Dezember 1999 teil. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 erreichte der MAS bereits 20,94 % und zog damit als zweitstärkste Partei ins Parlament ein. Bei den Kommunalwahlen 2004 konnte er gegenüber 1999 weitere Stimmen hinzu gewinnen, blieb allerdings insgesamt hinter den hohen Erwartungen zurück. Der politische Erfolg wurde dadurch jedoch nicht gebremst und der MAS erreichte seinen bis dahin größten Triumph bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2005: Er konnte mit 53,7 % die absolute Mehrheit im Parlament erreichen und Morales wurde zum Präsidenten der Republik Bolivien gewählt (Harten 2007: 4-5; Van Cott 2005: 86-87, 2008: 53-57). Somit stellte der MAS nicht nur den überwiegenden Teil des politischen Personals auf kommunaler Ebene, sondern besetzte mit Morales und seinem Vizepräsidenten García Linera ebenfalls die höchsten Ämter des Staates.

Abgesehen von diesem Erfolg als Partei im politischen System haben Morales und seine Anhänger immer wieder ihre außerparlamentarische Organisationskraft und Mobilisierungsfähigkeit bewiesen. Seit 2000 legten sie gemeinsam mit anderen Aktivisten und sozialen Bewegungen durch Straßenblockaden, Demonstrationen und Streiks das Land lahm, zwangen zwei Präsidenten zum Rücktritt, schwächten die Wirtschaft und brachten Bolivien an den Rand des politischen Zusammenbruchs (Marmon 2005a: 142).

Der hier kurz skizzierte parlamentarische und außerparlamentarische Erfolg des MAS konnte wissenschaftlich bisher noch nicht abschließend begründet werden. Verschiedene Autoren gehen auf mögliche Gründe des unerwarteten Wahlerfolgs 2005 ein, ohne dafür jedoch einen analytischen Rahmen zu definieren oder die Beziehung der einzelnen Erklärungsansätze untereinander zu gewichten.⁵ An dieser Stelle möchte die Magisterarbeit ansetzen und folgende Fragestellung beantworten: *Anhand welcher Faktoren lässt sich der politische Erfolg des MAS und Evo Morales' seit Ende der 1990er Jahre erklären?* Dabei erstreckt sich der Unter-

⁴ Meist nur abgekürzt mit MAS – so auch in dieser Magisterarbeit –, was im Spanischen auch *mehr* heißt und Teil des Parteiprogramms ist: Wir sind die Mehrheit. Wir wollen mehr (Tokarski 2006: 56). In Anlehnung an den spanischen Artikel wird im Folgenden von *dem* MAS gesprochen.

⁵ Vgl. u. a. Marmon/Kramer 2006; Goedeking/Zuazo 2006; Stefanoni 2003; Jost 2006a.

suchungszeitraum von Dezember 1999 (erste Teilnahme an Kommunalwahlen) bis Dezember 2005 (Sieg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen).

1.2 THEORETISCHER HINTERGRUND

Theoretisch ist diese Arbeit in der Parteienforschung verortet. Ziel ist es, anhand eines von der Autorin selbst erstellten Analyserasters den beschriebenen Erfolg des MAS und Evo Morales' zu analysieren. Dabei werden im theoretischen Teil sechs parteipolitisch relevante Kategorien aufgezeigt, die den Erfolg einer Partei in einem politischen System beeinflussen können: Institutionelles Gefüge des Staates, Konfliktstrukturen der Gesellschaft, parteipolitisches Führungspersonal, Parteiorganisation, Ideologie und programmatische Ziele sowie politische Mobilisierungsfähigkeit. Die Betrachtung weiterer wichtiger Faktoren wie beispielsweise der Wahlkampfstrategien des MAS und der Rolle der Medien kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden.

Um Erfolg messen zu können, soll zunächst definiert werden, was in dieser Magisterarbeit darunter verstanden wird. Dies soll in Anlehnung an Schmid/Zolleis geschehen: „Der Erfolg von Parteiorganisationen misst sich am Erreichen ihrer vorrangigen Ziele“ (Schmid/Zolleis 2005: 14). Als vorrangige Ziele einer Partei gelten hier die Wahlteilnahme, ein hohes Wahlergebnis, das Streben nach politischen Ämtern und ggf. der Auftrag zur Regierungsbildung sowie die damit einhergehende Möglichkeit, eigene politische Zielvorstellungen zu verwirklichen.

Die Frage, ob es sich beim MAS tatsächlich um eine Partei handelt und er demnach als solche untersucht werden kann, ist höchst umstritten. Die in der Sekundärliteratur auffindbaren Charakterisierungen der Organisation lauten meist: Soziale Bewegung, Konföderation von sozialen Bewegungen, Symbiose von sozialer Bewegung und politischer Partei oder Organisation in der Transformationsphase von sozialer Bewegung zu politischer Partei (Zuazo 2008; Do Alto 2008; Archondo 2007). Dabei beziehen sich die genannten Autoren meist auf die Organisation und die innere Verfasstheit des MAS. Hinzu kommt, dass der MAS sich selbst als *politisches Instrument* bezeichnet, um sich damit von den etablierten bolivianischen Parteien abzugrenzen – eine Strategie, die in Abschnitt 5.2.1 genauer erläutert wird.

Ohne die Frage nach der parteitypologischen Einordnung des MAS in dieser Magisterarbeit abschließend klären zu können, waren für die vorliegende Arbeit folgende Argumente ausschlaggebend, den MAS trotz aller Kontroversen als Partei zu betrachten: Abgesehen von

seiner internen Organisation, agiert der MAS in Anbetracht seiner Ziele und Funktionen, die er seit 1999 im politischen System Boliviens wahrnimmt, als Partei. Mit seiner Registrierung beim nationalen Wahlgerichtshof gilt der MAS darüber hinaus im politischen und juristischen Sinne als Partei und nimmt an kommunalen und nationalen Wahlen teil. Er rekrutiert politisches Personal und realisiert eigene politische Zielvorstellungen. Ein Blick in seine Geschichte verdeutlicht, dass Gewerkschaften und soziale Bewegungen Boliviens seit 1995 die Gründung einer Partei anstrebten, um in die Sphäre der Politik einzutreten. Die Möglichkeiten der Organisationsform *soziale Bewegung* reichten ihnen nicht mehr aus.⁶ Sie strebten politische Ämter an, um selbst aktiv Politik gestalten zu können, und schlossen sich deshalb im MAS zusammen.

1.3 METHODISCHES VORGEHEN UND FORSCHUNGSSTAND

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine politische Fallstudie zu Bolivien. Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden mit Hilfe der Inhaltsanalyse sowohl Primärquellen als auch Sekundärliteratur ausgewertet. Zu den Primärquellen gehören Verfassungstexte, Parteien- und Wahlgesetze sowie Parteiprogramme. Im Bereich der Sekundärliteratur werden Aufsätze und Monographien der deutschen, US-amerikanischen und lateinamerikanischen Bolivienforschung zur Analyse herangezogen.

Nach eingehender Literaturrecherche kann der Eindruck, dass „Bolivien zu den politikwissenschaftlich besonders wenig beachteten Ländern Lateinamerikas zählt“ (Jost 2003: 38) nur bestätigt werden. Daraus ergeben sich erhebliche Forschungsdesiderate, wozu auch die wissenschaftliche Betrachtung der politischen Parteien in Bolivien gehört. Seit Ende der 1990er Jahre und dem Beginn der internationalen Beschäftigung mit indigenen Kulturen hat sich die Forschung über soziale und indigene Bewegungen in Bolivien sowie über sog. ethnische Parteien intensiviert. Zu nennen sind hier vor allem die Wissenschaftlerinnen Donna Lee Van Cott, Deborah Yashar, Roberta Rice, Nancy Grey Postero (USA), Juliana Ströbele-Gregor (Deutschland) sowie der in Bolivien lebende spanische Jesuitenpater Xavier Albó, der als Mitbegründer des *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA) seit Jahrzehnten die politische Entwicklung der indigenen Bevölkerung unterstützt und begleitet.⁷

⁶ Das Handlungsinstrumentarium einer sozialen Bewegung ist primär außerparlamentarisch. Daher ist sie zur Veränderung politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse auf Parteien angewiesen, die (wenn auch auf Druck von außen) entsprechende Gesetze im Parlament erlassen müssen (Rudzio 2003: 112).

⁷ Ausführlicher Überblick über den Forschungsstand zu Bolivien vgl. Jost 2003: 38-50. Rezensionen zum Thema *Indigene Bewegungen in Lateinamerika* vgl. Jost 2008a.

Die Wahl Evo Morales', seine ersten Amtshandlungen (Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie) und nicht zuletzt seine freundschaftlichen Beziehungen zu Hugo Chávez in Venezuela und Fidel Castro in Kuba weckten nicht nur das Interesse der westlichen Medien, sondern auch der Politikwissenschaft, wobei der Fokus bisher meist auf der Person des Präsidenten lag. Der politische Werdegang und der Aufstieg seiner Partei MAS werden dabei kaum betrachtet. Im Falle einer Analyse der Partei liegt das Hauptaugenmerk meist auf den vom MAS gestellten Regierungen ab Januar 2006. Daher wurden Experteninterviews mit Vertretern verschiedener politischer Organisationen sowie mit Beobachtern des politischen Geschehens in Deutschland und Bolivien durchgeführt.⁸ Vom 24.10. bis 09.11.2009 hatte die Autorin die Gelegenheit, einen kurzen Forschungsaufenthalt in Bolivien zu absolvieren. Sie arbeitete bei der *Fundación Jubileo*⁹ in La Paz und kontaktierte mit Hilfe der kirchlichen Partnerschaftsinstitutionen des Bistums Trier und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Gesprächspartner für ihr Thema. Ziel war es, mit zusätzlichen Kommentaren und Einschätzungen vor Ort, Informationen der Literatur besser einordnen und bewerten zu können.

Zur Durchführung der Interviews wurde ein Leitfaden auf der Basis der Literatur von Gläser und Laudel (2006) auf Deutsch und Spanisch konzipiert.¹⁰ Bis auf eines konnten alle Interviews mit einem Diktiergerät aufgezeichnet werden.¹¹ Die zur Analyse unter Kapitel fünf relevanten Passagen der Experteninterviews wurden transkribiert und liegen dieser Magisterarbeit als Anlagen bei.

1.4 AUFBAU DER MAGISTERARBEIT

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Auf die Einleitung folgt der theoretische Teil in Kapitel zwei, in dem nach einer kurzen Einführung in den Begriff der Partei als soziale und politische Organisation sechs Kategorien der Parteienforschung vorgestellt werden, die zur Analyse der Frage, worin der Erfolg einer Partei begründet liegen kann, dienen.

Das dritte Kapitel liefert zunächst einen kurzen historischen Einblick in die Geschichte und Politik Boliviens, bevor die Entwicklung indigener Bewegungen und Parteien seit Ende der 60er Jahre in Kapitel vier geschildert wird. Hierin werden die Versuche zur Etablierung indi-

⁸ Liste der Interviewpartner siehe *Kapitel acht: Anlagen*. Quellenangaben in Bezug auf die Experteninterviews werden wie folgt gekennzeichnet: (Name, Anlage Nr.: Seite).

⁹ Die Stiftung wurde 2003 von der Bolivianischen Bischofskonferenz und den Diözesen Hildesheim und Trier gegründet. Ihre Ziele sind die Stärkung der bolivianischen Zivilgesellschaft, die Förderung der Demokratie sowie die Befähigung der Zivilbevölkerung zur Teilhabe und Mitgestaltung von politischen Entscheidungsprozessen (Krein 2009: 28).

¹⁰ Vgl. Anlagen I und II.

¹¹ Das Gespräch mit Herrn Velásquez wurde mit Hilfe von Gesprächsnotizen zusammengefasst.

gener Parteien bzw. einer erfolgreichen indigenen Interessenvertretung und die Gründe ihres Scheiterns in der Vergangenheit aufgezeigt.

Kapitel fünf bildet den Schwerpunkt dieser Arbeit, die Analyse des politischen Erfolgs des MAS von 1999 bis 2005. Diese Untersuchung erfolgt anhand der im theoretischen Teil erarbeiteten Analysekatoren der Parteienforschung. Dabei werden u. a. die Konfliktlinien der bolivianischen Gesellschaft, das soziale Umfeld des MAS, seine Ideologie und Mobilisierungsfähigkeit sowie die besondere Rolle des Parteichefs Evo Morales betrachtet. Das Fazit wird abschließend die herausgearbeiteten Gründe für den Erfolg des MAS zusammenfassen und bewerten.

Für die vorliegende Arbeit sei vermerkt, dass sämtliche Begriffe, die Personen bezeichnen, selbstverständlich geschlechtsneutral zu verstehen sind.

2. Theoretische Grundlagen

Die Parteienforschung gehört zu den traditionellen Kerngebieten der Politikwissenschaft. Das hohe wissenschaftliche Interesse an Parteien in den letzten 20 Jahren hat zu einer Fülle an Literatur geführt, die eine kaum zu überblickende Anzahl an theoretischen Ansätzen und Studien zur Parteienforschung hervorgebracht hat. Dabei liegt der Fokus überwiegend auf der Analyse der Parteien in westlichen Demokratien (v. a. USA, Kanada und Westeuropa) (Jun 2009a: 10-11). Die Erforschung von Parteien und Parteiensystemen in den sog. *Entwicklungsländern* hinkt dagegen weit hinterher – nicht zuletzt weil diese Länder über eine viel kürzere Erfahrung mit demokratischen Systemen verfügen, die immer wieder durch Perioden militärischer und autoritärer Regime unterbrochen wurden (Dix 1989: 24). Dadurch wurden zudem die Verfügbarkeit von Daten und die Möglichkeit zur Forschung in den 1960er und 1970er Jahren verhindert (Randall 2006: 387). Dieser Forschungsrückstand sollte stets im Hinterkopf behalten werden, wenn Begriffsbestimmungen über Parteien als Organisationen zur Analyse bolivianischer Verhältnisse herangezogen werden. Auch wenn sich in Bolivien seit 1982 (Übergang zur Demokratie) ein durch Parteien konstituiertes und stabilisiertes politisches System herausgebildet hat, können die Kategorien nicht vorbehaltlos übertragen werden.

Da es in dieser Magisterarbeit nicht um die Analyse eines bestimmten Parteityps oder die Klassifizierung eines Parteiensystems geht, sondern darum, parteipolitisch relevante Faktoren aufzuzeigen, um den Erfolg einer Partei innerhalb eines politischen Systems zu untersuchen, ist es nach Meinung der Autorin durchaus möglich, die bisher in westlichen Demokratien herausgefilterten Kategorien heranzuziehen. Nach Möglichkeit und Relevanz werden die einzelnen Kapitel um Ergebnisse bzw. Besonderheiten der lateinamerikanischen Parteienforschung ergänzt.

2.1 PARTEIEN ALS POLITISCHE UND SOZIALE ORGANISATIONEN

Eine eindeutige Definition von Partei gibt es nicht. Die Vielzahl der vorhandenen Annäherungen an den Begriff variieren je nach Untersuchungsschwerpunkt und Betrachtungsweise des jeweiligen Autors. Im Folgenden wird die Herangehensweise von Wiesendahl gewählt, der keine allumfassende Definition vorgibt, sondern sich den Charakteristika von Parteien durch Fragen nach ihren Zielen, ihrer Organisation und ihren jeweiligen Funktionen im politischen System nähert.

Zu den Hauptzielen, die Parteien verfolgen, gehören das Streben nach politischen Ämtern (*office-seeking*), die Wahlteilnahme bzw. der Wahlerfolg (*vote-seeking*) und die Verwirklichung ihrer politischen Zielvorstellungen (*policy-seeking*). Parteien möchten aktiv Politik gestalten und dabei ihre entwickelten Programmvorstellungen umsetzen. Dieses dritte Ziel führt zu einem weiteren Parteizweck, der Etablierung von Leitideen und weltanschaulichen Überzeugungen, die sie als Wertegemeinschaft mit eigenem Profil nach außen von anderen unterscheidet und nach innen den Zusammenhalt der Mitglieder stärkt. In diesem Sinne handelt es sich bei Parteien um normative Organisationen, die aus ihren Wertvorstellungen politische Ziele ableiten und in Regierungsverantwortung umsetzen möchten (Wiesendahl 2006: 4-8).

Bei der Frage nach der Organisation von Parteien muss zunächst festgehalten werden, dass sie sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf staatlicher Ebene verankert sind. Basierend auf der US-amerikanischen Parteienforschung wird die Organisationsstruktur einer Partei nach den drei folgenden Analyseeinheiten aufgeschlüsselt: Parteibasis (*party on the ground*, gesellschaftliche Ebene), Parteileitung (*party central office*) und Partei in öffentlichen Ämtern (*party in public office*, staatliche Ebene).¹² Die erste Einheit beinhaltet die lokalen Mitgliederorganisationen, in denen freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeiter die parteiliche Verwurzelung in der Gesellschaft garantieren. Bei der Parteileitung handelt es sich um die Führungsorgane und die gewählten hauptberuflichen Vorstände der Partei, die gemeinsam mit einem Apparat an bezahlten Mitarbeitern u. a. Parteitage organisieren, Wahlkämpfe durchführen sowie die laufenden Parteigeschäfte tätigen. Auf der dritten (staatlichen) Ebene wird die Partei von Berufspolitikern vertreten, die in Parlaments- und Regierungsämter gewählt wurden. Sie sind meist in einer Fraktion organisiert (Wiesendahl 2006: 10-13).

Bei der Betrachtung der vielfältigen Funktionen, die Parteien erbringen, ist es sinnvoll zunächst nach fünf Bezugsbereichen zu unterscheiden, denen die einzelnen Funktionen zugeordnet werden können: „der Wählerbereich, der organisierte Interessenbereich, der Öffentlichkeitsbereich, der politische Entscheidungsbereich und der organisatorische Binnenbereich der Parteien“ (Wiesendahl 2006: 16).¹³ Gegenüber ihren Wählern nehmen Parteien drei Funktionen wahr: Sie artikulieren und aggregieren Interessen der ihnen nahestehenden Gruppen, strukturieren¹⁴ anstehende Wahlen und mobilisieren Wähler zur Teilnahme an Wahlen, was

¹² Vgl. Abbildung in Anlage III.

¹³ Vgl. Abbildung in Anlage IV.

¹⁴ Vor den Wahlen sehen Parteien ihre Aufgabe darin, komplexe Parteiprogramme zu reduzieren, politische Richtungsalternativen aufzuzeigen und zur Wahl stehende Personen zu bewerben.

wiederum zu einer Integration der Bürger in die politische Gemeinschaft führt. Die Funktion der Interessenaggregation wird von den Parteien ebenfalls im Bereich der organisierten Interessen wahrgenommen. Hier gilt es von anderen politischen Akteuren (Verbänden, Gewerkschaften) bereits zum Ausdruck gebrachte Anliegen zu bündeln und als politische Handlungsvorschläge ins Parlament einzubringen. Damit agieren sie als Vermittler zwischen widerstrebenden Interessen und tragen dazu bei, dass gesellschaftliche Konflikte bereits im Vorfeld entschärft werden.

Vor allem Interessenartikulation und –aggregation führen dazu, dass Parteien die öffentliche Meinung mit prägen. Sie versuchen, politische Themen auf die mediale Agenda zu heben und in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Durch die unterschiedlichen Meinungen der Parteien zu einem Thema bzw. die verschiedenen Deutungen eines Problems werden dem Bürger einerseits Orientierungs- und Entscheidungshilfen gegeben. Andererseits versucht die Partei dadurch Wähler für sich zu gewinnen. Auf der politischen Entscheidungsebene erfüllen die Parteien drei Aufgaben: Sie stellen (je nach Wahlergebnis) die Opposition im Parlament bzw. die Regierung des Landes, die allein oder in Koalition mit anderen Parteien die Verantwortung für die Politik eines Staates trägt. Einmal in Regierungsverantwortung gibt die jeweilige Partei den politischen Kurs für die nächste Amtsperiode vor und besetzt staatliche Schlüsselpositionen und politische Ämter. Im fünften Bezugsbereich der Binnenorganisation der Partei werden folgende Funktionen erfüllt: Elitenrekrutierung, Sozialisation der Parteimitglieder, politische Bildung sowie Partizipation und politische Zielfindung.

Darüber hinaus können zwei Meta-Funktionen identifiziert werden. Durch die schon erwähnte Schlüsselstellung zwischen Staat und Gesellschaft stellen die Parteien eine wichtige Verbindung (*linkage*-Funktion) dar, da sie „gegenüber den aus ihren Reihen stammenden politischen Entscheidungsträgern als Transmissionsriemen für die Artikulation, Kommunikation und Umsetzung der Wählerwünsche fungieren“ (Wiesendahl 2006: 20). In ihrer Rolle als Interessenvertreter der Bürger und Träger politischer Herrschaft leisten sie zudem insgesamt einen Beitrag zur Legitimation des demokratischen Systems (Wiesendahl 2006: 16-21).

Im Gegensatz zu europäischen Parteien ist die gesellschaftliche Verankerung der Parteien in Lateinamerika oft schwach ausgeprägt. Parteien entstehen bzw. verschwinden schneller und gründen ständig wechselnde Allianzen, wodurch es wenig Kontinuität gibt (Dix 1989: 24-25). Die Gründe dafür liegen unter anderem darin, dass es sich bei den betreffenden Parteien oft nicht um Mitgliederparteien handelt. Der bereits vorgestellten Binnenorganisation fehlt somit die Parteibasis und damit die direkte Verbindung zu den Bürgern. Sollte eine soziale Gruppe

repräsentiert werden, hat es meist klientelistische Hintergründe. Darüber hinaus gibt es einen starken Einfluss des sog. *Caudillismo*. Selbsternannte Anführer sehen in der Partei nur ein Instrument, um ihre persönlichen (Macht-)Interessen auf staatlicher Ebene durchzusetzen.¹⁵ Eine Folge davon ist, dass Parteien oftmals ein eigenes Parteiprogramm fehlt, mit dem sie von anderen politischen Akteuren zu unterscheiden wären. Als institutionelle Besonderheit kommt hinzu, dass alle politischen Systeme Lateinamerikas präsidential verfasst sind und daher der Rekrutierungsfunktion von politischem Personal eine stärkere Bedeutung zukommt (Randall 2006: 388; Rinke/Stüwe 2008: 44, 46).

2.2 KATEGORIEN ZUR ANALYSE DES ERFOLGS VON PARTEIEN

Die Auswahl der nun folgenden Analysekatoren wurde von der Frage geleitet: Welche institutionellen und gesellschaftlichen Faktoren können zum Erfolg einer Partei beitragen? Die einzelnen Unterkapitel zeigen parteiliche sowie gesellschaftliche Handlungsfelder und Rahmenbedingungen auf, die ihren Beitrag zum Erfolg einer Partei leisten können. Anhand dieser Kategorien werden in Kapitel fünf die Gründe für den Erfolg des MAS untersucht und gewichtet.¹⁶

2.2.1 Parteien im institutionellen Gefüge des Staates

Da Parteien sich vor allem in nationalen Kontexten bewegen, sind sie im Hinblick auf Aufbau, Organisation und Stellung im politischen System zu einem großen Teil abhängig von der Verfasstheit des Staates. Staatsaufbau, Regierungssystem, Wahlrecht, Wahlsystem und Parteiengesetz bilden die institutionellen Rahmenbedingungen, die bei einer Analyse nicht außer Acht gelassen werden können. Gesetzliche Änderungen dieser Parameter können erheblichen Einfluss auf die Entwicklung und den Erfolg einer Partei haben (Deschouwer 2006: 292).

Zunächst erfolgt die Untersuchung der rechtlichen Verankerung der Parteien. Werden sie als Institutionen in der Verfassung genannt oder in anderen juristischen Regelwerken? Finden sie überhaupt Erwähnung und wenn ja, welche Rolle im politischen System wird ihnen zugeschrieben? Überdies ist die rechtliche Organisation des Regierungssystems von Relevanz. Wichtig ist, ob der Staat in Form eines parlamentarischen oder eines präsidentiellen Regierungssystems organisiert ist, das sich wiederum zentralistisch oder föderal strukturiert. In einem präsidentiellen System haben die Parteien vor allem die Aufgabe der Kandidatenaufstel-

¹⁵ Weitere Erläuterungen hierzu siehe Abschnitt 2.2.3.

¹⁶ Das nun folgende Analyseraster ist in Anlage V tabellarisch zusammengefasst.

lung, deren Wahlen und die Organisation der Legislative und der Regierung. In einem parlamentarischen System kommt den Parteien in einem Parlament eine besondere Verpflichtung zu. Sie müssen für die Regierungsfähigkeit des Systems Sorge tragen und möglichst stabile Parlamentsmehrheiten zur Stützung der Regierung und zur Verabschiedung von Gesetzen bilden. In diesem Fall ist Mehrheits- und Koalitionsdisziplin gefragt (Steffani 1988: 555-557). Im Falle eines föderalen und dezentralen Staatsaufbaus können Parteien auf verschiedenen Ebenen (kommunal, regional, national) agieren, was wiederum Auswirkungen auf ihre innere Organisation hat. Überdies gibt es Parteien, die nur auf kommunaler Ebene aktiv sind und dort Erfolg haben. Andere finden über Kommunalwahlen und ihren regionalen Bekanntheitsgrad den Einstieg ins politische System.

Weitere wichtige institutionelle Indikatoren sind Wahlrecht und Wahlsystem eines Landes. Unter Wahlrecht werden hier die rechtlichen Voraussetzungen des Wählens und des Gewähltwerdens verstanden. Wahlsysteme beinhalten „den Modus, nach welchem die Wähler ihre Partei- und/oder Kandidatenpräferenz in Stimmen ausdrücken und diese in Mandate übertragen werden“ (Nohlen 2007: 61). Wahlsysteme regeln Wahlkreiseinteilung, Wahlwerbung, Stimmenabgabe und -verrechnung und werden grundlegend unterschieden nach Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Den Wahlsystemen kommt eine beachtenswerte Bedeutung bei der politischen Willensbildung und der Übertragung von politischer Macht zu. Die Verhältniswahl führt zur Repräsentation der gesellschaftlichen Kräfte im Parlament. Daher hat eine kleinere Partei in diesem System eher die Chance ins Parlament einzuziehen, wenn sie die ggf. festgelegte Prozent-Klausel überwunden hat (Nohlen 2007: 66, 151-152). Relevant im Zusammenhang mit den Wahlen sind auch die rechtlichen Bestimmungen zur Gründung von Parteien und ihrer Zulassung zu den anstehenden Wahlen: Muss eine Partei sich registrieren lassen und wenn ja, welche Anforderungen sind zu erbringen?

In einigen Ländern gibt es neben den bereits geschilderten rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen noch zusätzlich ein Parteiengesetz, das hier definiert wird „as legislation specifically designed to regulate the life of party organizations“ (Müller/Sieberer 2006: 435). In diesem Gesetz werden u. a. die Aufgaben der Partei, ihre innere Ordnung, die Kandidatennominierung und insbesondere die Ausführungen zur privaten und staatlichen Parteifinanzierung geregelt. Interessant ist, ob es eine staatliche Finanzierung gibt und wenn ja, an welche Bedingungen sie geknüpft ist. Daran schließt sich die Frage an, ob die Gründung neuer Parteien dadurch befördert oder erschwert wird (Müller/Sieberer 2006: 435-445).

2.2.2 *Konfliktstrukturen der Gesellschaft*

Zur Erklärung des Verhältnisses von Parteien und Gesellschaft wurden in der Parteienforschung und in der politischen Soziologie verschiedene Erklärungsansätze entwickelt, die u. a. in der sozialstrukturellen Theorie, der Milieutheorie und der Interessentheorie mündeten (von Alemann 2003: 100, 106, 112). Zur Analyse der bolivianischen Verhältnisse soll hier die sozialstrukturelle Theorie herangezogen werden. Milieu- und Interessentheorie erscheinen für die vorliegende Analyse wenig hilfreich, da die Erstgenannte eher auf die Erklärung der deutschen Parteienentwicklung abzielt und die Interessentheorie von einer entideologisierten und nivellierten Mittelstandsgesellschaft ausgeht, die in Bolivien nicht existiert.

Die Konfliktlinienforschung geht von der Prämisse aus, dass die Sozialstruktur der Gesellschaft das Parteiensystem bestimmt. Sie basiert vor allem auf dem theoretischen Entwicklungs- und Erklärungsmodell von Lipset und Rokkan (1967), die darin begründen, wie soziale Konflikte in ein politisches System übertragen werden. Parteien spielen dabei eine bedeutende Rolle. Sie dienen als Sprachrohr bzw. als Organisation, in der gesellschaftliche Konflikte institutionalisiert werden. Nach Lipset und Rokkan (1967: 14-15) bildeten sich im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts durch Prozesse der Nationenwerdung und der industriellen Revolution vier grundlegende Konfliktlinien heraus: zwischen Kirche und Staat, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen urbanen Industriezentren und ländlicher Agrarwirtschaft sowie zwischen Arbeit und Kapital, wobei die Letztere am häufigsten und stärksten zu beobachten ist. Aus diesen Konfliktstrukturen entwickelten sich Parteien, die ein bestimmtes Wählersegment an sich banden. Es kann daher theoretisch behauptet werden, dass das Parteiensystem eines Landes die Hauptkonfliktlinien der Gesellschaft repräsentiert. In der Praxis handelt es sich bei der Konfiguration des Parteiensystems jedoch um einen hochkomplexen historischen und sozialpolitischen Vorgang. Es gibt hierbei keinen verallgemeinerbaren Automatismus. Je nach Staat und Zeitpunkt in der Geschichte wurden soziale Konflikte durch Parteien aufgegriffen oder auch nicht (Mair 2006: 371).

Sartori gibt eine mögliche Antwort auf die Frage, wann soziale Konflikte in ein politisches System übertragen werden. Er betont die Rolle der Partei, die seiner Meinung nach die existenten Konflikte aktiv aufgreift und damit politisiert: „[I]t is not the ‘objective’ class (class conditions) that creates the party, but the party that creates the ‘subjective’ class (class consciousness)“ (Sartori 1990: 169). Damit wirkt die Partei zurück in die Gesellschaft und manifestiert soziale Konflikte und Strukturen. Man kann hier von einer wechselseitigen Beeinflus-

sung sprechen, wobei im konkreten Fall genau zu untersuchen ist, ab wann oder wodurch ein Konflikt virulent und politisch relevant wird.

Nach Mair (2006: 373) zeichnen sich ins politische System übertragene Konfliktlinien durch drei Eigenschaften aus. Zum einen repräsentieren sie (tiefgehende) soziale Teilungen zwischen Menschengruppen auf der Basis wichtiger sozialstruktureller Dispositionen wie z. B. Klasse, Ethnie oder Religion. Zum anderen muss innerhalb dieser Teilgruppe das Bewusstsein einer kollektiven Identität existieren, die nach außen gemeinsame Interessen vertritt. Als Drittes muss der Konflikt durch politische Akteure (Partei, Gewerkschaft, Kirche) artikuliert und politisiert werden.

Zur Repräsentation der im sozialen Gemeinwesen vorfindbaren Interessenkonflikte formulieren Parteien bestimmte programmatische Leitvorstellungen, die wiederum dem Wähler bei den Wahlen als politische Ziele angeboten werden. Wandeln¹⁷ sich die Konfliktlinien in einer Gesellschaft, werden die Parteien unter der Prämisse des *vote-seeking* vor die Herausforderung gestellt, sich anzupassen bzw. sich zu verändern. Reagieren die etablierten Parteien nicht auf den gesellschaftlichen Wandel, kann es zur Bildung von Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen kommen, die zum politischen Protest aufrufen und das Versagen der politischen Parteien auf die öffentliche Agenda setzen. Sie zwingen die Parteien zum Wandel oder nutzen die Gunst der Stunde und formieren sich selbst zu einer neuen Partei, die dann mit einem entsprechenden Wahlprogramm antritt (Steffani 1988: 552-553; Siavelis 2006: 367).

Obwohl die hier geschilderten Thesen die Entstehungsgeschichte von Parteiensystemen in Westeuropa reflektieren, können sie zur Analyse der politischen Verhältnisse in Lateinamerika herangezogen werden (Dix 1989: 23). Gerade anhand der Bedeutung des Klassenkonflikts für das Entstehen und die Einordnung von Parteien auf einer Rechts-links-Achse, lassen sich die politischen Verhältnisse Lateinamerikas auf Grund einer relativ weit fortgeschrittenen Industrialisierung und Urbanisierung gut in das theoretische Modell einordnen. Abgesehen von der Art der Konflikte in Lateinamerika gilt für Lipsets und Rokkans grundsätzliche Beobachtung über den Zusammenhang zwischen sozialen Konflikten und Parteien, dass „it may still shed light on the process through which parties were originally formed“ (Randall 2006: 389).

¹⁷ Mit *wandeln* ist hier gemeint, dass existierende Konfliktlinien an Bedeutung verlieren, verschwinden und andere Konfliktlinien neu entstehen bzw. bereits vorhandene soziale Konflikte artikuliert und somit auf die politische Agenda gehoben werden.

Politisierung des Ethnischen

Über die klassischen Konfliktlinien hinaus spielten in Lateinamerika ethnische und religiöse Konflikte im Gegensatz zu anderen *Entwicklungsländern* kaum eine Rolle. Dies hat sich allerdings vor allem in den Andenstaaten Südamerikas seit den 1990er Jahren stark geändert. Seit wann und warum ethnische Konflikte politisiert werden, darauf wird in diesem Abschnitt eingegangen. An erster Stelle soll jedoch zunächst eine kurze Begriffsannäherung stehen.

Auf der Suche nach einer Definition von Ethnizität stößt man auf die unterschiedlichsten Erklärungsansätze. Nach Ganter (1995: 16-18) sind die Hauptkontrahenten in der seit Jahrzehnten kontrovers geführten Debatte *Primordialisten* auf der einen und *Konstruktivist*en auf der anderen Seite. Nach primordialen Ansätzen bestehen Ethnien unabhängig von menschlichen Handlungen. Die einzelnen Mitglieder werden in eine Ethnie hineingeboren und ihre Gruppenzugehörigkeit gilt als naturgegeben. Konstruktivistische oder situationale Ansätze gehen im Gegensatz dazu davon aus, dass Ethnien sozial konstruiert sind und damit durch menschliches Handeln (re-)produziert werden. Die jeweilige Zugehörigkeit zu einer Ethnie definiert sich in Abgrenzung zu anderen Gruppen. Haller (2005: 95) erläutert dazu, dass heutzutage beide Erklärungsansätze in der praktischen Analyse ethnischer Gruppen komplementär verwendet werden, da keine der Theorien allgemeingültig bzw. anwendbar ist. In der vorliegenden Arbeit konzentriert sich die Untersuchung der gesellschaftlichen Konfliktstrukturen auf konstruktivistische Ansätze, da diese sozial vermittelte und konstruierte Grenzziehungen bei der Analyse von ethnischen Phänomenen in den Vordergrund stellen (Ganter 1995: 68).

Eine ethnische Gruppe kann demnach definiert werden als „a named social category of people based on perceptions of shared social experience or ancestry. Members of the ethnic group see themselves as sharing cultural traditions and history that distinguish them from other groups“ (Peoples/Bailey 2003: 346). Bei einer Ethnie handelt es sich um eine Wir-Gruppe mit einer kollektiven Identität, die meist auf dem Glauben an eine gemeinsame Abstammung gründet. Ethnizität bezeichnet dementsprechend „die selbst- und/oder fremdzugeschriebene Zugehörigkeit zu einer solchen imaginierten Abstammungsgemeinschaft“ (Ganter 1995: 59), durch die die Welt eines Individuums in *Wir* und *Sie* unterteilt wird.

Nach der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Kolonien von Spanien und Portugal kam es zu keinem politischen Neuanfang. Vor allem politische Eliten in Ländern mit einem hohen Anteil an indigener Bevölkerung führten die alten Argumentationsmuster basierend auf Rassismus und Exklusion fort, um der Bildung eines indigenen Wählerblocks vorzubeugen. Die aktiv praktizierte Diskriminierung dieses Bevölkerungsteils dauerte Jahrzehnte und grub sich

tief in die gesellschaftlichen Strukturen ein. „Racist social norms helped to rationalize the contradiction between the logic of equality that underpins democracy and the reality of an ethnic hierarchy” (Van Cott 2000: 158). Neben der beschriebenen sozialen Ungleichheit trugen weitere Faktoren wie Armut, Analphabetismus, geographische und damit einhergehende kulturelle Isolation zum Ausschluss der Indigenen aus dem politischen System des Landes bei. Somit unterstützten weite Teile der indigenen Bevölkerung (vor allem *campesinos*¹⁸) diejenigen Parteien oder Militärbündnisse, die ihnen wirtschaftliche Vorteile und kulturelle Selbstbestimmungsrechte zusicherten.

Erst in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte sich vereinzelt ein ethnisches Bewusstsein in Lateinamerika und erste indigene Organisationen wurden gegründet. In den 1990er Jahren kam es dann zu einer Ballung nationaler und internationaler Ereignisse, die zu einer neuen Sichtbarkeit indigener Präsenz führten: Im Mai 1990 legte die größte Mobilisierung indigener Gruppen in Ecuador das Land lahm; im September desselben Jahres fand in Bolivien die bereits erwähnte *Marcha por el Territorio y la Dignidad* von ethnischen Gruppen des Tieflandes nach La Paz statt; 1993 wurde von den Vereinten Nationen zum *Jahr der indigenen Völker* ausgerufen; viele Staaten Lateinamerikas, darunter auch Bolivien (1994), schrieben ihre Verfassungen um und definierten sich als multiethnische Staaten. Vor allem die indigene Bevölkerung der Andenländer begann mehr und mehr, ihre politischen Forderungen nach einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mit spezifischen kulturellen Anliegen zu verknüpfen und ethnische Differenzen in diesem Zusammenhang zu thematisieren. In unterschiedlichen Wechselwirkungen entstanden somit neue politische Diskurse, die ethnische Unterschiede zunehmend politisierten (Scheuzger 2004: 153-154).

Für die Erklärung des Erfolgs Evo Morales' und des MAS in Kapitel fünf wird die Politisierung des ethnischen Momentes in Bolivien genauer betrachtet. Interessant ist vor allem, inwiefern der MAS diese Entwicklung aufgegriffen und für sich genutzt hat.

2.2.3 Parteipolitisches Führungspersonal

„Politik wird von Personen gemacht, nicht durch Sachzwänge, Strukturen oder anonyme Kräfte“ (von Alemann 2003: 155). In diesem Sinne soll es in diesem Abschnitt um die Rolle, den Einfluss und die Strategien von herausragenden Parteipolitikern und Führungspersonlichkeiten gehen.

¹⁸ Mit dem Begriff *campesino* sind vor allem die Subsistenzwirtschaft betreibenden Kleinbauern gemeint.

Auf Grund der bereits geschilderten Funktionen von Parteien und ihrer Bedeutung als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Politik ist eine politische Karriere für Menschen ohne Partei bzw. ohne Parteizugehörigkeit kaum zu realisieren. In dieser Hinsicht dienen Parteien als Karrierevehikel „für die in ihr oder durch sie Tätigen (öffentliche Amtsbewerber, Parteiführer, Funktionäre und Angestellte)“ (Steffani 1988: 559). Kandidaten für Führungsämter in der Parteispitze bzw. politische Ämter in Parlament und Regierung haben zum einen ein Interesse daran, in und durch die Partei aufzusteigen. Nach erfolgter Wahl oder Nominierung achten sie jedoch auch auf parteiinterne Geschlossenheit und Organisationsstärke, um im Wettkampf mit politischen Konkurrenten bestehen zu können. Insbesondere bei Wahlen kommt den Kandidaten eine besondere Bedeutung zu. Sie repräsentieren ihre Partei nach außen und werben für deren Programm. Vor allem die Kandidaten für die höchsten Ämter im Staat stehen im Fokus des Interesses der Wählerschaft und bemühen sich, mit (gegensätzlichen) politischen Positionen die Wähler zu mobilisieren (von Alemann 2003: 156).

Parteien werden im Hinblick auf *office-* und *vote-seeking* oft mit Unternehmen verglichen, die möglichst erfolgreich und gewinnbringend geführt werden müssen. Die jeweilige Führungselite und herausragende Führungspersönlichkeiten können somit als *politische Unternehmer* bezeichnet werden, „die ihr individuelles Eigeninteresse am Machtstreben mit strategischem Geschick verbinden und zielstrebig in die Gründung eines kollektiven Gebildes Partei investieren“ (Wiesendahl 2006: 22-23). Der politische Unternehmer wird vor allem dann aktiv, wenn es um die Mobilisierung von politischer Unterstützung oder die (innerparteiliche oder koalitionsinterne) Durchsetzung bestimmter politischer Anliegen geht.

Im Falle der Politisierung ethnischer Konfliktlinien in einer Gesellschaft lässt sich in Erweiterung des Konzepts des politischen Unternehmers auch vom *ethnischen Unternehmer* sprechen, der mit ethnisch ausgerichteten Deutungsangeboten sozioökonomischer oder politischer Ungerechtigkeiten versucht, Unzufriedenheiten oder Erwartungen der Gruppe zu kanalisieren und in eine entsprechende Richtung zu lenken. Dies funktioniert nur, wenn die ethnische Identität einer Gruppe stark genug ausgeprägt ist und als Bezugspunkt für gemeinsame Situationsanalysen, Positionierungen und Handlungsabsichten fungiert. Bei den ethnischen Unternehmern kann es sich z. B. um traditionelle Eliten oder charismatische¹⁹ Führungspersönlichkeiten handeln, die das vorhandene Unrecht der aktuellen Situation einzig aus ethnischer Perspektive interpretieren (Schröder 1998: 15). Wichtig ist, dass Grenzziehungsmerkmale der

¹⁹ Im Sinne Max Webers wird unter *Charisma* die außeralltägliche Ausstrahlung und Befähigung eines politischen Führers verstanden, an dessen Heldenhaftigkeit und Vorbildlichkeit seine Anhänger glauben (Weber 1972: 124).

Ethnie (Symbole, Traditionen und der Glaube an eine gemeinsame Abstammung) hierbei oftmals verändert, aufgewertet und/oder überhöht werden (Ganter 1995: 133-134). Stammt die jeweilige Führungsperson aus der Ethnie, deren Anliegen sie vertritt, kann es zudem zu einer hohen Identifikation der Anhänger mit dieser Person kommen.

Caudillismo

Der *Caudillo* ist als selbsternannter Anführer eine Herrschergestalt, die in Lateinamerika vor allem im 19. Jahrhundert auftrat, nachdem die spanischen und portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen worden waren. In den neu gegründeten Staaten bildete sich daraufhin ein Machtvakuum, das vom *Caudillo* und seinen Anhängern gefüllt wurde. Sie rebellierten und putschten sich an die Macht und bestimmten das politische Geschehen (Werz 2003: 47). Eine Definition, die eine Einengung des Phänomens auf eine bestimmte geschichtliche Epoche vermeidet, ist: „*Caudillismo* soll heißen ein Typus autoritärer Herrschaft, der nicht institutionell verankert ist, sondern primär auf den persönlichen Führungsqualitäten des bzw. der Herrschenden beruht“ (Waldmann 1978: 194). Die personenzentrierte Herrschaftsausübung des *Caudillo* beruht teilweise auf Gewalt, aber auch auf freiwilliger Gefolgschaft. Abgesehen von den ihm unterstellten charismatischen Führungsqualitäten, stützt sich die Macht des *Caudillo* auf ein gesellschaftliches Patronage- und Klientensystem.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen darüber, ob es sich bei den *Caudillos* um ein konstantes Phänomen der politischen Kultur Lateinamerikas handelt oder ob sich seine Bedeutung durch gesellschaftspolitische Veränderungen (wie z. B. Institutionalisierung des Militärs, Organisation der Bevölkerung in Gewerkschaften und Verbänden, Urbanisierung, Aufbau von staatlichen Strukturen) verringert hat. Einig ist man sich jedoch darin, dass es eine enge Verbindung zwischen dem Auftreten eines *Caudillo* und der Verbreitung personalisierter Gewalt- und Abhängigkeitsformen gibt. Waldmann argumentiert daher, dass es auch in der Gegenwart zur Entfaltung des Typus des *Caudillo* kommen kann, wenn personenzentrierte Abhängigkeitsverhältnisse in Staat und Wirtschaft weiter bestehen und/oder soziale Protestbewegungen entstehen, die noch keine feste Organisationsgestalt angenommen haben. Im zweitgenannten Fall existieren politisch mobilisierbare Bevölkerungsgruppen, deren Unmut der selbstbewusste und führungsbegabte *Caudillo* aufgreifen und kanalisieren kann (Waldmann 1978: 193-206).

Nach dieser Betrachtung möglicher Charakteristika von Führungspersonal, ist die entscheidende Frage zur Beurteilung, inwiefern dieser Aspekt zum Erfolg des MAS beigetragen hat,

welche Vertreter der Partei überhaupt untersucht werden. Konzentriert man sich auf den Parteivorsitzenden und den Spitzenkandidaten bei den jeweiligen Wahlen, der das Bild der Partei in der Öffentlichkeit entscheidend prägt, oder erweitert man die Analyse auf weitere Führungspersonlichkeiten an der Partei- und Fraktionsspitze? Bei der Betrachtung der Fraktionsmitglieder könnte vor allem deren soziales und ideologisches Profil interessant sein, da daraus die Rekrutierungspraxis und die politische Strategie einer Partei abgeleitet werden können (Matuschek 2008: 41-42).

Im Fall des MAS kommt der Person Evo Morales eine besondere Bedeutung zu. Er ist der unbestrittene Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidat. Daher wird in der Analyse vorrangig seine Rolle in und für die Partei betrachtet. Welchen Einfluss hat Morales auf die Mobilisierung der Partei und deren inneren Zusammenhalt? Handelt es sich bei ihm um einen indigenen *Caudillo*, der seine Macht auf personalisierte Gewalt- und Abhängigkeitsformen stützt, und/oder um einen ethnischen Unternehmer, der die Politisierung des ethnischen Momentes forcierte, um damit die Wahlen zu gewinnen? Die Analyse des Einflusses weiterer Führungspersonen im MAS ist auf Grund der schlechten Literatur- und Informationslage schwierig. Sowohl in der Sekundärliteratur als auch in den Experteninterviews werden Vermutungen über die Rolle verschiedener Politiker angestellt, die sich kaum belegen lassen. Genannt werden Álvaro García Linera (aktueller Vizepräsident) und die Gruppe COMUNA, Juan Ramón Quintana (bis Dezember 2009 Minister im Präsidentschaftsamt) und David Choquehuanca (aktueller Außenminister), von denen man glaubt, dass sie dem engeren Beraterkreis um Morales angehören (Käss, Anlage X: 3; Mesa, Anlage XI: 3; Núñez, Anlage XII: 2; Goedeking/Zuazo 2006: 19-20, 26; Ströbele-Gregor 2007: 4).

2.2.4 Organisation von Parteien

Für Parteien, die langfristig erfolgreich sein wollen, ist eine funktionsfähige Parteiorganisation wichtig. Dabei geht es zum einen um die innere Verfasstheit einer Partei und zum anderen um ihr Verhalten nach außen bzw. ihre Repräsentation in der Gesellschaft. Diese beiden Faktoren stehen in Wechselbeziehung zueinander: „[E]ine nach außen hin stark vernetzte Partei, die innerlich jedoch zerrissen ist, wird ebenso wenig erfolgreich agieren können wie eine intern homogene Organisation, die nach außen kaum über Bindungen zur Gesellschaft verfügt“ (Matuschek 2008: 30).

2.2.4.1. Innere Verfasstheit

In Abschnitt 2.1 wurde bereits die idealtypische dreigliedrige Organisation von Parteien – Parteibasis, Parteileitung und Partei in öffentlichen Ämtern – vorgestellt. Die formale Organisation einer Partei wird durch die jeweiligen staatlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Darüber hinaus entwickelt jede Partei jedoch eigene Strukturen und Funktionsweisen, die es im Hinblick auf die übergeordnete Frage nach den Ursachen ihres Erfolges genauer zu untersuchen gilt.

Die Organisationsstrukturen von Parteien wurden in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene theoretische Perspektiven betrachtet. In früheren Studien bezeichnete man die Parteien als einheitlich agierende zweckrationale Akteure, die im Inneren hierarchisch gegliedert waren und deren Mitglieder autoritär geführt wurden. Die moderne Parteienforschung versteht Parteien jedoch als offene und durchlässige Sozialgebilde. Zur Erklärung des Organisationscharakters bevorzugt man das Modell der Stratarchie, „demzufolge Parteien in eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen, Flügeln, Fraktionen und Subeinheiten zerfallen, die partiell rivalisieren oder innerparteiliche Koalitionen schmieden, um ihre Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen“ (Jun 2004: 167). Damit gilt eine Partei als heterogene Großorganisation mit einer komplexen Struktur an kompliziert geknüpften Netzwerken, die nur begrenzt von oben steuerbar ist, was durch die oft mangelhaft ausgeprägte innerparteiliche Kommunikation noch verstärkt wird (von Alemann 2003: 151). Wiesendahl (1998: 242) betrachtet Parteien sogar als „unterentwickelte, defizitäre und schlecht funktionierende Organisationen.“ Für Außenstehende ist es oft nicht nachvollziehbar, wie innerparteiliche Willensbildung verläuft, welche Akteure bei der Entscheidung beteiligt waren, wo Beschlüsse herbeigeführt werden oder welche Probleme warum bearbeitet wurden. Seiner Meinung nach lassen sich Parteien daher als fragmentierte, lose verkoppelte Anarchien charakterisieren (Wiesendahl 1998: 243).

Die Parteimitglieder stellen nach wie vor das Fundament der Organisation dar, auch wenn in westlichen Demokratien über den Nutzen- und Funktionsverlust von Parteimitgliedern infolge des Übergangs zum Medienwahlkampf und der Einführung der Staatsfinanzierung diskutiert wird (Wiesendahl 2006: 109-111). Bei der Analyse der Parteimitglieder wird nach vier Typen unterschieden. Die Basis der Partei bilden das *einfache Mitglied*, das seinen Beitrag zahlt und damit passiv die Partei unterstützt, und der *ehrenamtlich Aktive*, der maßgeblich den Wahlkampf seiner Partei auf lokaler Ebene trägt und Kommunalpolitik prägt. Die Parteilite wird von dem *hauptberuflich Angestellten*, der Veranstaltungen, Wahlkämpfe und Gremientätigkeit organisiert, und dem *Mandatsträger* gebildet, der in ein öffentliches Amt gewählt wurde.

Der Basis werden folgende Hauptfunktionen zugeschrieben: Finanzierung der Partei, Planung und Umsetzung des (Straßen-)Wahlkampfes, Vernetzung der Partei mit der Gesellschaft (Botschafter- und Multiplikatorenrolle) sowie Mobilisierung der Wählerschaft. Damit leisten sie einen Beitrag zum demokratischen Legitimationsanspruch der Parteien (von Alemann 2003: 144-147).

Lateinamerikanische Parteien zeichnen sich im Inneren durch Personalismus, Zentralismus, Organisationsschwäche und einer vergleichsweise geringen innerparteilichen Demokratie aus. Auch wenn sie sich als Mitgliederparteien bezeichnen, dominiert innerhalb der Organisation ein kleiner Führungskern oder lediglich ein Politiker. Die Ausrichtung auf eine Person wird durch die Präsidentialverfassung der lateinamerikanischen Länder gefördert. Parteitage besitzen, sofern sie stattfinden, kaum Kontroll- oder Entscheidungsfunktionen (Werz 2008: 300-307; Fischer-Bollin 2003: 82-83).

Trotz komplexer Strukturen und intransparenter Entscheidungsverfahren müssen Parteien ihre Kräfte bündeln und nach außen als einheitlicher Akteur auftreten, da offene Konflikte vom politischen Gegner ausgenutzt werden können. Im politischen Prozess sind Flexibilität, Kohäsion und Strategie²⁰ gefragt, deren Ausmaß wiederum von der Gestaltung der parteiinneren Machtbeziehungen abhängt. Diese Machtbeziehungen lassen sich in *vertikale* (Verhältnis Parteilite zu Parteibasis) und *horizontale Machtebenen* (Verhältnis innerhalb der Parteilite) einteilen. Auf der vertikalen Ebene ist entscheidend, wie autonom die Parteilite gegenüber der Basis ist. Dies lässt sich anhand folgender Faktoren untersuchen: Kontrolle über die Kandidatenselektion, über die Besetzung der parteilichen Führungspositionen und über die inhaltlich-strategische Ausrichtung der Partei. Dabei wird angenommen, dass eine höhere Unabhängigkeit der Parteilite die strategische Flexibilität und damit den Erfolg der Partei erhöht. Auf der horizontalen Machtdimension kann zum einen nach dem Verhältnis der einzelnen Arbeitseinheiten zueinander (z. B. Partei – Fraktion) und zum anderen nach der Existenz von unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei gefragt werden. Eine hohe Fragmentierung resultiert in der Regel in einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Partei (Matuschek 2008: 31-33).

Für den MAS stellt sich hierbei die Frage, wie es um seine innere Verfasstheit bestellt ist. Wie werden Entscheidungen herbeigeführt? Welche politischen Strömungen sind innerhalb des

²⁰ Strategien werden hier definiert als „mittel- oder langfristig angelegte Regelsysteme oder Kalküle, bei denen eine zweckrationale Beziehung zwischen Zielen und Mitteln angenommen wird und deren Zugrundelegung auf einer Erfolgsorientierung basiert“ (Jun 2009b: 252).

MAS vertreten und wie stark sind sie? Wie sieht die Beziehung zwischen Partielite und Parteibasis aus?

2.2.4.2. Verhältnis zwischen Partei und sozialem Umfeld

Parteien bilden die Scharniere zwischen Politik und Gesellschaft. Wie im vorherigen Abschnitt aufgezeigt wurde, variieren die von den Parteien vertretenen gesellschaftlichen Interessen je nach Konfliktlinie und sozialem Milieu, in dem sie verwurzelt sind. Die relativ homogenen Interessen der sozialen Milieus werden in Vereinen und Verbänden vororganisiert und aggregiert (Steffani 1988: 552). Parteien wiederum rekrutieren aus diesen Vorfeldorganisationen ihre Wählerschaft sowie ihre Mitglieder.²¹ Diese Verbindung zur Gesellschaft dient zum einen zur Legitimierung der parteipolitischen Politik und sichert den Rückhalt für Parteien in der Gesellschaft. Sie führt zum anderen aber auch dazu, dass in Vereinen und Verbänden organisierte Bürger Einfluss auf das Handeln der jeweiligen politischen Eliten nehmen können. Wie dieses wechselseitige Verhältnis im konkreten Fall aussieht, hängt von der Art der Vorfeldorganisation und ihrer Beziehung zur Partei ab (Jun 2009b: 237-238). Die Analyse der Beschaffenheit dieser Organisationen und ihrer Beziehungen, kann sehr aufschlussreich sein, wenn man die Stabilität und den (Wahl-)Erfolg von Parteien verstehen möchte.

Poguntke (2006: 397-398) unterscheidet zwischen vier verschiedenen Typen von Kollateralorganisationen, wie er die Vorfeld- und Unterorganisationen von Parteien bezeichnet. Die *independent collateral organization* (unabhängige Kollateralorganisation) hat keinerlei formale Verbindung zu den politischen Parteien. Die jeweilige Interessenorganisation tritt mit der Partei lediglich zur Verhandlung über bestimmte für sie relevante Politikbereiche in Verbindung. Die Partei ist sich darüber im Klaren, dass die in Aussicht gestellte Unterstützung jederzeit zurückgezogen werden kann. Im Gegenzug dazu hat die Kollateralorganisation wenig Einfluss auf Handlungen und Entscheidungen der Partielite. Anders sieht es bei der *corporately linked collateral organization* (korporativ verbundene Kollateralorganisation) aus, deren Mitglieder gleichzeitig Mitglieder der Partei sind. An dritter und vierter Stelle in der Typologie stehen die *affiliated and ancillary organization* (angliederte und Nebenorganisation) der Parteien. Die *affiliated organization* bewahrt sich eine gewisse Autonomie durch ihre von der Partei unabhängige Organisationsstruktur, ist aber auf der Elitenebene verbunden. Mitglieder der Führungsspitze der Organisation bekleiden von Amts wegen Posten in

²¹ Bezogen auf die westlichen Parteiensysteme gelten diese Beobachtungen jedoch lediglich bis Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. „Individualisierung, Fragmentierung von Lebensstilen und die Ausdifferenzierung sozialer Gruppen“ (Jun 2009b: 237) haben dazu geführt, dass die bis dahin prägenden Konfliktlinien und entsprechenden sozialen Milieus an Bedeutung verloren haben.

den Exekutivorganen der Partei. Die *ancillary organization* ist dagegen vollkommen integriert in die Parteistrukturen und hat keine unabhängige Mitgliedschaft.

In Falle der erstgenannten beiden Kollateralorganisationen handelt es sich um externe Interessengruppen, die unabhängig von Parteien in der Gesellschaft existieren, wie z. B. Gewerkschaften, Bauern- und Wirtschaftsverbände. Die letztgenannten Organisationen werden als interne Interessengruppen bezeichnet, die von den Parteien als Unterorganisationen zur besseren gesellschaftlichen Vernetzung gegründet werden. Was die Art der Beziehungen angeht, wurde schon deutlich, dass sie sowohl formell als auch informell sein können. Das Grundprinzip ist stets: Reaktion auf Druck „that is, party elites need to be convinced that the collateral organization in question actually is capable of either mobilizing or withholding electoral support based on whether or not preferred policy concessions are made“ (Poguntke 2006: 399). Die Macht der jeweiligen Partner hängt jedoch immer vom politischen Kontext und der gesellschaftlichen Gesamtsituation ab. Fest steht, dass die Entscheidungsfreiheit und Macht von Parteieliten durch starke Verbände eingeschränkt werden kann, vor allem wenn die Parteien finanziell von ihnen abhängig sind.

Klientelismus

„Clientelism is essentially a variant of ‚special interest politics‘ – a mechanism through which political parties and their representatives can obtain political support in exchange for selectively allocating benefits through state institutions“ (Hopkin 2006: 411). Mit dem Begriff Klientelismus verbindet man vor allem politische Praktiken in *vormodernen* Gesellschaften, wobei auch in westlichen Industrieländern die Grenze zwischen politisch akzeptierten, gesellschaftlich notwendigen Verbindungen zu Kollateralorganisationen und parteipolitischer Klientelpolitik fließend ist.

Ursprünglich bezeichnete Klientelismus in feudalen Gesellschaftssystemen eine Art Schutzgenossenschaft zwischen dem gesellschaftlich höher gestellten Patron und dem auf Schutz angewiesenen Klienten – wichtig hierbei ist vor allem die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit der Partner. Diese Art des traditionellen Klientelismus existiert weiter in Regionen, in denen die staatliche Gewalt unterrepräsentiert ist und kulturelle bzw. familiäre Beziehungen eine größere Rolle spielen (Hopkin 2006: 406). Neuere klientelistische Beziehungen weisen die beschriebene Ungleichheit der Partner kaum noch auf. Oftmals hat sich das Verhältnis bereits ins Gegenteil verkehrt und Politiker, denen der Vorwurf der Klientelpolitik gemacht

wird, sehen sich mächtigen Interessengruppen gegenüber, ohne deren Unterstützung der Staat nicht regiert werden könnte.

Analysiert man das engere soziale Umfeld des MAS in Bolivien, muss zunächst herausgearbeitet werden, welche Organisationen als Kollateralorganisationen bezeichnet werden können, welchen Einfluss ihnen im Laufe der Jahre zu kam und welche Rolle klientelistische Beziehungen im Verhältnis des MAS zu seinen Kollateralorganisationen spielen. Zudem erscheint es relevant, den Einfluss der vielen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und kirchlichen Hilfswerke zu beleuchten, die durch verschiedenste Maßnahmen (u. a. Hilfe bei der Umsetzung von Dezentalisierungsmaßnahmen in den 1990er Jahren) einen erheblichen Einfluss auf die parteipolitische Entwicklung des MAS ausübten (Mesa, Anlage XI: 3-4).

2.2.5 *Parteien als Ausdruck ideologischer und programmatischer Ziele*

Um den geschilderten gesellschaftlichen Konflikten und Interessengruppen politischen Ausdruck zu verleihen, formulieren die Parteien entsprechende Programme und Ziele, die wiederum den Wählern bei den Wahlen angeboten werden. Mit dem jeweiligen Programm wollen die Parteien in Regierungsverantwortung Politik gestalten und grenzen sich von anderen Parteien ab (Steffani 1988: 551-554). Hierbei kann es sich je nach Land und Gesellschaftsentwicklung um Weltanschauungen handeln, die in Grundsatzprogrammen auf einen längeren Zeitraum festgeschrieben werden oder – wie bei den meisten westlichen Parteien von heute – um allgemeiner formulierte Leitbilder (von Alemann 2003: 154). Durch die in den Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Entwicklung der Parteien von der Massenintegrationspartei zur Volkspartei und dem damit einhergehenden elektoralen Strategiewechsel (Stimmenmaximierung in allen Wählergruppen anstatt Mobilisierung einer sozialen homogenen Gruppe) wurde die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft gelockert und eine klare Abgrenzung der politischen Ziele gegenüber anderen politischen Akteuren schwieriger (Wiesendahl 2006: 58). Die jeweiligen politischen Programme werden vielfach bestimmt durch die Lobbyarbeit verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen, durch politische *Think-Tanks* und Stiftungen, durch parteiliche Flügelkämpfe sowie politische Berater (Vassallo/Wilcox 2006: 414).

Anders stellt sich die Situation dar, wenn Parteien klar definierte Ideologien vertreten, deren Wertesystem wiederum die Identität der Partei entscheidend bestimmt. Die Parteimitglieder identifizieren sich als Gesinnungsgemeinschaft nach innen und grenzen sich nach außen klar von anderen Parteien ab. In den jeweiligen Partei- und Regierungsprogrammen geht es oft-

mals nicht nur um die Umsetzung verschiedener Maßnahmen in einzelnen Politikbereichen, sondern um einen grundlegenden Systemwandel in staatlicher (neue Verfassung), juristischer (neue Rechtstraditionen) und wirtschaftlicher (Etablierung neuer Wirtschaftsformen) Hinsicht. Es geht meist um eine Neugründung des Staates, nicht um Veränderungen innerhalb des existierenden Systems.

Im Falle des MAS handelt es sich um eine Partei, deren Programm ein Konglomerat aus unterschiedlichsten Inhalten darstellt, in dem ideologische Elemente mit konkreten politischen Forderungen verbunden werden, die sich vor allem gegen das traditionelle politische System richten. In Kapitel fünf wird untersucht, welche ideologischen Ansätze und Forderungen der MAS vertritt und warum er mit einer dezidierten *Anti-Politik* erfolgreich ist.

2.2.6 Politische Partizipation und Mobilisierung

In repräsentativen Demokratien nehmen die Bürger durch das Wählen von Parteien indirekt am politischen System teil. Parteien gehören damit zu den Hauptvertretern bürgerlicher Interessen. Wie bereits geschildert, üben auch Verbände und soziale Bewegungen teils erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen aus, mit dem bedeutenden Unterschied, dass sie kein Personal zur Besetzung der politischen Ämter im Staat stellen dürfen. Dies ist und bleibt ein Privileg der Parteien, zumindest in westlichen Demokratien. Die Bürger entscheiden mit ihrer Wahl über die Machtverteilung zwischen den Parteien und damit über die Politik der nächsten Wahlperiode. Daher haben die Parteien ein erhebliches Interesse daran, ihre Mitglieder und potentiellen Wähler – vor allem im Wahlkampf – zu mobilisieren. In Lateinamerika ist es oft so, dass die Parteien meist erst zu Wahlen aktiv werden und dadurch in diesem Bereich eine frühe Professionalisierung einsetzte. Dies wird gefördert durch eine staatliche Parteienfinanzierung, bei der es sich meist lediglich um eine Erstattung von Wahlkampfkosten handelt (Werz 2008: 308; Fischer-Bollin 2003: 81).

Im Hinblick auf die Teilnahme an Wahlen lautet eine These in der Parteien- und Wahlforschung, dass diese niedriger ausfällt, wenn die Wähler das Gefühl haben, dass ihrer Wahl keine Bedeutung mehr zukommt. Dies kann verschiedene Gründe haben: (1) Die Angebote der Parteien unterscheiden sich kaum noch. Der Eindruck entsteht, dass, egal für welche Partei der Bürger sich entscheidet, es keine Auswirkungen auf die Politik der nächsten Jahre hat. (2) Es besteht eine fehlende Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse und ein damit einhergehendes Misstrauen gegenüber der Arbeit von Parteien und Politikern. (3) Nationale Gerichte oder internationale Verträge und Verpflichtungen bilden kollektiv bindende Ent-

scheidungen, auf die der Wähler keinen Einfluss hat. „Whether elections matter, in turn, is to a large extent determined by elite mobilisation (electoral competitiveness), although it also depends on aspects of the institutional setting (such as government responsiveness or the electoral system)“ (Kriesi 2008: 153). Somit tragen intensive Kampagnen zur Mobilisierung der Bürger und ihrer Teilnahme an den Wahlen bei.

Schaffen Parteien es nicht, den beschriebenen Bedeutungsverlust von Wahlen zu relativieren oder rückgängig zu machen, kann dies dazu führen, dass die Bürger nicht zur Wahl gehen (was wiederum die Legitimität demokratischer Institutionen verringert) oder sich unkonventionellen Partizipationsformen zuwenden, die durch politische Unternehmer oder soziale Bewegungen angeboten werden (Kriesi 2008: 149-161).

Seit 2000 hat die Hinwendung der Menschen in Bolivien zu unkonventionellen Partizipationsformen (Demonstrationen, Streiks, Märsche und Blockaden) stark zugenommen und zu politischen Krisen bis hin zur Unregierbarkeit des Landes geführt. Durch außerparlamentarischen Druck wurden Themen auf die politische Agenda gehoben, denen sich die etablierten Parteien im Parlament oder die jeweiligen Staatsoberhäupter nicht mehr verweigern konnten. Da in Bolivien Wahlpflicht herrscht (Jost 2008b: 96), ist es schwierig, den beschriebenen Bedeutungsverlust von Wahlen über die Teilnahme an diesen zu messen. Anhand von Umfragen hat sich in Bolivien jedoch gezeigt, dass die politischen Parteien unter einem hohen Legitimitätsverlust leiden und sich der Wähler keine signifikanten Veränderungen oder Verbesserungen von der Wahl einer Partei verspricht (Tokarski 2006: 45, 51, 54).

Der MAS bezeichnet sich selbst nicht als Partei, sondern als politisches Instrument und präsentiert sich als Alternative zu den traditionellen Parteien. Verwurzelt in den Traditionen und Kampfformen der Bauerngewerkschaften agierte er von Beginn an als Partei im politischen System, aber auch als außerparlamentarische Bewegung, die sich an Protesten gegen die Politik der Regierung beteiligt oder selbst zu Mobilisierungen ihrer Mitglieder und Verbündeten aufruft. Um den Erfolg dieser Doppelstrategie zu erfassen, wird in Abschnitt 5.6 folgenden Fragen nachgegangen: Inwieweit hat der MAS zu den politischen Krisen seit 2000 beigetragen und wie stark hat er davon profitiert? Wie legitimiert der MAS sein strategisches Vorgehen? Welche gesellschaftlichen Mechanismen befördern die Organisation von Massenmobilisierungen in Bolivien?

3. Kurzer Einblick in Geschichte und Politik Boliviens

Im folgenden Kapitel geht es nicht nur um eine zusammenfassende Wiedergabe der politischen Geschichte Boliviens bis 2005, sondern darum, maßgebliche Entwicklungen im Hinblick auf die Rechte und den Status der indigenen Bevölkerung in der Gesellschaft Boliviens herauszuarbeiten.

Bolivien²² erlangte am 6. August 1825 die Unabhängigkeit von der spanischen Krone. Das Land erlebte fast 300 Jahre Kolonialzeit, in denen vor allem seine Silbervorkommen ausgebeutet und ungerechte sklavenähnliche (Gesellschafts-)Strukturen errichtet und etabliert wurden, welche die bolivianische Gesellschaft bis heute prägen. Wiederholte Versuche der Ureinwohner, sich gegen die Kolonialherren aufzulehnen, wurden blutig niedergeschlagen. Erst als spätere Generationen der Kreolen²³ sich gegen das spanische Mutterland erhoben, wurden die kolonialen Gebiete befreit. Bolivien ist nach Simón Bolívar, einem der Befreiungskämpfer und erster Präsident der Republik, benannt. Abgesehen von dem Bruch mit Spanien, kam es nach 1825 jedoch zu wenigen Veränderungen in den ökonomischen und sozialen Strukturen des Landes, denn schließlich waren die neuen Regierenden die Nachfahren derer, die vorher an der Macht waren.

Nach der Unabhängigkeit folgten 40 Jahre *Caudillismo*, in denen sich eine Gruppe von selbsternannten Anführern mit ihren militärischen Einheiten durch Rebellionen oder Putsche an der Macht ablösten und das Land vernachlässigten. Im Salpeterkrieg von 1879 bis 1883 gegen Chile verlor Bolivien beträchtliche Teile seines Territoriums und den wirtschaftlich wichtigen Zugang zum Meer. In den Jahren nach dem Krieg übernahmen Bergwerksmagnaten die Macht und lösten sich als Präsidenten der Republik ab. Ihnen ging es vor allem um Wirtschaftswachstum und ein günstiges politisches Klima für Investitionen. Die Situation der indigenen Bevölkerung verbesserte sich in keiner Weise und das etablierte feudale System breitete sich weiter aus.

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde mit Zinn ein neues Mineral entdeckt, das hervorragende Absatzmöglichkeiten fand. Es begann ein neuer wirtschaftlicher Boom und das nationale Handelszentrum sowie die politische Macht verschoben sich in den Norden. La Paz wurde in der Folge eines Bürgerkriegs (1898/99) des Nordens gegen den Süden zum neuen Regie-

²² Politische und physische Karte vgl. Anlage VI.

²³ Kreolen heißen die in Amerika geborenen Nachfahren der Spanier (Pampuch/Echalar 1998: 46).

rungssitz. Sucre blieb zwar Hauptstadt, behielt jedoch lediglich den Sitz der Judikative (Pampuch/Echalar 1998: 33-60).

Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zum Chaco-Krieg²⁴, der den Aufbau der bolivianischen Gesellschaft erschütterte. Dieser Krieg gegen Paraguay begann 1932 und ließ beide Länder drei Jahre später erschöpft, zerstört und mit über 65 000 Toten zurück. Bolivien verlor wieder einen Krieg und damit große Teile seines Territoriums. Die Niederlage führte jedoch zu einem der entscheidenden Wendepunkte in der bolivianischen Geschichte. Der Krieg hatte innerhalb der bolivianischen Gesellschaft einen Bewusstwerdungsprozess in Gang gesetzt, da sie „sich auf dem Schlachtfeld zum ersten Mal der Realität ihrer ethnischen und sozialen Unterschiede bewusst geworden war“ (Mesa Gisbert 2001: 355). Die sog. Chaco-Generation klagte nach dem Krieg die rassische Trennung in der bolivianischen Gesellschaft offen an und forderte die nationale Elite mit indigenistischen²⁵ und marxistischen Diskursen heraus. Innenpolitisch verloren das bisherige System und die alten Parteien an Glaubwürdigkeit und an Unterstützung durch die Mittel- und Arbeiterklasse (Klein 1982: 194-197). In der Folge etablierte sich eine Art Militärsozialismus, der in Wirklichkeit eher einer Form von Nationalismus mit faschistischen Ideen glich. Dieser wurde jedoch 1939 von der konservativen Oligarchie abgelöst, die dann mit nur einer Unterbrechung bis 1952 regierte. Zu erwähnen ist in dieser Zeit der erste Kongress für indigene Angelegenheiten, der 1945 von der Regierung einberufen wurde. Auf diesem Kongress wurde die indigene Bevölkerung zum ersten Mal als gleichwertige Gesprächspartner anerkannt und der *pongueaje*²⁶ sowie jegliche Art der Sklaverei wurden – zumindest offiziell – abgeschafft (Mesa 2008: 480-481).

Das Fortschreiten der Arbeiterbewegung und das Aufkommen marxistischer Parteien ließen sich nicht mehr aufhalten. Bereits zu dieser Zeit gehörte Bolivien zu den ärmsten Ländern Südamerikas, in dem eine Handvoll Großgrundbesitzer sich mehr als die Hälfte des Ackerlandes teilten. In dieser Situation und mit Hilfe der Mobilisierung der Bergleute gewann 1951 eine sozialistische Partei *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) die Wahlen und forderte die Verstaatlichung des Bergbaus sowie eine umfassende Agrarreform. Daraufhin griff die Armee ein, annullierte die Wahlen und verbot die Partei. Diese entschied sich zum bewaffneten Kampf und erlangte die Macht auf revolutionärem Wege zurück. Es kam zum

²⁴ Beim *Chaco* handelt es sich um eine nahezu unbesiedelte und wasserarme Dornbuschsavanne im Südosten Boliviens, die sich nach Brasilien und Paraguay ausdehnt (Pampuch/Echalar 1998: 20).

²⁵ Hinter dem Konzept des integrationistischen *indigenismo* verbirgt sich die von nicht-indigenen Intellektuellen entwickelte modernisierungstheoretische Vorstellung, dass beim Aufbau eines mestizischen Nationalstaates alle Bewohner zu einer gemeinsamen Kultur finden und die verschiedenen ethnischen Identitäten an Bedeutung verlieren (Ströbele-Gregor 2004: 4; Scheuzger 2004: 156).

²⁶ Ein System unentlohnter indigener Zwangsarbeit im Dienste der Großgrundbesitzer (Mesa 2008: 481).

zweiten wichtigen Wendepunkt in der Geschichte Boliviens, zur Nationalen Revolution im April 1952. In der Folge wurde zum ersten Mal das allgemeine Wahlrecht für alle Bürger über 21 Jahre eingeführt²⁷, die Minen verstaatlicht, eine Bildungsreform mit besonderem Fokus auf der Alphabetisierung der Landbevölkerung sowie eine Agrarreform zur Umverteilung der Besitzverhältnisse durchgeführt und der bolivianische Gewerkschaftsdachverband *Central Obrera Boliviana* (COB) gegründet. Mit Hilfe dieser Maßnahmen „wurde der politische und sozio-ökonomische Ausschluß von über Zwei-Dritteln der Bevölkerung zumindest formal beseitigt“ (Jost 2003: 101). Nach 12 Jahren zerfiel die Parteibewegung jedoch aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe und das Militär putschte (Klein 1982: 232-236). Ab 1964 erlebte Bolivien dann ein Wechselbad von Militärdiktaturen, Putschen, Provisorien und Wahlen bis 1982 die Macht schließlich vom Militär an den demokratisch gewählten Kongress übergeben wurde. Gesellschaftlich stützten sich die Militärregime auf breite Sektoren der Mittelschicht und auf die Bauernbewegung. Erwähnt werden sollte hier die brutalste Diktatur von 1980 bis 1982 unter García Meza, der von nach Lateinamerika geflohenen Nazis beraten und von der Kokain-Mafia finanziert wurde.

Bolivien hatte 1982 mit dem Rückzug des Militärs einen problematischen Übergang zur Demokratie zu bewerkstelligen. Die ersten Jahre im demokratischen System waren geprägt von politischer Instabilität und katastrophalen sozioökonomischen Entwicklungen. In der nachfolgenden Phase (bis 2001) wird von der *democracia pactada*²⁸ gesprochen, einem konsensdemokratischen Konzept, durch das die Regierbarkeit des Landes sichergestellt wurde. Bemerkenswert ist, dass in all den Jahren die regierende Politikerelite stets die gleiche geblieben war. Von 1997 bis 2001 regierte sogar der ehemalige Diktator Bánzer²⁹ als gewählter Präsident das Land (Nohlen 2001: 27-29; Jost 2008b: 87).

Eine Präsidentschaft, die noch in den folgenden Kapiteln immer wieder eine Rolle spielen wird, ist die von Sánchez de Lozada und dem ersten indigenen Vizepräsidenten Boliviens, Víctor Hugo Cárdenas, von 1993 bis 1997. In diesen Jahren wurde Bolivien durch eine Verfassungsänderung als multiethnischer Staat anerkannt und zahlreiche institutionelle Reformen wurden durchgeführt, die zu Dezentralisierung, Etablierung einer interkulturellen zweispra-

²⁷ Vor der Reform hatten Frauen, Analphabeten und Bolivianer, die nicht über ein festgelegtes Mindesteinkommen verfügten, kein Stimmrecht (Jost 2003: 92).

²⁸ Paktierte Demokratie: Seit 1985 etablierten sich Absprachen zwischen Parteien, die einer Regierungskoalition glichen und dem Präsidenten in seiner Regierungszeit zu einer stabilen Mehrheit verhalfen. In den Folgejahren wechselten sich die drei größten Parteien an der Macht ab (Nohlen 2001: 29; Jost 2003: 117-121).

²⁹ Für eine differenzierte Bewertung dieser Präsidentschaftswahl siehe Jost 2003: 415-417.

chigen (Spanisch und regionale indigene Sprache) Erziehung und Stärkung der Bevölkerungsbeteiligung führten.

Seit 2000 nahm die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu und die sozialen Proteste gegen das etablierte Parteiensystem wurden immer stärker. Im April 2000 kam es zum sog. Wasserkrieg in Cochabamba, der durch die Privatisierung der Wasserversorgung und einer damit einhergehenden extremen Tarif- bzw. Preiserhöhung ausgelöst wurde. Das Land wurde durch Blockaden über Wochen lahmgelegt und die Versorgung der Städte wurde abgeschnitten. Das Jahr 2002 gilt als Abrechnung und Bruch mit dem alten System und der etablierten Politikerelite. Bis kurz vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sorgten Proteste, Blockaden und Demonstrationen immer wieder für politische Unruhen. Sie zeigten jedoch vor allem, wie wenig die bisherige Politik es geschafft hatte, der bäuerlichen und indigenen Bevölkerung und ihren Forderungen gerecht zu werden, „weder was die ökonomische noch was die ethnische Dimension der Probleme angeht“ (Goedeking 2001: 132). Bei den Präsidentschaftswahlen erzielte Evo Morales einen unerwarteten zweiten Platz und in den Parlamentswahlen avancierte seine Partei MAS zur zweitstärksten Kraft im Parlament, während die etablierten Parteien mit sehr niedrigen Wahlergebnissen abgestraft wurden (Mesa 2008: 614; Goedeking 2002: 145).

Nach landesweiten Ausschreitungen und Unruhen im Februar und Oktober 2003 musste der Präsident Sánchez de Lozada nach nur knapp einem Jahr an der Regierung zurücktreten und in die USA flüchten. Der Vizepräsident, Carlos Mesa, übernahm das Präsidentenamt jedoch lediglich bis Juni 2005, als auch er nach drei Wochen andauernden Protesten verschiedener sozialer Bewegungen abdanken musste. Nach seinem Rücktritt steckte das Land in einer tiefen politischen Krise. Dennoch konnte ein Putschversuch des Militärs vereitelt werden und der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes wurde als Interimspräsident ernannt (Marmon 2005a: 142-143). Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2005 wurde Evo Morales zum Präsidenten Boliviens gewählt.

4. Indigene Bewegungen und Parteien in Bolivien

Bevor in diesem Kapitel auf die Entstehung und Entwicklung indigener Bewegungen und Parteien in Bolivien eingegangen wird, soll definiert werden, was unter indigen bzw. indigenen Völkern verstanden wird.

Der Begriff *indio* entstammt der kolonialen Herrschaftsideologie. Er bezeichnete keine einzelnen Bevölkerungsgruppen, sondern diente als sozialpolitisches Konstrukt, um die unterdrückten Völker rechtlich und ideologisch zu einer Gruppe zu homogenisieren. Daran änderte sich selbst nach den Unabhängigkeitskriegen wenig. Auch wenn die Ureinwohner nach und nach zu Bürgern des Landes erklärt wurden und die neuen Administrationen den Terminus *indígena* für *indio*³⁰ erfanden, unterlagen sie einem gesonderten rechtlichen Status, der sie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligte. Beide Bezeichnungen werden heute innerhalb der Staaten Lateinamerikas sehr unterschiedlich verwendet, sind allerdings nicht frei von rassistischen und abwertenden Zügen. Auf internationaler Ebene hat sich mittlerweile der Begriff *indígena* als Versuch einer neutralen Bezeichnung für die Ureinwohner Amerikas und anderer Kontinente durchgesetzt (Ströbele-Gregor 2004: 2-6).

Durch die Vielfalt indigener Existenz ist es bisher nicht gelungen, eine anerkannte einheitliche Definition des Begriffs *indigene Völker* zu verfassen. Daher stützt sich diese Arbeit auf die zum internationalen Standard gewordene Definition von Martínez Cobo, der Anfang der 80er Jahre im Auftrag der Vereinten Nationen eine Studie über die Diskriminierung indigener Völker durchführte.

„Indigenous communities, peoples and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that developed on their territories, consider themselves distinct from other sectors of the societies now prevailing in those territories, or parts of them. They form at present non-dominant sectors of societies and are determined to preserve, develop and transmit to future generations their ancestral territories, and their ethnic identity, as the basis of their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems“ (Martínez Cobo 1983: 50).

Abgesehen von Nachkommen vorkolonialer Gesellschaften identifizieren sich in Lateinamerika auch afro-amerikanische Gemeinschaften als indigene Völker und nehmen deren Ziele und Rechte in Anspruch (BMZ 2006: 5).

³⁰ Im Deutschen werden beide Begriffe mit *Indianer* oder *Ureinwohner* übersetzt.

Sucht man in Lateinamerika demographische Angaben über die indigene Bevölkerung eines Landes, stößt man auf eine Vielfalt an unterschiedlichen Zahlen und Schätzungen. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen gibt es keinen einheitlichen Standard zur Erhebung der Daten und zum anderen verändert sich oft die Definition dessen, was als indigen gilt. Häufig variiert auch die Selbstbezeichnung in Abhängigkeit von der Stellung eines Indigenen in Staat und Gesellschaft (Ströbele-Gregor 2004: 1). Dies gilt im besonderen Maße auch für Bolivien, wo man sich im Prinzip lediglich darüber einig ist, dass der prozentuale Anteil der indigenen Bevölkerung besonders hoch ist. Es wird jedoch gleichzeitig von einer Überschätzung der offiziellen Daten ausgegangen, da der vielzitierte, zur Zeit aktuellste Zensus von 2001 keine Option für eine Selbstidentifikation als *Mestize*³¹ anbot. Die Befragten konnten lediglich zwischen der Zugehörigkeit und der Nicht-Zugehörigkeit zu einem der indigenen Völker Boliviens wählen (Meentzen 2007: 157). Demnach identifizierte sich die Mehrheit der Bürger über 15 Jahre als Angehörige eines der 36 ursprünglichen Völker Boliviens.³² Neben ihrer starken Präsenz auf dem Land, wo die meisten als Kleinbauern leben, ist ein Großteil in die Städte abgewandert, insbesondere nach La Paz/El Alto und Cochabamba. Mit Abstand die größten Gruppen bilden die Quechua (31,0 %) und die Aymara (25,2 %) im westlichen Hochland. Die restlichen 6,1 % verteilen sich auf viele verschiedene kleine Ethnien (darunter die größeren Gruppen der Guaraní, Chiquitano und Moxeño) im östlichen Tiefland (PNUD 2004: 104).

„Internal fragmentation and conflict permeates the history of indigenous peoples' organizations and parties“ (Van Cott 2005: 52). Vor allem die regionale Teilung zwischen den Ethnien des Hochlandes und des Tieflandes, die sich im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Organisation sowie durch ihre unterschiedlich stark ausgeprägte Verbindungen zum Staat erheblich voneinander unterscheiden, führte dazu, dass sich die verschiedenen indigenen Organisationen erst ab den 1990er Jahren schrittweise annäherten und zusammenarbeiteten. Zudem kam es in der Geschichte der indigenen Bewegungen zu zahlreichen Konflikten zwischen Basis und Führungselite aber auch zwischen starken Führungspersönlichkeiten innerhalb der Organisationen. Dennoch teilen die heterogenen indigenen Organisationen und Strömungen Boliviens, in denen sich indianistische und gewerkschaftliche Elemente mischen, einen ge-

³¹ Die Definition des Begriffs *Mestize* ist sehr umstritten. Im Falle Boliviens geht man von einer indigenen und einer *weißen* bzw. westlichen (geprägt durch die spanische Kolonialisierung, europäische sowie US-amerikanische Einflüsse) Kultur aus. Von *Mestizen* spricht man, wenn sie weder indigen noch *weiß* sind, sondern eine Mischung aus beidem. Diese Mischung kann sich sowohl auf die Abstammung als auch auf die kulturelle Praxis beziehen (PNUD 2004: 107). Eine Art *Mestizen* sind die sog. *Cholos*, Indigene, die in die Städte zogen und dort ihr eigenes Gruppenbewusstsein mit eigenen Traditionen und Machtssystemen entwickelten. Sie werden als Herren bzw. Herrinnen der Märkte bezeichnet, da sie weite Teile des Handels beherrschen (Pampuch/Echalar 1998: 124, 126).

³² Hinzu kommt eine Gruppe von ca. 30 000 Afro-Bolivianern, die nach Bolivien verschleppt wurden, um in den Minen zu arbeiten. Sie werden von der Regierung ebenfalls als indigen klassifiziert (Van Cott 2005: 52).

meinsamen Prozess der Identitätsfindung und eine ähnliche Betroffenheit durch Diskriminierung, Marginalisierung und Exklusion (Kemlein 2009: 208; Goedeking/Zuazo 2006: 11). Dieser Prozess wird im Folgenden in zwei Phasen betrachtet.

4.1 ERSTE PHASE: INDIANISMUS UND KATARISMUS

Nach der mexikanischen Revolution von 1910/11 prägte die Vorstellung einer Entwicklung hin zu einem mestizischen Nationalstaat die Diskussionen in Lateinamerika. Im Rahmen des integrationistischen *indigenismo* sollten ethnische Identitäten überwunden werden und eine homogene nationale Bevölkerung entstehen. Dabei ging es nicht darum, die indigenen Kulturen als gleichwertig anzuerkennen, sondern sie im Hinblick auf die Entwicklung einer neuen mestizischen Kultur zu assimilieren. Wie schon erwähnt, wurde dieses Konzept in Bolivien von der Chaco-Generation aufgegriffen und spielte in der Politik der Regierung nach der Nationalen Revolution eine entscheidende Rolle. Es sollte ein Nationalstaat mit einheitlicher Kultur und Sprache (Spanisch) erschaffen werden, der die indigene Bevölkerung politisch und wirtschaftlich integrierte. Die damalige gesellschaftliche Teilung in *Weißer* (Oberschicht europäischer Herkunft), *Mestizen* und *Indios* wurde aufgehoben und im Sinne der linken Ideologie durch die Einteilung in Klassen ersetzt. Da der größte Teil der indigenen Bevölkerung auf dem Land als Kleinbauern lebte, wurden sie fortan als *campesinos* bezeichnet und in staatlich geförderten Gewerkschaften organisiert. Sie unterstützten die regierende Partei, die das allgemeine Wahlrecht eingeführt und eine Agrarreform zugunsten der *campesinos* umgesetzt hatte. „[E]sa ‚campesinización‘, con su múltiple faceta educativa, cultural, económica y política, fue vista con buenos ojos por buena parte de la población indígena [...], como el camino para liberarse“³³ (Albó 2008: 32). Anders verlief die Entwicklung bei den *mineros*, den (zum größten Teil indigenen) Bergarbeitern Boliviens. Mit einem stark ausgebildeten Klassenbewusstsein organisierten sie sich in der COB und kämpften unter kommunistischer und trotzkistischer Führung um die Vollendung der 1952 begonnen Revolution. Die *mineros* distanzierten sich stets von den regierungstreuen *campesinos* und kämpften mit Blockaden und Streiks um ihre Rechte. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang des Bergbaus in den 1980er Jahren erlitt der COB einen erheblichen Machtverlust (Mesa 2008: 513; Ströbele-Gregor 2006a: 288-292; Scheuzger 2004: 157).

³³ „[D]iese ‚Campesinisierung‘ mit ihren vielfältigen Facetten in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft und Politik, wurde von einem großen Teil der indigenen Bevölkerung begrüßt [...], als eine Möglichkeit, sich zu befreien.“

Auch in den Jahren der Militärregierungen wurde die Loyalitätsbeziehung der *campesinos* zur jeweiligen Regierung durch den von General Barrientos ins Leben gerufene *Pacto Militar Campesino* (PMC) aufrecht erhalten. Durch das Vorantreiben ländlicher Entwicklungsprogramme stellte sich das Militär als großer Bruder und Beschützer der *campesinos* dar. Gleichzeitig ging es Barrientos darum, den Einfluss linker Ideologien in Gewerkschaften und Parteien auf dem Land zu verhindern. Der PMC zerbrach jedoch unter der Militärregierung Bánzer, als es 1974 auf Grund von Demonstrationen gegen Preiserhöhungen von Lebensmitteln zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Militär und *campesinos* kam, die im *Massaker von Tolata* mit mehr als 100 Toten ihren blutigen Höhepunkt erreichten (Ströbele-Gregor 1997: 141; Jost 2003: 107).

Ende der 1960er Jahre entwickelten mexikanische Anthropologen ein neo-indigenistisches Modernisierungskonzept, das auf die Anerkennung der ethnischen Gruppen und ihrer Kulturen abzielte. Der Staat sollte selbstbestimmte Entwicklungsprozesse fördern und lokale Autonomien zulassen. Diese Forderungen führten zu Kongressen auf nationaler und internationaler Ebene, bei denen Repräsentanten auftraten, die sich selbst als indigen bezeichneten und eigene Vorstellungen vertraten. Diese als Indianismus zusammengefassten Konzepte waren eigenständige ideologische Konstruktionen indigener Intellektueller, in denen ethnische Aspekte vorrangig betont wurden (Ströbele-Gregor 2004: 4-5).

In Bolivien trugen in dieser Zeit die nach der Revolution angestoßenen Bildungsreformen erste Früchte. Eine neue Generation von Aymaras studierte in La Paz und griff die internationalen Diskurse über indigene Identität und die kulturelle Unterdrückung indigener Traditionen auf. Sie verurteilten die staatliche Reduzierung ihrer Identität auf *campesinos* und forderten die indigene Bevölkerung auf, zu ihren kulturellen Wurzeln zurückzukehren. Es entstanden erste indigene Bewegungen im Hochland, die auf den Ideologien des Indianismus und des Katarismus³⁴ aufbauten. Inspiriert wurden sie dabei von dem ersten indigenen Theoretiker Fausto Reinaga, der bereits Anfang der 60er Jahre eine Partei mit dem Namen *Partido Indio de Bolivia* (PIB) gründete, die jedoch hauptsächlich symbolischen Charakter hatte. Anknüpfend an die Diskussionen auf internationaler Ebene nannte der bolivianische Indianismus³⁵ vor allem ethnische Gründe für die Unterdrückung durch die *weiße* Oberschicht und führte einen stark anti-westlichen Diskurs. Vertreter des Indianismus forderten die Rekonstruktion

³⁴ Angelehnt an den Namen des Aymara-Anführers, Tupak Katari, der 1781 durch die Spanier exekutiert wurde (Van Cott 2005: 53). *Katari* bedeutet auch *Schlange* und ist ein Symbol für Widerstandsfähigkeit und Hartnäckigkeit (Gamboa Rocabado 2009: 130).

³⁵ Kritische Analyse des Indianismus und seiner heutigen Verwendung vgl. Gamboa Rocabado 2009.

eines Boliviens in den Grenzen vor der spanischen Kolonialisierung und wollten alle europäischen Eindringlinge vertreiben. Sie lehnten die gewerkschaftlichen Organisationsformen, die sich unter den *campesinos* und *mineros* gebildet hatten, ab und verweigerten (zumindest offiziell) die Zusammenarbeit mit nicht-indigenen Gruppen. Der Katarismus hingegen „sought to highlight the more complex reality of ethnic and class exclusion“ (Yashar 2005: 170). Er verband marxistische Analysen mit der Forderung nach indigenen Rechten und strebte eine Neugründung Boliviens entlang ethnischer Kriterien an. Der in dieser Vision neuzugründende Staat war jedoch allen Ethnien gegenüber tolerant und vereinte indigene und westliche Formen des Regierens. Kataristen zeigten sich offen gegenüber Bündnissen mit nicht-indigenen Organisationen und politischen Parteien, was ihnen größere politische und finanzielle Unterstützung einbrachte. Sie übernahmen nach und nach die Führung in den vom Staat geförderten Gewerkschaften, forderten mehr Autonomie und gewannen immer mehr Anhänger. Dies wurde von den Militärregierungen jedoch nicht gerne gesehen. Nach dem Putsch von General Bánzer nahmen die Repressionen zu und die indigenen Bewegungen radikalisierten sich. Viele mussten ins Exil flüchten, andere griffen zu den Waffen und gründeten Befreiungsbewegungen (Yashar 2005: 168-177).

In der Übergangszeit zur Demokratie beriefen Kataristen und der COB 1979 einen Kongress ein, um alle *campesinos* zu vereinen und die bisher wichtigste und stärkste Bauerngewerkschaft Boliviens zu gründen, die *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB). Im politischen Programm der Gewerkschaft wurde die unterschiedliche ethnische Herkunft der *campesinos* betont und ihr Kampf auf zwei Ebenen – der ökonomischen (als ausgebeutete Kleinbauern) und der ethnischen (als unterdrückte indigene Bevölkerung) – verdeutlicht. Es wurde ein neues politisches Subjekt konstruiert, das sich seitdem *indígena campesino*, *pueblo originario* oder *nación indígena*³⁶ nennt (Albó 2008: 40). Trotz des wiederholten Aufrufs nach Einigkeit und gemeinsamem Auftreten, gingen Kataristen und Indianisten getrennte Wege und gründeten unterschiedliche Parteien. Während Indianisten den *Movimiento Indio Tupaj Katari* (MITKA) bildeten, sammelten sich die Kataristen im *Movimiento Revolucionario Tupaj Katari* (MRTK). Beide Parteien hatten jedoch bei den Wahlen nur geringe Erfolge. „[E]ran partidos más simbólicos que eficientes y la propia gente del campo seguía apostando más a posibles ganadores“³⁷ (Albó 2008: 39). Sie zerbrachen in

³⁶ Indigene Kleinbauern, ursprüngliches Volk oder indigene Nation. Wenn im Folgenden der Einfachheit halber von *indigener Bevölkerung* gesprochen wird, ist das hier beschriebene politische Subjekt des *indígena campesino* gemeint.

³⁷ „[E]s waren mehr symbolische als effiziente Parteien und die eigenen Leute vom Land setzten weiterhin eher auf mögliche Gewinner.“

den Folgejahren in verschiedene kleinere Parteien, von denen sich keine langfristig im Parteiensystem etablieren konnte (Rice 2006: 51-52).

Nach der Rückkehr zur Demokratie 1982 wurde die CSUTCB unabhängig vom Staat, wodurch sie einerseits als autonomer politischer Akteur agieren konnte, aber andererseits die finanzielle Unterstützung vom Staat verlor. Da es nicht möglich war, eine eigene Finanzierung sicherzustellen, schlossen sich ihre Vorsitzenden politischen Parteien an oder übernahmen bezahlte Anstellungen bei der Regierung. Somit setzte Mitte der 1980er Jahre ein Kampf der etablierten politischen Parteien um die Macht in der Gewerkschaft und um die Unterstützung ihrer Mitglieder bei Wahlen ein. Parteien, die aus kataristischen oder indianistischen Bewegungen entstanden, ereilte das gleiche Schicksal. Fehlende Finanzkraft und Unterstützung zwangen sie immer wieder mit meist linken Parteien zu kooperieren, die sich ihre Forderungen zu eigen machten (Ströbele-Gregor 2006b: 10; Van Cott 2005: 53-57).

Die indigene Bevölkerung des Tieflandes hatte sich nie von der CSUTCB vertreten gefühlt. Die ca. 220 000 Indigenen aus über 30 verschiedenen Ethnien lebten meist in Gebieten, in denen die staatliche Gewalt nicht vertreten war. Im Gegensatz zu den Quechua und Aymara des Hochlandes, hatten sie daher die staatlich forcierte Transformation vom *indígena* zum *campesino* nicht vollzogen. Sie sahen sich stets als Mitglieder ursprünglicher Völker, die vor allem seit den 1960er Jahren um ihren Lebensraum kämpfen mussten. Der bis dahin dünn besiedelte Osten des Landes wurde durch verschiedene Maßnahmen der Regierung infrastrukturell erschlossen. Land wurde verteilt und der Wald zur wirtschaftlichen Nutzung freigegeben. Politische Forderungen der Tieflandvölker waren daher „Rechtstitel für Territorien, Selbstverwaltung, Schutz vor dem Eindringen von Viehzüchtern und Holzunternehmen in die von indigenen Gemeinden genutzten Gebiete und Sicherung ihrer hergebrachten Lebensformen“ (Ströbele-Gregor 2006b: 11). Mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen vernetzten sie sich und gründeten 1982 auf einem Kongress in Santa Cruz die *Confederación Indígena del Oriente Boliviano* (CIDOB). Die CIDOB hatte eine explizit ethnisch-kulturelle Agenda und war politisch weniger auf Konfrontation zur Regierung aus. Ihre Strategien waren eher Verhandlung und Beteiligung an politischen Reformen (Rice 2006: 53; Yashar 2005: 190-204).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bis Ende der 1980er Jahre erste Versuche zur Etablierung indigener Themen und Parteien gemacht wurden, die jedoch durch finanzielle und strukturelle Hindernisse keine mittel- bzw. langfristigen Erfolge aufweisen konnten. Die indigene Tieflandbevölkerung versuchte, ihre angestammten Lebensräume zu verteidigen, Ayma-

ra und Quechua im Hochland identifizierten sich weiterhin als *campesinos*, Indianisten und Kataristen blieben untereinander zerstritten und die größte Gewerkschaft CSUTCB wurde durch parteipolitische Machtspiele und Abhängigkeiten immer wieder geschwächt. Vor allem der Einfluss linker Parteien verhinderte, dass eine starke Bewegung die indigene Bevölkerung insgesamt auf die ethnische Konfliktlinie vereinte (Van Cott 2005: 50).

4.2 ZWEITE PHASE: INDIGENER BEWUSSTWERDUNGSPROZESS

Die *Marcha por el Territorio y la Dignidad* im Jahr 1990 stellt eine immer wieder genannte Zäsur in der Entwicklung der indigenen Bewegungen in Bolivien dar und steht daher auch am Anfang des nun folgenden Kapitels. Diese Mobilisierung, bei der ca. 800 Männer, Frauen und Kinder in 34 Tagen von Trinidad (Departement Beni) nach La Paz marschierten, wurde von 12 indigenen Bevölkerungsgruppen des Tieflandes organisiert und erlangte große mediale Aufmerksamkeit. Mit jedem Tag wurde aus dem Marsch zum Schutz indigener Lebensräume und zur Verbesserung des Landrechts ein Marsch für mehr politische Rechte der indigenen Bevölkerung im Land. Auf dem Gipfel der andinen Gebirgskette wurden die Demonstranten von den Aymara und Quechua der CSTUCB empfangen und gemeinsam schlossen sie einen Pakt zur gegenseitigen Unterstützung. Darüber hinaus wurden sie bis zu ihrer Ankunft in La Paz durch *mineros* und offizielle Vertreter der CIDOB unterstützt und begleitet (Albó 2008: 42). Dieser Marsch führte dazu, dass die Hochlandorganisationen den Diskurs des Tieflandes über Territorien und Autonomie (statt über Land und Gleichheit) aufnahmen und sich ihre Agenda mehr in Richtung indigener Probleme verschob. Der in den 1960er Jahren angestoßene Bewusstwerdungsprozess über die eigene indigene Identität erreichte die Mitglieder aller indigenen Bevölkerungsgruppen, nicht zuletzt in Reaktion auf die nicht eingehaltenen politischen Versprechen der Nationalen Revolution von 1952. In weiteren Märschen traten indigene Organisationen als Sprachrohr der Benachteiligten und Unzufriedenen auf und waren in der Lage, soziales Protestpotenzial über die eigenen Reihen hinaus zu mobilisieren (Ströbele-Gregor 2004: 21; Rice 2006: 54; Yashar 2005: 204-214).³⁸

Hinzu kamen internationale Entwicklungen Anfang der 1990er Jahre, die internen Kolonialismus, Rassismus, Unterdrückung, religiöse und kulturelle Intoleranz thematisierten. Im Jahre 1989 legte die *International Labour Organization* (ILO) die Konvention 169 vor, in der weitreichende Grundrechte für indigene Völker festgelegt wurden. Sie wurde in Bolivien als Folge des oben genannten Marsches 1991 ratifiziert. Anlässlich des Gedenkens an die Eroberung

³⁸ Es gelang den unterschiedlichen indigenen Organisationen und Gewerkschaften jedoch nie, sich auf nationaler Ebene zusammenzuschließen und die Interessen aller Indigenen Boliviens zu vertreten (Yashar 2005: 202).

rung Amerikas durch Kolumbus im Jahr 1992, trugen internationale Organisationen indigener Bewegungen dazu bei, dass es auch zu einer kritischen Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart kam. Sie arbeiteten in verschiedenen Vorbereitungsgremien zusammen, stimmten Protestaktionen ab und tauschten sich über ihre jeweilige Situation in ihren Heimatländern aus. 1993 wurde von den Vereinten Nationen zum *Jahr der Indigenen Völker* erklärt, an das sich von 1995 bis 2005 die UN-Dekade für Indigene Völker anschloss. Durch diese externen Entwicklungen erhielten die bolivianischen Bewegungen immer wieder neue Impulse sowie finanzielle Unterstützung und vernetzten sich in transnationalen Organisationen (Ströbele-Gregor 2004: 22; Van Cott 2007: 131; Albó 2002: 188-189). In diesem Kontext entstand 1997 der *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu*³⁹ (CONAMAQ), der sich als Pendant zum CIDOB sah und für sich in Anspruch nahm, die indigenen Bevölkerungsgruppen der Aymara und Quechua in ihren ursprünglichen Lebensformen zu vertreten. Sie differenzierten sich klar von der CSUTCB, deren gewerkschaftlichen Hintergrund sie ablehnten. Gemeinsam mit CIDOB suchte CONAMAQ stets die Zusammenarbeit mit der Regierung, erreichte jedoch nicht die gewünschte Anerkennung in der *indígena campesino* Bevölkerung, geschweige denn den Einfluss der CSUTCB (Albó 2008: 56).

Durch die seit Mitte der 1980er Jahre betriebene neoliberale Wirtschaftspolitik und das Ende der Sowjetunion (1989/90) setzte parallel zu den vorgenannten Ereignissen ein Legitimationsverlust der linken Parteien ein, der die Tendenz verstärkte, Konflikte eher in ethnischen und nationalistischen Legitimierungsdiskursen zu begründen. Da die bisher entstandenen indigenen Parteien sich stark an die linke Rhetorik angelehnt hatten bzw. von linken Parteien absorbiert wurden, erfuhren auch sie einen Bedeutungsverlust. In dieser politischen und ökonomischen Übergangsphase gründeten sich Ende der 1980er Jahre zwei neopopulistische⁴⁰ Parteien, die in den folgenden zehn Jahren für Unruhe innerhalb der politischen Klasse des Landes sorgten.

1988 wurde als Reaktion auf die staatlich veranlasste Schließung einer beliebten Radiostation die Partei *Conciencia de Patria* (CONDEPA) gegründet, die mit einem ethnischen Anstrich versehen vor allem die städtische Aymara-Bevölkerung in La Paz und El Alto ansprach. Ihr umfassendes politisches Manifest bediente sich „eines sehr pathetisch-nationalistisch-

³⁹ *Ayllu* heißt in Aymara und Quechua wörtlich „Teil, Linie, Kaste“. Ursprünglich drückte das Wort die Blutsverwandtschaft aus. Seit der Eroberung durch die Spanier steht es jedoch für die grundlegende andine Einheit, eine Form sozialer und territorialer Organisation. Gerade in abgelegenen Gebieten konnten diese Gemeinschaften erhalten bleiben und wurden nicht von gewerkschaftlichen Strukturen durchzogen. *Marka* ist Aymara und bezeichnet das bewohnte Territorium einer Gemeinde (Tokarski 2006: 30, 67; Van Cott 2005: 59). *Qullasuyu* ist der Name eines der vier Verwaltungsbezirke des ehemaligen Inka-Reiches (Albó 2002: 156).

⁴⁰ Zur Annäherung an den Begriff *Neo-Populismus in Lateinamerika* siehe Jost 2003: 270-272 und Werz 2003: 45-64.

religiösen Diskurses“ (Jost 2003: 264) verbunden mit anti-kapitalistischen und anti-oligarchischen Elementen. Angeführt wurde sie von Carlos Palenque, einem nicht-indigenen Radio- und Fernsehmoderator, der 1997 überraschend verstarb. Bereits ein Jahr später wurde seine Partei aus der Regierungskoalition ausgeschlossen und verlor sich in internen Streitigkeiten. Zu erwähnen ist, dass durch die Wahlsiege⁴¹ CONDEPAs die erste indigene Frau als Abgeordnete ins Parlament einzog. Sie übernahm nach dem Tod Palenques die Präsidentschaftskandidatur sowie den Parteivorsitz (Albó 2008: 46).⁴²

1989, ein Jahr nach der Gründung CONDEPAs, entschloss sich Max Fernández Rojas, der vom Bierfahrer der nationalen Brauerei zum Mehrheitseigner aufgestiegen war, seine eigene Partei zu gründen, die *Unidad Cívica Solidaridad* (UCS). Wie Palenque gehörte auch Fernández zu den Außenseitern des politischen Systems. Er warf den traditionellen Parteien Versagen vor und verfolgte in seiner Politik ein hohes Maß an Pragmatismus, ohne je ein Parteiprogramm zu erarbeiten. Nicht Worte, sondern Taten sollten den Bürgern zugutekommen. Aus den Gewinnen der Brauerei finanzierte er u. a. Schulen, Sportplätze und Gesundheitseinrichtungen, um sie anschließend der jeweiligen Gemeinde zu schenken. Damit erreichte er eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen in einer Zeit, in der sich der Staat immer stärker aus dem wirtschaftlichen Leben zurückzog. Die so geschaffene Abhängigkeit bzw. Dankbarkeit der beschenkten Menschen übertrug sich in relativ stabile Wahlergebnisse und die Mitgliedschaft in drei Regierungskoalitionen.⁴³ Fernández starb 1995 und sein Sohn Johnny erbte die Partei und das Vermögen des Vaters (Jost 2003: 267-269). Johnny Fernández versuchte die Politik seines Vaters fortzuführen, erfreute sich jedoch weder in seiner Partei noch in der Bevölkerung großer Beliebtheit. Bei den Kommunalwahlen von 2004 fiel die UCS unter die Dreiprozenthürde und trat 2005 nicht mehr bei den nationalen Wahlen an (Muñoz-Pogossian 2008: 146-147; Mayorga 2005: 106-107).

Die geschilderten Erfolge von CONDEPA und UCS brachten auch die etablierten Parteien in Zugzwang und führten dazu, dass sie sich der armen ländlichen Bevölkerung öffneten und ethnisch beeinflusste Argumentationsmuster übernahmen. Dieses politische Kalkül und das steigende Bewusstsein der indigenen Bevölkerung trugen dazu bei, dass bei den Präsidentschaftswahlen von 1993 Víctor Hugo Cárdenas⁴⁴ zum ersten indigenen Vizepräsidenten Boli-

⁴¹ Teilnahme an den nationalen Wahlen von 1989 (11 %), 1993 (14 %) und 1997 (17 %) (Jost 2003: 267).

⁴² Mehr zur Partei vgl. Jost 2003: 263-267. Auf Grund eines Stimmenanteils von 0,37 % verlor CONDEPA nach den Wahlen von 2002 die Rechtspersönlichkeit nach Art. 44 Absatz II PP (CNE 2002).

⁴³ Teilnahme an den nationalen Wahlen von 1993 (13,1 %), 1997 (16,1 %), 2002 (5,5 %) (Mayorga 2005: 95, 106).

⁴⁴ Cárdenas gehört zu den Kataristen der ersten Stunde. Er wirkte bei der Gründung der CSUTCB mit und war einer der ersten Abgeordneten für den *Movimiento Revolucionario Tupaj Katari de Liberación* (MRTKL) im Parlament (Albó 2002: 70).

viens gewählt wurde. Cárdenas prägte den Regierungskurs in Bezug auf indigene Partizipation und überraschte durch eine neue öffentliche Nutzung indigener Symbole. Gemeinsam mit dem vom MNR gestellten Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada realisierte er entscheidende institutionelle Reformen. Zu nennen ist an dieser Stelle vor allem der *Ley de Participación Popular* (LPP). Durch die in diesem Gesetz vorgesehene Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Ebene wurden die indigenen Bewegungen Boliviens strukturell und finanziell gestärkt (Meentzen 2007: 167; CPE 1995: 2, 27).

Eine der ersten Gruppen, die diese Reformen nutzte, war die Gruppe der *cocaleros*⁴⁵, die vor allem im tropischen Gebiet des Chapare Koka anbauten. Der Zusammenbruch der Zinnindustrie Mitte der 1980er Jahre führte dazu, dass viele der entlassenen Minenarbeiter und ihre Familien in der Hoffnung auf eine neue Lebensgrundlage ins Chapare abwanderten, das in der Folge zu einem der Hauptanbaugebiete der Pflanze wurde. Die für ihren Radikalismus bekannten *mineros* integrierten sich problemlos in die starken und gut organisierten lokalen Gewerkschaften. Im Kampf gegen die verschiedensten Maßnahmen der Regierung zur Drogenbekämpfung und damit zur Vernichtung von Anbauflächen betonten die *cocaleros* immer wieder die Bedeutung der Pflanze als Bestandteil der indigenen Kultur und Tradition. Dadurch enthielt ihr gewerkschaftlicher Kampf von Beginn an neben der ökonomischen und rechtlichen auch eine ethnische Dimension. Sie nahmen 1992 ebenfalls an den Protestmärschen zur 500-Jahrfeier anlässlich der Entdeckung Amerikas teil. Hierbei knüpfte auch ihr Anführer und oberster Gewerkschaftsaktivist, Evo Morales, erste internationale Kontakte als Verteidiger indigener Rechte und Kultur (Van Cott 2005: 57-59). Die *cocaleros* organisierten sich in eigenen Gewerkschaften, schlossen sich aber später der CSUTCB an, innerhalb derer ihr Einfluss den 1990er Jahren immer mehr zunahm. Sie drängten darauf, ein neues politisches Instrument zu gründen, um von den etablierten Parteien unabhängig indigene Interessen im Parlament zu vertreten und die rigide Koka-Politik der Regierung zu stoppen. Gegner des Vorhabens begründeten ihre Ablehnung mit der Sorge, dass die Autonomie der Gewerkschaftsbewegungen verloren ginge und man sich auf das korrupte Spiel der politischen Parteien einlassen müsste. Es dauerte bis Mitte der 1990er Jahre, bis die Befürworter innerhalb der eigenen Gewerkschaften und des Dachverbandes über die Gründung einer eigenen Partei einen Konsens herbeiführen konnten. So kam es im März 1995 auf einem Kongress der CSUTCB in Santa Cruz zur Gründung des politischen Instrumentes *Asamblea por la Soberanía de los Pueblos* (ASP), um an den Kommunalwahlen teilzunehmen. „The ASP was

⁴⁵ Kokabauern. Zur *Kokaproblematik* vgl. Lessmann 2005; Buder 2006 sowie Anlage VII.

the first political party formed from within the indigenous and campesino movements“ (Van Cott 2005: 70). Durch Probleme bei der Registrierung musste die Partei sich kurzfristig einer Allianz aus Linksparteien (*Izquierda Unida* – IU) anschließen, gewann jedoch auf Anhieb zehn Bürgermeisterämter und 49 Sitze in den Gemeinderäten. Auch bei den nationalen Wahlen im Jahr 1997 weigerte sich der nationale Wahlgerichtshof, die ASP zuzulassen und die indigenen Kandidaten mussten wiederum unter dem Namen der IU antreten. Dennoch gewannen die *cocaleros* aus dem Chapare, unter ihnen der berühmteste Kandidat Evo Morales, vier Direktmandate für das Department Cochabamba und zogen als Abgeordnete ins Parlament ein (Yashar 2005: 181-187; Van Cott 2008: 51-52; CIDOB 2005: 9). Nach den Wahlen kam es zu internen Führungsstreitigkeiten und zur Spaltung der CSUTCB. In der Gewerkschaftskonföderation standen sich nun die Fraktionen der Kokabauern (angeführt von Morales) und die der Aymara *campesinos* des Altiplano (angeführt von Felipe Quispe und Alejo Véliz) gegenüber. Der Konflikt führte dazu, dass Morales und seine Anhänger die ASP verließen und 1999 die Partei IPSP gründeten, um an den Kommunalwahlen teilnehmen zu können (Van Cott 2005: 67-71, 85-87).

Ein Jahr später gründete Felipe Quispe, bekannt als *El Mallku*⁴⁶ den *Movimiento Indígena Pachakuti* (MIP). Quispe vertritt einen militanten Indianismus mit rassistischen Zügen. Er war Mitglied der Partei MITKA und Teil der 1989 gegründeten Guerilla-Bewegung *Ejército Guerrillero Tupaj Katari* (EGTK). 1992 wurde er gefasst und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. 1998 stieg er zum Generalsekretär der CSUTCB auf, die sich in den Folgejahren stark radikalisierte. Im November 2000 kündigte er schließlich die Gründung einer neuen Partei an, die ausschließlich die Interessen der indigenen Bevölkerung des Landes vertreten sollte. Getreu dem Indianismus forderte die Partei die Gründung eines unabhängigen indigenen Staates und verweigerte die Zusammenarbeit mit anderen Parteien. MIP entwarf das Bild der zwei Bolivien: das eine städtisch, rassistisch; das andere ländlich, indigen, arm und ausgeschlossen. Quispe sah sich stets in Rivalität zu Morales, obwohl sie sich bei außerparlamentarischen Demonstrationen und Blockaden gegenseitig halfen und die Unruhen von 2000 und 2003 dazu nutzten, die aktuelle Regierung unter Druck zu setzen (Albó 2002: 74-86; Schwarzbauer 2005: 89; Jost 2005: 72-73). MIP trat erfolgreich bei den Wahlen von 2002 an, schaffte jedoch bereits 2005 nicht mehr den Einzug ins Parlament und verlor aufgrund des zu geringen Stimmenanteils seine Rechtspersönlichkeit (CNE 2006).

⁴⁶ Der Kondor – in Anspielung auf den Titel für traditionelle Autoritäten bei den Aymara (Albó 2002: 81).

5. Der Aufstieg des MAS und Evo Morales'

Wie bereits erwähnt wurde, spalteten sich Evo Morales und seine Anhänger⁴⁷ 1998 von der ASP ab und gründeten im Januar 1999 auf einem Gewerkschaftskongress der *campesinos* in Cochabamba den IPSP, mit dem sie an den Kommunalwahlen des gleichen Jahres teilnehmen wollten. Auch diesmal lehnte der Nationale Wahlgerichtshof die Registrierung ab und annullierte gleichzeitig die bis dahin gültige Wahlzulassung der IU. In dieser Situation bot der Parteigründer des MAS Morales an, seine beim Wahlgerichtshof registrierte Partei zu übernehmen. Beim MAS handelt es sich ursprünglich um eine Partei des rechten politischen Lagers, die im Juni 1987 aus einer Spaltung der national-faschistischen *Falange Socialista Boliviana* (FSB) hervorgegangen war (CNE 1987). Der Parteigründer, David Añez Predaza, scheiterte jedoch mit seinem Projekt und Ende der 1990er Jahre existierte die Partei nur noch auf dem Papier.⁴⁸ Nach den offiziellen Statistiken des Wahlgerichtshofes hatte der MAS seit seiner Gründung nie als eigenständige Partei, sondern lediglich in Allianz mit der IU an kommunalen und nationalen Wahlen teilgenommen (CNE 1997; Do Alto 2008: 29; Mayorga 2005: 108-109). Morales und die Mitglieder des IPSP berieten sich auf einem außerordentlichen Kongress und gingen auf das Angebot ein. Der nationale Wahlgerichtshof billigte das Vorgehen, veranlasste jedoch, dass für die Wahl 1999 weder Name, noch Symbole oder Programm der Partei geändert werden durften (Van Cott 2005: 86-87).

Bei der ersten Wahlteilnahme unter dem Namen MAS erreichte die Partei auf nationaler Ebene gerade mal 3,27 %, doch in den Anbaugebieten des Koka (im Chapare – Department Cochabamba – und in den Yungas – Department La Paz) gewann sie aus dem Stand 70 % der Stimmen, was übersetzt in Ämter 79 Stadt- bzw. Gemeinderäte und zehn Bürgermeister bedeutete. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 schaffte der MAS 20,94 % und zog als zweitstärkste Partei mit 27 Sitzen (von 130) ins Abgeordnetenhaus und acht (von 27) Sitzen in den Senat ein. Der MAS wurde zur stärksten Partei in den Departments von La Paz, Cochabamba, Oruro und Potosí. Bei den Kommunalwahlen 2004 erreichte der MAS höhere Stimmenanteile sowohl in ländlichen als auch städtischen Gebieten. Auf nationaler Ebene gewann er 18,48 % und lag weit vor allen traditionellen Parteien, von denen keine über 5 % kam. Nach den Wahlen von 2004 stellte der MAS 453 Stadt- bzw. Gemeinderäte. Zum

⁴⁷ Die Föderation der *campesino*-Gewerkschaft Cochabambas und die sechs Gewerkschaftsföderationen der *cocaleros* aus dem Chapare.

⁴⁸ Zwischen 1990 und 1994 hatte der MAS lediglich ca. 20 Mitglieder (Harten 2007: 19).

großen Ärger der Parteimitglieder konnte jedoch kein Bürgermeisteramt in einer der großen Städte gewonnen werden.

Seinen bisher größten Triumph erreichte der MAS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2005: Er errang bei der bislang höchsten Wahlbeteiligung (84,5 %) mit 53,74 % die absolute Mehrheit im Parlament (12 der 27 Sitze im Senat, 72 der 130 Sitze im Abgeordnetenhaus) und Morales wurde zum Präsidenten der Republik Bolivien gewählt (Van Cott 2008: 53-57; Harten 2007: 4-5; Jost 2006b: 222, 226).

5.1 PARTEIEN IM INSTITUTIONELLEN GEFÜGE BOLIVIENS⁴⁹

Das politische System Boliviens kann als präsidentialistisches Regierungssystem charakterisiert werden. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden gleichzeitig alle fünf Jahre statt und der Präsident wird in einem Wahlvorschlag mit dem Vizepräsidenten gewählt. Eine Wiederwahl ist erst nach Ablauf einer Wahlperiode möglich (Art. 885-87 CPE). Das Parlament, der Nationalkongress, besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat⁵⁰ (Art. 46 CPE). Die Regierungspraxis Boliviens ist von einer starken Dominanz des Präsidenten geprägt; das Kabinett gilt als sein ausführendes Organ. Auch das Parlament hat gegenüber dem Präsidenten eine eher schwache bis untergeordnete Position: Verfügt der Präsident über eine Regierungsmehrheit, beschränkt sich die Rolle des Parlamentes darauf, Gesetzesinitiativen, die meist von der Regierung kommen, zuzustimmen. Hat der Präsident keine Mehrheit, könnte das Parlament theoretisch Regierungsentscheidungen blockieren – eine Situation, die dann allerdings nicht durch verfassungsrechtliche Kompetenzen aufgelöst werden kann (Jost 2003: 203-213, 222).

Mit dem Übergang zur Demokratie 1982 wurde die Verfassung von 1967 wieder etabliert und erfuhr 1994 und 2004 Veränderungen in zentralen Teilbereichen. Für die Analyse relevant sind vor allem die Abschaffung des Monopols der politischen Parteien für die Kandidatenaufstellung, die Einführung eines neuen Wahlsystems und die durch Gesetze eingeführte Dezentralisierung auf regionaler sowie kommunaler Ebene mit einhergehender Erweiterung der politischen Partizipation (Jost 2008b: 89). In den folgenden Abschnitten werden die institutionellen Veränderungen und ihre möglichen Auswirkungen auf den Erfolg des MAS näher erläutert.

⁴⁹ Alle nun folgenden Angaben beziehen sich auf die Verfassung Boliviens (Constitución política del Estado, im Folgenden abgekürzt mit *CPE*) von 1967 mit ihren Reformen von 1994, 2004 und 2005. Die im Januar 2009 per Referendum verabschiedete neue Verfassung ist für den Untersuchungszeitraum dieser Magisterarbeit nicht relevant.

⁵⁰ Obwohl nicht explizit in der Verfassung genannt, gilt der Senat als Ausdruck des Territorialprinzips (Jost 2003: 197).

5.1.1 Rechtliche Verankerung der Parteien

Rechtliche Bestimmungen über Parteien finden sich in der Verfassung, im Wahlgesetz⁵¹ und im Parteiengesetz⁵². In der Verfassung steht in den Artikeln 222 bis 224, dass die Vertretung der Bevölkerung durch die Parteien gewährleistet wird. Bei den Parteien handelt es sich um juristische Personen des öffentlichen Rechts, die beim nationalen Wahlgerichtshof registriert sein müssen. Parteiprogramm und parteiinterne Organisation unterliegen demokratischen Spielregeln und müssen den Prinzipien der Verfassung entsprechen. Über staatliche Finanzierungshilfen müssen die Parteien Rechenschaft ablegen. Mit der Verfassungsreform von 2004 unter der Regierung Mesa wurden diese Artikel der Verfassung entscheidend verändert. Neben Parteien erhielten auch *agrupaciones ciudadanas* (Wählergruppen) und *pueblos indígenas* (indigene Völker) das Recht, Kandidaten für nationale und kommunale Wahlen aufzustellen, was sie vorher lediglich in Koalitionen mit politischen Parteien durften (Art. 61, 222-224 CPE). Sie wurden somit auf einer Ebene mit den Parteien als politische Organisationen, die den Willen des Bürgers im politischen System vertreten, in die Verfassung aufgenommen. Das bis dahin geltende Monopol der politischen Parteien wurde gebrochen, was vor allem Folgen für die kommunale Ebene hatte: Bereits für die Kommunalwahlen 2004 ließen sich die ersten nichtparteilichen Gruppierungen registrieren und anlässlich der Direktwahl der Präfekten zusammen mit den nationalen Wahlen 2005 erfolgten Kandidatenaufstellungen von 18 Wählergruppen und indigenen Völkern (Muñoz-Pogossian 2008: 27, 176).

So entscheidend diese Änderung auch ist, da sie die Bedeutung von Parteien im politischen System erheblich schmälert, hatte sie jedoch kaum Auswirkungen auf den politischen Werdegang des MAS. Für den MAS kam sie fünf Jahre zu spät, da er bereits seit 1999 als registrierte Partei an Wahlen teilnahm. Die Reform gilt vielmehr als Ausdruck und Antwort auf die Legitimationskrise der Parteien in der Bevölkerung (Lazarte 2008: 247; Tokarski 2006: 58). Nur bei den Kommunalwahlen 2004 bekam der MAS die Folgen zu spüren: Wählergruppen und indigene Völker erlangten den zweitgrößten Stimmenanteil auf nationaler Ebene und kosteten den MAS viele Stimmen und Ämter auf lokaler Ebene. „[T]he MAS' victory would have been even more overwhelming had it not been for the emergence of citizens groupings and indigenous peoples, many of whom had affiliated with the party in prior elections but preferred to compete autonomously in 2004“ (Van Cott 2008: 54).

⁵¹ Alle nun folgenden Angaben beziehen sich auf die Fassung des Wahlgesetzes (Código electoral, im Folgenden abgekürzt mit CE) von 2005.

⁵² Bolivien hat erst seit 1999 ein eigenständiges Parteiengesetz (*Ley de Partidos Políticos*, im Folgenden abgekürzt mit PP).

Das Wahlgesetz regelt und überwacht alle Wahlvorgänge (Referenden, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie Kommunalwahlen) des Landes. In diesem Regelwerk werden die Parteien, Wählergruppen und indigenen Völker (u. a. in Art. 3) als intermediäre Organisationen genannt, die zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln. Sie müssen sich beim Wahlgerichtshof registrieren lassen, dessen Aufgaben und Kompetenzen ebenfalls im Wahlgesetz festgelegt werden. Zur Registrierung und damit zur Teilnahme an Wahlen müssen die genannten Organisationen verschiedene Bedingungen erfüllen, die wiederum im Parteiengesetz definiert werden. Diese haben sich seit den 1990er Jahren eher verschärft, da eine Konzentration des Parteiensystems, nicht zuletzt von den etablierten Parteien, angestrebt wurde. In Art. 5 bis 8 PP wird dargelegt, dass Parteien zur Gründung und Registrierung beim Wahlgerichtshof eine konstituierende Versammlung abhalten müssen, bei der u. a. die Registrierung der Identität der potentiellen Mitglieder erfolgen muss, eine Erklärung zur willentlichen Gründung einer Partei abgegeben wird, Prinzipien und Statuten der Partei festgelegt sowie ein Regierungsprogramm und eine Aufstellung über das Vermögen der Partei erarbeitet werden. Alle erstellten Dokumente müssen dann beim Wahlgerichtshof eingereicht werden. Darüber hinaus muss ein Mitgliederregister erstellt und abgegeben werden. Die Mitgliederzahl muss mindestens zwei Prozent der bei der letzten Präsidentschaftswahl abgegebenen gültigen Stimmen betragen.⁵³ Abgesehen vom eigenen Beschluss, sich aufzulösen, verliert eine Partei ihre Registrierung, wenn sie nicht an zwei aufeinanderfolgenden Wahlen teilgenommen hat, ihr Parteienregister nicht aktualisiert oder weniger als drei Prozent der bei der letzten Wahl abgegebenen gültigen Stimmen erhält (Art. 44 PP).⁵⁴

Was bedeuten diese Regelungen für den MAS? Nachdem die Registrierung der ASP sowohl zu den Kommunalwahlen 1995 als auch zu den nationalen Wahlen 1997 aus formalen und rechtlichen Gründen verwehrt wurde, bediente sich der MAS für die Kommunalwahlen 1999 einer „Parteihülle“, um als unabhängige Partei an Wahlen teilnehmen zu können. Da der MAS bereits registriert war und die Nutzung durch den Wahlgerichtshof geduldet wurde, haben Morales und seine Anhänger die erschwerten Bedingungen bzw. die rechtlichen Hürden zur Gründung einer Partei umgangen.

⁵³ Gerade in diesem Punkt ist eine Verschärfung der Bedingungen erkennbar: Bis 1991 musste die Anzahl der Mitglieder nur 0,5 % und 1997 1 % der bei der letzten Wahl abgegebenen gültigen Stimmen betragen (Lazarte 2008: 252).

⁵⁴ Die Tatsache, dass das Parteiengesetz existiert, garantiert noch nicht seine Umsetzung. Gerade in Bezug auf die Mitgliederregister werden die Anforderungen von den Parteien nicht erfüllt. Es gibt weiterhin keine funktionierende innerparteiliche Demokratie und die parteiinternen Wahlen unterliegen klientelistischen Spielregeln. Die definierten Kontroll- und Sanktionsmechanismen werden vom Wahlgerichtshof oft nicht wahrgenommen (Jost 2003: 242-243, 2008: 101; Lazarte 2008: 252-258).

Das Parteiengesetz enthält darüber hinaus gewisse Anforderungen an demokratische innerparteiliche Strukturen (Art. 15 PP) sowie eine staatliche Parteienfinanzierung in Höhe von insgesamt drei Promille des nationalen Haushaltes. In Jahren, in denen keine Wahlen stattfinden, unterstützt der Staat die Durchführung von Parteiprojekten zur Bürgerbildung und die Verbreitung von programmatischen Dokumenten. In Wahljahren erhalten die Parteien monetäre Unterstützung zur Wahlkampffinanzierung (Art. 53 PP). Voraussetzung ist, dass die Partei Rechtspersönlichkeit besitzt und bei den letzten Wahlen mindestens drei Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene erhalten hat (Art. 52 PP).

Interessant ist, ob die Einführung dieser staatlichen Parteienfinanzierung dem MAS bei der Finanzierung seiner Wahlkämpfe geholfen haben könnte. Da die staatliche Geldzuteilung sich an den Wahlergebnissen der Partei orientiert, erhielt der MAS 2002 lediglich eine geringe finanzielle Unterstützung auf der Basis der Wahlergebnisse der IU von 1997.⁵⁵ Eine weitaus größere Hilfe war Morales' Spende eines internationalen Preises über 50.000 US Dollar, den er für die Verteidigung der Menschenrechte gewonnen hatte (Van Cott 2005: 91). Darüber hinaus lassen vielfach geäußerte Annahmen darauf schließen, dass der MAS auf eine staatliche Finanzierungshilfe nicht angewiesen war. Neben einem dichten Netz an freiwilligen Helfern vermutet man, dass der MAS durch linksgerichtete europäische und US-amerikanische NROs sowie durch den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez finanziell unterstützt wurde (Cárdenas, Anlage VIII: 3; Käss, Anlage X: 4-5; Mesa, Anlage XI: 3-4; Núñez, Anlage XII: 4). Fakt ist, dass der MAS im November 2002 nach den nationalen Wahlen die Hälfte der vom Nationalen Wahlgerichtshof zur Verfügung gestellten Wahlkampffinanzierungshilfe wieder zurückgab (Muñoz-Pogossian 2008: 146).

Ein zweites Argument dafür, dass der MAS nicht auf externe Gelder angewiesen war, ist, dass er als politischer Arm aus Gewerkschaften hervorgegangen ist, die sich über Mitgliedsbeiträge finanzieren. Gerade die Gewerkschaften im Chapare gelten als finanziell gut aufgestellte Organisationen, die den MAS sicherlich unterstützt haben, vor allem da der Vorsitzende von Gewerkschaft und Partei der gleiche ist: Evo Morales (Ticona Cruz, Anlage XIII: 3).

5.1.2 Reform des Wahlsystems

In der Verfassung ist festgehalten, dass das allgemeine Wahlrecht die Basis eines repräsentativen und demokratischen Regimes darstellt und auf allgemeinen, direkten, geheimen, freien

⁵⁵ Der MAS erhielt diese Unterstützung, weil die anderen beiden Parteien dieser Allianz von 1997 (IU und *Partido Comunista Boliviano* – PCB) nicht mehr an den Wahlen teilnahmen (Van Cott 2005: 91).

und obligatorischen Wahlen beruht, die zu einem System proportionaler Vertretung führen. Wahlberechtigt sind alle Bolivianer ab 18 Jahren (Art. 219, 220 CPE).

Die 130 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung und die 27 Senatoren werden auf fünf Jahre gewählt, unbeschränkte Wiederwahl ist möglich (Art. 57, 60, 63, 65 CPE). Bis 1993 erfolgte eine reine Listenwahl, d. h. es gab jeweils eine geschlossene Liste jeder Partei pro Department, die von den Bürgern gewählt werden konnte. Damit wählten sie gleichzeitig den Präsidenten und seine Partei mit einer Stimme, ohne dass sie wussten, welche Politiker auf dieser Liste stehen und bei Wahlsieg in die Abgeordnetenversammlung sowie in den Senat einziehen würden. Das wurde nach der Wahl vom Parteivorsitzenden entschieden. Nachdem eine parteiübergreifend zusammengesetzte Delegation bolivianischer Abgeordneter die Wahlsysteme Deutschlands und Großbritanniens analysiert hatte, schlugen sie vor, die Hälfte der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung direkt in Wahlkreisen wählen zu lassen. Durch diese lokale Direktwahl erhoffte man sich eine Verbesserung der Verbindung zwischen politischen Parteien und Bürgern, da die direkt gewählten Abgeordneten persönlich bekannt und ihrem Wahlkreis gegenüber verantwortlich seien. Gegner der Reform befürchteten die Konzentration der politischen Macht in den Händen der großen Parteien, da ihrer Meinung nach nur diese in der Lage seien, eine relative Mehrheit für ihren Kandidaten in einem Wahlkreis zu erlangen (Muñoz-Pogossian 2008: 109-111).

Die Regierungskoalition unter Sánchez de Lozada setzte eine entsprechende Verfassungsreform durch, die 1994 zur Trennung von Wahlkreis- und Listenmandaten und zur Einführung einer Sperrklausel von drei Prozent führte. 68 Vertreter der Abgeordnetenversammlung werden seitdem über Direktmandate in den Wahlkreisen gewählt und 62 über neun Listen der Departments.⁵⁶ Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hat der Wähler nun zwei Stimmen, die er getrennt vergeben kann: Mit dem *voto acumulativo* wählt er den Präsidentschafts- und Vizepräsidenten und damit die Departmentliste der Präsidentschaftspartei mit den aufgestellten Abgeordneten und Senatoren. Den entsprechenden Wahlkreiskandidaten wählt er mit dem *voto selectivo*. Die Zuteilung der Sitze erfolgt auf der Basis des d'Hondtschen Systems. Bei der Wahl des Senates, der sich aus je drei Vertretern pro Department zusammensetzt, wird vom Prinzip der Verhältniswahl jedoch abgewichen. Alle Kandidaten werden über die Departmentliste gewählt, wobei die stärkste Partei im Department zwei der Senatoren und die zweitstärkste Partei den dritten erhält. Da der Senat im Gesetzgebungs-

⁵⁶ Nach einer Neuordnung von 2005 werden 70 Vertretern in den Wahlkreisen und 60 über die Liste gewählt.

prozess der Abgeordnetenversammlung gleichgestellt ist, ist eine Regierungsbildung gegen die Mehrheitspartei im Senat kaum möglich (Jost 2003: 195-197, 2006b: 217).

Welche Folgen hatte diese Änderung des Wahlsystems für Evo Morales und den MAS? „The electoral system, especially the inclusion of the single-member district system for the election of 68 deputies of the lower chamber benefited smaller parties with regional strength. [...] The system greatly favored the formation and strengthening of the MAS party” (Muñoz-Pogossian 2008: 191). Konkret schafften es die Kandidaten der ASP in Kooperation mit der IU bei den nationalen Wahlen 1997, bei denen das neue Wahlsystem zum ersten Mal angewendet wurde, mit vier Direktkandidaten ins Parlament. Unter den Direktkandidaten befand sich auch Evo Morales, der mit einem Ergebnis von 70 % in seinem Wahlkreis (Chapare/Carrasco) gewählt wurde. Ohne die Möglichkeit der Direktwahl in den neu verfassten Wahlkreisen wären die ASP Kandidaten sehr wahrscheinlich bei der IU parteiintern auf einem der hinteren Listenplätze gelandet und ihr Einzug ins Parlament wäre nach der Wahl mit dem Parteivorsitzenden zu verhandeln gewesen. Durch ihren lokalen Bezug und ihren Bekanntheitsgrad haben sie die Direktwahl für sich erfolgreich nutzen können (Lehoucq 2008: 113-114; Archondo 2007: 88).

Fünf Jahre später bei den nationalen Wahlen 2002 konnte der MAS als eigenständige Partei 27 Sitze im Parlament gewinnen, 14 Direktmandate und 13 Listenmandate (Muñoz-Pogossian 2008: 112-115, 139, 152, 191). Dies zeigt einerseits, dass die Direktmandate nicht mehr unbedingt den Ausschlag für den Wahlerfolg gegeben haben, aber andererseits der MAS seinen politischen Einflussbereich weit über den Chapare hinaus ausdehnen und somit 14 Wahlkreise gewinnen konnte. Nach Ansicht der Autorin hat die Umstellung des Wahlsystems vor allem bei den nationalen Wahlen 1997 den Einstieg Evo Morales' und seiner Anhänger erleichtert und befördert. Gerade bei dieser Wahl, noch vor der Gründung des MAS, konnten sie durch die Konzentration ihrer „Stammwähler“ in den Gebieten des Kokaanbaus Direktmandate erlangen und somit ins Parlament einziehen. Als Abgeordneter nutzte Morales die nationale politische Arena mit ihren Möglichkeiten, um seine Anliegen landesweit bekannt zu machen und voranzubringen.

Abgesehen von der beschriebenen Reform des Wahlsystems, profitierte der MAS ebenfalls von einer staatlich finanzierten Kampagne zur Wählerregistrierung in den ländlichen Gebieten zwischen 1993 und 2002. In dieser Zeit registrierte der Nationale Wahlgerichtshof über eine Million neue Wähler, darunter ca. 100 000 indigene Wähler im Department La Paz, in denen der MAS 2002 hohe Gewinne erzielen konnte (Van Cott 2005: 87).

5.1.3 LPP und administrative Dezentralisierung

Der Staat Bolivien ist geprägt von einem in der Verfassung verankerten und historisch begründeten Selbstverständnis als unitarischer Staat, der durch zentralistische Strukturen geprägt ist (Jost 2006b: 234). Wie bereits in Kapitel drei und vier erwähnt, wurden 1994 und 1995 unter der Regierung Sánchez de Lozada erste wichtige Gesetze zur Volksbeteiligung, zur Dezentralisierung und zur Änderung der Kommunalverfassung erlassen. Im April 1994 kam es zunächst zur Verabschiedung des LPP, das die territoriale, ökonomische und demokratische Beschaffenheit der lokalen Regierungen in Bolivien radikal veränderte. Das erklärte Ziel des Gesetzes war es, wirtschaftliche und politische Instrumente zu stärken, um die Beteiligung der Bevölkerung bewusst zu fördern. Insgesamt sollte damit die Legitimation des demokratischen Systems verbessert werden. In Artikel 1 wurde festgehalten, die Beteiligung der indigenen (ländlichen und städtischen) Gemeinschaften am politischen Prozess anzuerkennen und zu fördern.

Das LPP gliedert sich in vier Abschnitte. Im ersten Abschnitt werden mehr als 20 000 bäuerliche sowie gewerkschaftliche Gemeinschaften und urbane Nachbarschaftsvereinigungen als sogenannte *Organizaciones Territoriales de Base* (OTB) und damit als juristische Personen anerkannt. Diese haben die Möglichkeit *comités de vigilancia* (Kontrollausschüsse) zu gründen, die mit weitgehenden Rechten zur Beaufsichtigung und Sanktionierung der kommunalen Verwaltung ausgestattet sind. Im zweiten Abschnitt wird ein Mechanismus eingeführt, der innerhalb der Provinzen Gemeindeterritorien definiert, um diesen mehr politische Rechte als auch finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Die letzten beiden Abschnitte regeln die gleichberechtigte Verteilung von finanziellen Mitteln im ganzen Land und die Neuordnung der institutionellen Machtstrukturen zur Umsetzung des Gesetzes.

Damit wurden neben der nationalen und departementalen Ebene zwei neue administrative Ebenen (Provinz und Gemeinde) geschaffen, die mit entsprechenden öffentlichen Strukturen, politischen Rechten und finanziellen Kompetenzen ausgestattet wurden. „Die durch das LPP erfolgte territoriale Neugliederung der kommunalen Verwaltungsstrukturen band den ländlichen Bereich erstmals politisch und administrativ in die staatlichen Strukturen ein und erweiterte die kommunalen Kompetenzen“ (Jost 2008b: 111). Durch die finanzielle Neu- und Umverteilung wurde der Missstand behoben, dass die meisten staatlichen Gelder, die bis dahin zur regionalen Entwicklung bereitgestellt worden waren, in den großen Städten der Departements verblieben und nie auf dem Land ankamen. Zum einen durften nun die Gemeinden ihre eigenen Steuereinnahmen behalten und zum anderen wurde der Prozentsatz des nationalen

Einkommens, der den Kommunen zur Verfügung gestellt wurde, von zehn auf 20 % erhöht. Diese direkte Geldzufuhr an die Gemeinde- und Provinzebene stellte eine große Veränderung dar (Albó 2008: 49; Muñoz-Pogossian 2008: 92-94; Jost 2003: 339-342).⁵⁷

Im Juli 1995 erfolgte nach massiven Protesten – vor allem aus Santa Cruz und Tarija – die Verabschiedung eines Gesetzes zur Dezentralisierung, von dem sich die Departments mehr Autonomie und damit Machtzuwachs versprachen. Es kam allerdings nur zu einer administrativen und nicht zu einer politischen Dezentralisierung, im Zuge derer die Bewahrung der nationalen Einheit Boliviens betont und lediglich die Kompetenzen der Präfekturen erweitert wurden. Erst 2005 wurde die Direktwahl der Präfekten eingeführt (Jost 2006b: 235, 2008: 110-111). In der Reform der Kommunalverfassung sollte sich das Ziel der Förderung von mehr Volksbeteiligung wiederfinden. In diesem Sinne verlängerte man die Amtszeiten der kommunalen Amtsträger von zwei auf fünf Jahre, um eine langfristige Kommunalentwicklung zu fördern. Des Weiteren wurde geregelt, dass der Bürgermeister direkt von der Bevölkerung gewählt wird (Jost 2003: 352).

Nach anfänglichem Misstrauen gegenüber den neuen gesetzlichen Regelungen begannen die Gemeinden sowie die gewerkschaftlichen und indigenen Bewegungen ihre neuen Möglichkeiten der Mit- bzw. Selbstbestimmung auf administrativer und finanzieller Ebene zu entdecken. Im Dezember 1995 wurden die ersten Kommunalwahlen unter der neuen Gesetzeslage durchgeführt. Im Ergebnis konnten ca. 500 *indígenas campesinos* als Bürgermeister oder Gemeinde- bzw. Stadtratsmitglieder gewählt werden und somit kommunale Regierungen stellen – eine Zahl, die sich in den Folgejahren noch erhöhte. Auch viele Führungskräfte aus Gewerkschaften (CSUTCB und CIDOB) und weiteren Basisorganisationen stiegen in die Kommunalpolitik ein, weil sie dort zum einen ein kleines Gehalt beziehen konnten und ihnen zum anderen höhere finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Der Verdienst dieses vor allem in der Anfangszeit schwierigen Prozesses⁵⁸ war die Ausbildung neuer Führungspersonlichkeiten, die auf kommunaler Ebene erste politische Erfahrungen sammeln konnten (Zuazo 2008: 18; Albó 2008: 50-52; Van Cott 2008: 48).

Auch der MAS profitierte in hohem Maße von diesem Prozess der Dezentralisierung und stärkeren Bevölkerungsbeteiligung. 1995 und 1999 schafften es viele Gewerkschaftsführer,

⁵⁷ Hinzu kam, dass das Geld erstmals im Verhältnis zur in einer Provinz oder Gemeinde lebenden Einwohnerzahl verteilt wurde. So erhöhte sich z. B. die staatliche Zuweisung an die Provinz Achacachi (Department La Paz) von 4.000 auf 1.455.000 US Dollar (Mesa 2008: 601).

⁵⁸ Gerade in der Anfangszeit kam es durch die Unerfahrenheit vieler Mandatsträger zu Fehlern und Schwierigkeiten in der Amtsführung. Auch die neuen Möglichkeiten der Verfügung über finanzielle Mittel führten zu Korruption und Veruntreuung.

Ämter in kommunalen Einrichtungen zu erlangen. Dort verfügten sie über andere finanzielle Mittel, um die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern und damit ihr Ansehen zu steigern, aber auch um die kommunalen Strukturen bei der Organisation von Protesten zu nutzen (Archondo 2007: 88).

In einer Studie, in der 85 Abgeordnete des MAS befragt wurden, konnte herausgefunden werden, dass zwei von zehn Befragten am Anfang ihrer politischen Karriere kommunale Ämter (Bürgermeister, Gemeinderatsmitglied) innehatten oder Mitglieder der *comités de vigilancia* waren. 63 % der Befragten erklärten, dass das LPP einen positiven Einfluss auf ihre persönliche politische Entwicklung hatte. Viele besuchten Seminare zur Ausbildung von Führungskräften bei kirchlichen Organisationen oder NROs und ließen sich zu kommunalen Wahlen aufstellen. Nach eigenen Angaben wurden sie im Amt vielfach Zeugen von Korruption und ineffizienten politischen Strukturen, die sie zu verbessern suchten. Durch diese Umstände fühlten sie sich angespornt, sich politisch zu engagieren. Nach und nach entstand eine neue politische Elite, die auf kommunaler Ebene Politik machte, aber schnell feststellen musste, dass sich die nationale Politik auf diesem Wege nicht verändern ließ. Die gleichen Missstände, die sie auf kommunaler Ebene bekämpften, existierten auf nationaler Ebene fort. Daher beteiligten sie sich als Mitglieder der großen Gewerkschaften an Märschen, Streiks und Blockaden des Landes. Die Konflikte wurden auf die Straße verlegt, weil innerhalb des Systems keine Möglichkeiten zu Veränderung gesehen wurden. In diesem Kontext traten die Kommunalpolitiker dem MAS bei (wenn sie nicht schon vorher Mitglied waren), der zum einen bei der Organisation der sozialen Proteste beteiligt war und sich zum anderen als alternative Möglichkeit präsentierte, die verhasste politische Klasse zu bekämpfen (Zuazo 2008: 23-26). Im Chapare erlangte der MAS bereits nach den Kommunalwahlen von 1995, noch unter dem Namen ASP/IU, die Kontrolle über alle kommunalen Regierungen, wodurch die Parteimitglieder in den Genuss von Ausbildungsmaßnahmen und neuen Finanzierungsquellen kamen (Von Cott 2008: 183; Tokarski, Anlage XV: 2).⁵⁹

Eine Reform, die der MAS nicht für sich nutzen konnte, war die erste Direktwahl der Präfekten im Dezember 2005. Im Gegensatz zu seinem hohen nationalen Ergebnis bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen musste der MAS bei den Präfektenwahlen hohe Verluste hinnehmen: In lediglich drei der neun Departments konnte der MAS den Präfekten stellen. Auf lokaler Ebene zeigt sich also ein differenzierteres Wählerverhalten im Hinblick auf

⁵⁹ Für eine kritische Analyse der Auswirkungen des LPP auf die Qualität der Demokratie im Chapare vgl. Van Cott 2008: 196-198.

kommunale Belange, das u. a. auch zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Erfolg verholfen hat (Jost 2006b: 238-239).

5.2 KONFLIKTSTRUKTUREN DER BOLIVIANISCHEN GESELLSCHAFT

Im nun folgenden Abschnitt werden die relevanten politischen, geographischen, kulturellen und ökonomischen Konfliktlinien der bolivianischen Gesellschaft erläutert, die sich seit Ende der 1990er Jahre herausgebildet und sich sowohl auf das politische System als auch auf die Entstehung bzw. den Erfolg des MAS ausgewirkt haben.⁶⁰ Eine Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über Interkulturalität und Globalisierung in Bolivien von 2004 stellt fest: „La sociedad boliviana puede ser caracterizada por la persistente vigencia en su seno de importantes comunidades culturales, étnicas, regionales o religiosas, es decir, grupos sociales de todo tipo“⁶¹ (PNUD 2004: 102). Aufgrund statistischer Angaben und der Befragung von ausgesuchten sozialen Gruppen wurden sieben Konfliktlinien identifiziert, von denen vier besonders relevant erscheinen und im Folgenden näher betrachtet werden: *Regierende versus Volk*, *Westen versus Osten*, *Reiche versus Arme* und *Indigene versus Nicht-Indigene* (PNUD 2004: 118).

5.2.1 *Regierende versus Volk: Legitimationskrise der politischen Parteien*

In Bolivien belegen die traditionellen politischen Parteien und der Nationalkongress als Institution die letzten Plätze im Ansehen der Bevölkerung. Nach Umfragen von 2002 und 2004 erreichten sie lediglich zwischen 2 und 4 % des Vertrauens der Bevölkerung. Hauptkritikpunkte der Menschen sind Korruption und Selbstbereicherung der Parteien und Politiker. 1997 und 2001 war Bolivien trauriger lateinamerikanischer *Korruptionsmeister*. Macht wird in den Parteien von oben nach unten vergeben. Bereits vor den Wahlen werden gut dotierte Stellen unter den Parteimitgliedern verteilt. Diese verpflichten sich im Gegenzug, die nötige Wahlkampfarbeit zu leisten und einen bestimmten Prozentsatz des eigenen Einkommens der Partei zur Verfügung zu stellen. Politisches Profil und Programmatik sind kaum vorhanden, nur in Wahlkämpfen präsentiert man sich den Wählern als Alternative (Marmon 2006: 193; Lazarte 2000: 87-91).

⁶⁰ Historische Darstellung maßgeblicher Konfliktlinien und ihrer Transformation ins Parteiensystem bis 1997 vgl. Jost 2003: 238-274.

⁶¹ „Die bolivianische Gesellschaft kann in ihrem Inneren durch eine anhaltende Gültigkeit wichtiger kultureller, ethnischer, regionaler oder religiöser Gemeinschaften, d. h. soziale Gruppen aller Art, charakterisiert werden.“

Den Parteien wird vorgeworfen, dass sie ihre Vermittlerrolle zwischen Gesellschaft und Politik nicht wahrnehmen. Einmal an der Macht, spielt vor allem die persönliche Bereicherung eine Rolle und im Wahlkampf gemachte Versprechen sind vergessen. Hier könnte man argumentieren, dass die Wahlkampfversprechen in westlichen Demokratien auch schnell und gerne wieder vergessen werden. In Bolivien ist es jedoch so, dass die grundsätzliche Interessenaggregation und -artikulation nicht wahrgenommen wird. Die Parteimitglieder, so der Vorwurf, dienen direkt der Parteiführung und damit den Interessen kleiner einflussreicher Gruppen und Familien. Das Gleiche gilt für die Fraktion der betreffenden Partei im Parlament: Wichtige Entscheidungen werden außerhalb des Parlaments von den *caudillistisch* agierenden Parteivorsitzenden getroffen und an die Fraktionsmitglieder zur entsprechenden Stimmenabgabe weitergegeben.⁶² Solche außerparlamentarischen Mechanismen führten die Vertretung der Bevölkerung durch die Abgeordneten lange Jahre ad absurdum. Hinzu kommt, dass durch die fehlende *linkage*-Funktion, die Legitimation des demokratischen Systems insgesamt beschädigt wurde (Tokarski 2006: 45, 51, 54; Zuazo 2008: 13; Muñoz-Pogossian 2008: 85, 189-190).

Als ein Versuch, dem entgegenzuwirken, kann die Reform des Wahlsystems, insbesondere die Einführung der Wahl von Direktkandidaten, betrachtet werden. Das Problem war jedoch vielfach, dass den direkt gewählten Abgeordneten ihre Rolle und ihre Verantwortung gegenüber dem jeweiligen Wahlkreis nicht bewusst war. Es handelte sich in vielen Fällen um alte Parteigrößen und nicht um Parteipolitiker aus der entsprechenden Region. Somit dienten sie weiterhin vor allem der Parteispitze und waren nicht in der Lage, Forderungen und Bedürfnisse der Bevölkerung aufzugreifen und in den legislativen Prozess einzubringen (Muñoz-Pogossian 2008: 138-139).⁶³ Dies enttäuschte ein weiteres Mal die hohen Erwartungen der Bevölkerung. „We have to recognize that the uninominal deputies created great expectations that in the majority of the cases became great frustrations“ (Fernando Rodriguez Calvo 2002, direkt gewählter Abgeordneter, zitiert nach Muñoz-Pogossian 2008: 140).

Die politische Klasse Boliviens gilt als wenig veränderungsbereit. Sie leitete zwar politische Reformen ein, war aber selbst nur begrenzt reformwillig und führte ihre alten Praktiken fort (Jost 2003: 168). Besonders ab 1997 unter den Regierungen Bánzer/Quiroga⁶⁴ (1997 bis

⁶² Diese Machtverlagerung entstand vor allem dadurch, dass die Parteivorsitzenden oft als Präsidentschaftskandidaten in die Wahlen zogen und sich nicht gleichzeitig als Abgeordnete aufstellen lassen konnten. Bei einer Niederlage zogen sie damit nicht in die Abgeordnetenkammer ein (Muñoz-Pogossian 2008: 190).

⁶³ An dieser Stelle muss jedoch auch erwähnt werden, dass den Direktkandidaten oftmals keinerlei finanzielle Mittel zur Verfügung standen, um ihren Wahlkreis zu bereisen und sich vor Ort mit den Leuten zu treffen. Häufig besaßen sie keinerlei Ausstattung (Büroräume, Computer, Telefone), um ihre Arbeit zu erledigen (Muñoz-Pogossian 2008: 138-139).

⁶⁴ Bánzer musste sich 2001 aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen.

2002) und Sánchez de Lozada (2002 bis 2003) kam es zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlusts des politischen Systems und der Parteien, die für die Bürger Boliviens zu diesem Zeitpunkt lediglich als Inbegriff für Präbendalismus⁶⁵, Korruption und Klientelismus standen (Zuazo 2008: 14; Goedeking 2002: 148; Mansilla 2004: 162-164).

Des Weiteren hat ein allmählicher Perzeptionswandel des Konzepts der *democracia pactada* stattgefunden. Fast 20 Jahre lang hatte die Regierungsbildung innerhalb dieses konsensdemokratischen Konzepts funktioniert, das lange positiv empfunden wurde und als Stabilitätsgarant der bolivianischen Politik galt. Es wurde jedoch zunehmend als *closed shop system* einer Politikerkaste empfunden, die allenfalls zu formalen, aber in der Realität wirkungslosen Kompromissen bereit war (Jost 2008b: 107; Zuazo 2008: 12-13). Die alternierend aus drei großen Parteien gebildeten Pakte entwickelten sich zu einem „Wechselspiel von ‚Einmal Du, einmal Ich‘ [...], das bis hin zu den administrativen Posten reichte, die nach jeder Wahl unter den Anhängern der jeweiligen Regierungspartei verteilt wurden“ (Tokarski 2006: 50). Dies führte dazu, dass regierende Politiker oftmals keine Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen übernahmen und nicht nachhaltig regierten, sondern vor allem ihre Klientel bedienten (Marmon 2006: 194).

Die beschriebene Situation verdeutlicht, dass die Parteien Boliviens – in verstärktem Maße seit Mitte der 1990er Jahre – ihre Vermittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft nicht wahrnahmen und somit die soziopolitischen Konfliktlinien der Gesellschaft nicht repräsentiert wurden. Die durch diese fehlende Repräsentation entstehende Frustration der Bevölkerung suchte sich andere Kanäle und führte zur Erstarkung der sozialen Kräfte des Landes, allen voran der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die bolivianischen Parteien verloren ihre potentiell konsensfördernde und konfliktentschärfende Wirkung und die Bürger trugen ihre Forderungen auf die Straße (Marmon 2005a: 149, 2006: 196).

Diese Krise der politischen Parteien spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung der ASP 1995 und in der Folge des MAS 1999. Nach vielen schlechten Erfahrungen mit politischen Parteien aus Sicht der indigenen Bewegungen, präsentieren sich ASP und MAS ganz deutlich als alternativer Zugang zum politischen System. Ihr Ziel ist es, ein politisches Instrument (keine Partei) zu gründen, um die Möglichkeit zu erlangen, ihre Interessen unmittelbar und unverfälscht zu vertreten. „Es decir, un partido pero con otro nombre, como recalcando la importancia de no querer repetir el mismo camino ni los mismos errores que habían llevado a

⁶⁵ *Prebenda* bedeutet im Spanischen (kirchliche) Pfründe. Heute wird etwas als präbendalistisch bezeichnet, wenn staatliche Machtpositionen für private Vorteilsaneignung missbraucht werden (Tokarski 2006: 54).

la grave crisis de legitimidad”⁶⁶ (Zuazo 2008: 31). Die Leitformel in diesem Zusammenhang heißt *mandar obedeciendo*, dem Volke gehorchend regieren (Tórrez/Zegada 2008: 79; Lessmann 2007: 255). Der MAS verspricht, alle Fehler zu vermeiden, die den verhassten traditionellen Parteien vorgeworfen werden: Präbendalismus, Korruption und fehlender Respekt gegenüber dem Willen des Wählers. Morales spricht sich gegen Ämterhäufung aus und pocht auf eine klare Trennung zwischen Amt und Mandat (Zuazo 2008: 43-45; Marmon/Kramer 2006: 3). Er präsentiert sich stets als ehrlicher Gewerkschaftsführer, der nicht zur traditionellen politischen Klasse gehört – eine Strategie, die auch von Palenque und Max Fernández aufgegriffen worden war.⁶⁷

„[P]ara el 2005 el sistema tradicional de partidos había desmoronado. Por mala gestión, por corruptos, por varios problemas internos el país se cansó de los partidos anteriores. El voto de 2005 no ha sido un voto a favor de Evo Morales, ha sido un voto castigo al sistema político tradicional. [...] Entonces en esas condiciones Evo Morales y el MAS es el instrumento que utiliza el pueblo boliviano para castigar al sistema político de partidos”⁶⁸ (Cárdenas, Anlage VIII: 1).

Weitere Interviewpartner⁶⁹ bestätigen diese gravierende Legitimationskrise der politischen Parteien und eine tiefe Sehnsucht der bolivianischen Bevölkerung nach einer Veränderung, nach einem Wandel. 2005 war die einhellige Meinung, dass es so (mit den traditionellen Parteien) nicht mehr weitergehen konnte. Die einzige Alternative in diesem Moment waren der MAS und sein Präsidentschaftskandidat Evo Morales, auf den sich die Hoffnungen der Menschen aus allen Bevölkerungsschichten konzentrierten. Er agierte nicht nur als Vertreter der *indígenas campesinos*, sondern kanalisierte die beschriebene Oppositionsstimmung der gesamten Bevölkerung gegen die alten Machtgruppen in den traditionellen Parteien (Jost 2006b: 223; Ströbele-Gregor 2007: 1).

Diese Abstrafung der traditionellen Parteien trifft ebenfalls auf die Wahlen von 2002 zu. Mit einem Stimmenanteil von 20,94 % für den MAS bestrafte die Bevölkerung die unkohärente Politik der heterogenen Megakoalition, die während ihrer Regierungsperiode maßgeblich mit parteiinternen Machtkämpfen und familieninterner Ämtervergabe beschäftigt war (Lessmann

⁶⁶ „Das heißt, eine Partei aber mit anderem Namen, um die Wichtigkeit zu betonen, weder den gleichen Weg noch die gleichen Fehler wiederholen zu wollen, die zu der gravierenden Legitimationskrise geführt hatten.“

⁶⁷ Eine weitere Vermutung in diesem Zusammenhang ist, dass für den MAS neue Wählersegmente frei wurden, da CONDEPA sich durch interne Streitigkeiten selbst zerstört und die UCS durch ihre langjährige Regierungsbeteiligung sowie den Führungswechsel auf Johnny Fernández stark an Ansehen verloren hatte (Muñoz-Pogossian 2008: 82).

⁶⁸ „[I]m Jahr 2005 war das traditionelle Parteiensystem gescheitert. Auf Grund von schlechter Führung, korrupten Politikern und weiterer verschiedener interner Probleme war das Land der vorherigen Parteien überdrüssig. Die Wahl von 2005 war keine Wahl für Evo Morales, es war eine Denkmittelwahl für das traditionelle politische System. [...] In dieser Situation sind Evo Morales und der MAS das Instrument, das die bolivianische Bevölkerung nutzt, um das politische Parteiensystem zu bestrafen.“

⁶⁹ Casanova, Anlage IX: 1; Käss, Anlage X: 1; Núñez, Anlage XII: 1; Velásquez, Anlage XVII: 1.

2007: 225; Jost 2005: 62). Was dem MAS nach den Wahlen 2002 zusätzlich zugute kam, war seine Weigerung, mit den etablierten Parteien eine Koalition einzugehen: „[E]l voto del pueblo no se negocia“⁷⁰ (Asterio Romero, Abgeordneter des MAS, zitiert nach Zuazo 2008: 45). Einen politischen Kompromiss einzugehen, bedeutet Verrat am Willen des Wählers. Mit dieser Argumentation verweigerte der MAS sich dem Konzept der *democracia pactada* und nahm seine Arbeit als Opposition im und außerhalb des Parlaments auf (Muñoz-Pogossian 2008: 108-109, 116-126, 146, 154). Morales setzte bewusst das Signal des ehrlichen Politikers, der sich nicht um der Macht willen wählen lässt, sondern die Interessen der Bevölkerung glaubhaft vertreten möchte. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass das Ansehen und die Glaubwürdigkeit des MAS und Evo Morales' in der Bevölkerung nach der Wahl von 2002 weiter anstiegen (Van Cott 2005: 96-97).

5.2.2 Westen versus Osten: Landrechte und Landverteilung

Diese Konfliktlinie zeigt sich im Verhältnis der sehr unterschiedlichen Regionen Boliviens zueinander. Im Westen Boliviens liegt das Altiplano (Hochland der Anden) auf ca. 3 000 bis 4 000 Meter Höhe und ist geprägt von einem trockenen Klima. Hier befanden sich die reichen Silber- und Zinnminen, die erst von den Spaniern und dann von den sog. Zinnbaronen ausgebeutet wurden. Im andinen Hochland leben vor allem Aymara rund um die Städte La Paz und El Alto sowie Quechua in weiteren Regionen des Andenberglandes, besonders im Department Cochabamba. Es herrschen traditionelle Landwirtschaft und (Reste von) Bergbau vor. Im Osten Boliviens liegt die fruchtbare Tiefebene, das Amazonasgebiet und der Chaco, wo große Öl- und Gasvorkommen abgebaut werden sowie industrielle Landwirtschaft betrieben wird. Hier leben die vielen zahlenmäßig kleinen Tieflandvölker; im Wirtschaftsleben bestimmend sind jedoch die Nachfahren europäischer Einwanderer. Zwischen den beiden Regionen herrschen große sozioökonomische und kulturelle Unterschiede, durch die die Debatte um regionale Autonomie immer wieder neu geführt wird (Goedeking/Zuazo 2006: 6; Schoop 2006: 403-408).

Ein zentrales Thema ist dabei die Verteilung der Einnahmen aus Bodenschätzen, die in der jeweiligen Region (vor allem im Osten) erwirtschaftet werden (Lessmann 2007: 226). Im Vorfeld des Referendums über den Umgang mit den Erdgasreserven (Juni 2004) flammte eine ideologisch-rhetorische und in Zügen rassistische Auseinandersetzung zwischen der *reichen*

⁷⁰ „[D]ie Stimme des Volkes ist nicht verhandelbar.“

weißen Unternehmerelite im Tiefland und den armen Indigenen auf dem Altiplano auf, die vom MAS aufgegriffen und in seinen Diskurs integriert wurde (Marmon 2006: 197).

Diese Gegenüberstellung wird auch gerne aufgegriffen, wenn es um die Frage von Landrechten und Landverteilung geht. Zum einen handelt es sich dabei um den langjährigen Kampf der indigenen Tieflandvölker um Landrechte und die Verteidigung ihrer angestammten Lebensräume, was in Kapitel vier bereits beschrieben wurde. Zum anderen existieren im östlichen Tiefland große private Ländereien, die wirtschaftlich nicht produktiv genutzt werden. In diesem Kontext nehmen andine Siedler und Landlosenbewegungen seit Ende der 1990er Jahre illegale Landbesetzungen vor, die erwartungsgemäß zu (teils sehr gewalttätigen) Konflikten führen. Oftmals existiert hier eine komplexe Gemengelage von Armen ohne Land, die das *Land der Reichen* besetzen und damit eine erzwungene Umverteilung durchsetzen wollen, aber auch von Menschen, die das Etikett des *Landlosen* nutzen, um sich selbst zu bereichern (Goedeking/Zuazo 2006: 13). Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung reagiert die Gegenseite der Großgrundbesitzer mit der Aufstellung und dem Einsatz von bewaffneten Privatmilitäzen.

5.2.3 Reiche versus Arme: Soziale Folgen der neoliberalen Wirtschaftsreformen

Das Aufkommen der sozialen Konflikte und die beschriebene Legitimationskrise der politischen Parteien stehen im Kontext einer großen Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation im Land. Aus dem Blickwinkel großer Teile der bolivianischen Bevölkerung sind die Wohlstandsversprechen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht erfüllt worden. Armut und soziale Spaltung haben sich seit den 1990er Jahren sogar noch verschärft (Ernst 2009: 125).

Nach dem schwierigen Übergang zur Demokratie verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Landes Anfang der 1980er Jahre dramatisch. In der Folge erließ Präsident Paz Estenssoro im August 1985 das Dekret 21060 zur *Neuen Wirtschaftspolitik* und leitete damit die neoliberale Phase der bolivianischen Wirtschaftspolitik ein. Ziel war es u. a. die Hyperinflation zu beenden, Währungsstabilität herzustellen, die Märkte zu öffnen und öffentliche Unternehmen zu privatisieren. Diese Maßnahmen genossen seiner Zeit die mehrheitliche Unterstützung der bolivianischen Bevölkerung, da sie zunächst zur makro-ökonomischen Stabilisierung des Landes führte. Allerdings zogen sie hohe soziale Kosten nach sich, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind: Als Antwort auf den Zusammenbruch des Weltmarktes für Zinn im Jahr 1986 entließ die Regierung 23 000 Minenarbeiter und Staatsbedienstete, was als „Relokalisierung“ bezeichnet wurde und zu großen internen Migrationsbewegungen führte.

Die Arbeitslosen versuchten sich durch eine Vielzahl von Aktivitäten (Straßenhändler, Taxifahrer) über Wasser zu halten und trugen somit zu einem starken Anstieg des informellen Wirtschaftssektors bei. Viele der *relocalizados* zogen vom bolivianischen Hochland in die Gebiete um Cochabamba (Chapare) und ließen sich dort als Kokabauern nieder. Dadurch verschärfte sich das Problem des illegalen Anbaus der Koka-Pflanze, der sog. überschüssigen Produktion, die zu Kokain weiterverarbeitet wird. Die Koka-Kokain-Problematik beschäftigte seitdem alle Nachfolgeregierungen (Jost 2003: 117-118, 131, 134). Diese Phase der Wirtschaftspolitik Boliviens trug dazu bei, dass *Neoliberalismus* zu einem Generalschuldigen wurde, zu einem „catchall term of scorn that blamed the country's ills on the economic and social reforms of the previous fifteen years“ (Lehoucq 2008: 114).

Die begonnene Wirtschaftspolitik wurde unter der ersten Regierung Sánchez de Lozada reformiert und weitergeführt. Hier ist vor allem der Prozess der sog. *capitalización* (Kapitalisierung) zu nennen, der bolivianischen Version der Privatisierung von großen Staatsbetrieben. Darüber hinaus wurden ein Alterssicherungsgesetz und eine Boden- und Agrarreform verabschiedet, um Ungleichverteilungen entgegenzuwirken. In der Außen- und Wirtschaftspolitik war Lozada bemüht, das Land zu öffnen und in ausländische Märkte zu integrieren. Mit der Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen galt Bolivien im Ausland als *Traumland der Reformen* (Jost 2003: 136-137, 140; Goedeking/Zuazo 2006: 7). Mit Auslaufen der Regierungszeit und den Wahlen 1997 kam es allerdings zu einem Bruch in der Kontinuität der Wirtschaftspolitik. Die fortan regierende Megakoalition unter Bánzer/Quiroga war nicht in der Lage, ein konkretes wirtschaftspolitisches Projekt zu formulieren. Gab es bis Ende der 1990er Jahre noch ein relativ stabiles Wirtschaftswachstum von 4 bis 5 %, stürzte es in Folge der internationalen Wirtschaftskrise 1998/99 auf 0,5 % ab und erholte sich nur langsam (Marmon 2006: 186). Bánzer hatte die Wirtschaftskrise vollkommen unterschätzt. Erst sehr spät versuchte er mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern und konnte kaum Verbesserungen für die Bevölkerung erzielen. In seine Regierungsperiode fällt zum einen der Wasserkrieg in Cochabamba, durch den sich die *anti-neoliberale* Haltung der sozialen Bewegungen unterstützt von internationalen Antiglobalisierungsgegnern vertiefte, und zum anderen ein verschärftes Vorgehen gegen den illegalen Kokaanbau. Ein umfangreiches Vernichtungsprogramm wurde gestartet, was zu einer Militarisierung der Anbaugebiete führte und verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich zog. Die Proteste der sozialen Bewegungen und der Kokabauern gegen die als neoliberal beschimpften Maßnahmen der Regierung nahmen immer weiter zu und erlangten in der zweiten Regierung Sánchez de Lozada ihren Höhepunkt – diesmal ging es vor allem um die empfundene Ausbeutung der bolivianischen Gas-

vorkommen durch transnationale Unternehmen (Goedeking/Zuazo 2006: 8-9; Muñoz-Pogossian 2008: 108-109, 121, 157).

Die sozialen Folgen der schlechten wirtschaftlichen Situation haben zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Menschen geführt, was sich in den immer häufigeren und an Intensität zunehmenden Konflikten zeigte. Bolivien wird zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas gerechnet. Die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung lebt in Armut.⁷¹ Zudem verzeichnet Bolivien seit Mitte der 1990er Jahre einen Anstieg des Gini-Koeffizienten⁷² von 0,53 auf 0,62 im Jahre 2003, was bedeutet, dass in diesen Jahren die Ungleichverteilung stark zunahm (Jost 2003: 143; Tokarski 2006: 34; PNUD 2004: 108-109). Seit Ende der 1990er Jahre wurde daher bei vielen Bolivianern die Wahrnehmung verstärkt, dass das von den Verfechtern des Neoliberalismus gegebene Versprechen, neue Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu schaffen, nicht eingehalten wurde. In Aussicht gestellte Zugangschancen und Integrationsmöglichkeiten waren ausgeblieben. Die etablierten Parteien hatten es in der demokratischen Geschichte Boliviens nicht geschafft, die wirtschaftliche und damit soziale Integration aller Bevölkerungsteile zu realisieren. Die Umsetzung von Gleichheit und Gerechtigkeit war kaum vorangekommen (Zuazo 2008: 13, 15; Goedeking/Zuazo 2006: 5, 12).

In Verbindung mit den regionalen Konflikten spielt die ökonomische Konfliktlinie eine wichtige Rolle in der Politik des MAS, der sich selbst als Teil der sozialen Protestbewegungen gegen die Wirtschaftspolitik des Staates sieht. Da er seine Ursprünge in den Gewerkschaften der Kokabauern hat, war seine Anhängerschaft direkt von den radikalen Maßnahmen unter Bánzer betroffen und nahm an Blockaden und Demonstrationen teil. In Reaktion auf die beschriebene Konfliktlinie formulierte der MAS eine armutsorientierte Politik. Er sieht sich als Kämpfer für die Unterdrückten und Armen, denen er als ihr politisches Instrument eine Stimme verleihen möchte. Die Ungleichheit im Land bezeichnet der MAS in Anlehnung an kataristische Argumente als *internen Kolonialismus* und fordert, dass die Einnahmen aus den Bodenschätzen des Landes den Menschen zur Verfügung gestellt werden, um ihre Lebenssituation konkret und schnell zu verbessern.

Nachdem die politische Linke im Land keine Rolle mehr spielte, thematisierte der MAS wirtschaftliche Gleichheit und soziale Gerechtigkeit und revitalisierte damit linke Inhalte. Er löste sie aus einem sozialistischen Diskurs heraus und verlieh ihnen Legitimität durch den Kampf

⁷¹ Für eine Definition von Armut und eine differenzierte Analyse von sozialer Ungleichheit in Bolivien vgl. Tokarski 2006: 28-41 sowie Ernst 2009: 127-136.

⁷² Ein Gini-Koeffizient von 0 bedeutet völlige Gleichheit, von 1 völlige Ungleichheit (Tokarski 2006: 34).

um indigene Rechte. Damit erreichte der MAS weitere nicht-indigene Segmente der Gesellschaft und bot den Wählern eine Alternative, die keine konservativen oder liberalen Parteien wählen wollten (Van Cott 2007: 134-135; Albó 2002: 213-214; Cárdenas, Anlage VIII: 1).

5.2.4 *Indigene versus Nicht-Indigene: Politisierung des Ethnischen*

„In multiethnic societies, ethnic cleavages are likely to generate political parties and to organize political competition“ (Van Cott 2005: 1). Diese Aussage galt lange Zeit jedoch nicht für Bolivien. Erst seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich feststellen, dass unter indigenen und mestizischen Gruppen Boliviens eine zunehmende Mobilisierung auf dem Hintergrund ethnischer Identität stattgefunden hat (Rice 2006: 51). Die bisher beschriebenen Konfliktlinien verschmelzen bzw. subsumieren sich unter der Dominanz einer ethnischen Konfliktkonstellation. Andere Autoren sprechen von einer ethnischen Verpackung der ökonomischen und regionalen Konfliktlinien (Marmon 2005a: 151; Goedeking/Zuazo 2006: 10). Tatsache ist jedoch, dass in Bolivien die ethnische Dimension sozialer und ökonomischer Ungleichheit immer stärker betont wird. Die interne Gesellschaftsstruktur war und ist gekennzeichnet von den Abhängigkeits- und Machtbeziehungen der Kolonialzeit. Auch wenn Differenzierungen vorgenommen werden müssen, gilt nach wie vor, dass die indigene Bevölkerung Boliviens materiell und gesellschaftlich am stärksten benachteiligt ist (Ernst 2009: 127; Steinhilber 2002: 237).

Die Mehrheit der bolivianischen Bürger über 15 Jahre identifizierte sich 2001 als Angehörige eines der ursprünglichen Völker Boliviens. Demgegenüber gaben 2003 in einer Umfrage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen 76 % der Bolivianer an, Mestize zu sein. Für die meisten ist es kein Widerspruch, sich gleichzeitig als Indigener und als Mestize zu bezeichnen, was 64 % der Aymara und 89 % der Quechua tun (PNUD 2004: 104-105). Es scheint jedoch eine klare Hierarchie der Identitäten zu geben: In erster Linie ist man indigen, an zweiter Stelle steht die Spezifizierung der ethnischen Gruppe (Aymara, Quechua etc.). Die Abstammung, also Mestize zu sein, steht an letzter Stelle. Hinzu kommt die sozioökonomische Identität als *campesino*, der in der Regel Mestize ist, sich aber seit den 1990er Jahren immer mehr dem ethnischen Diskurs angeschlossen hat. Im politischen Diskurs bezeichnet sich diese Gruppe als *indígena campesino* (Zuazo 2008: 19-21).

Wie bereits in Kapitel vier ausgeführt, begannen in Bolivien autonome indigene Führer erstmals Ende der 1960er Jahre ihre Ethnizität zu thematisieren. Durch die Entwicklung eines indigenen Diskurses begannen sie mit der Politisierung des Themas der ethnischen Identitäten

im Land und prangerten die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in öffentlichen Debatten an. Bereits 1979 forderten die Kataristen im CSUTCB einen multinationalen Staat und stellten eine selbst erarbeitete Landreform zur Diskussion (Yashar 2005: 179-180). Ihr von ethnischen Konfliktlinien geprägter Diskurs wurde von einer entlang sozialer Klassen organisierten Gesellschaft jedoch nicht erwidert. Der Verdienst dieser Intellektuellen blieb aber „the surge in ethnic awareness they stimulated during the late 1970s“ (Van Cott 2000: 167).

Als ausschlaggebendes Ereignis zur öffentlichkeitswirksamen Politisierung der ethnischen Identität und damit zum Eintritt der indigenen Bevölkerung in die nationale Politik kann die *Marcha por el Territorio y la Dignidad* bezeichnet werden. Entwicklungen auf internationaler Ebene stießen einen Prozess der Identitätsfindung innerhalb der indigenen Gruppen an und trugen nach außen zu einem erhöhten Bewusstsein indigener Kulturen und ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung bei. Es fand eine Aufwertung der indigenen Vergangenheit und Kultur statt, durch die über ethnische Grenzen hinweg ein verbindendes Element geschaffen und der Kampf um mehr Rechte und Verbesserung der Lebensumstände legitimiert wurde. Der ethnische Diskurs der indigenen Bevölkerung wurde „zum Interpretationsrahmen für ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität“ (Ströbele-Gregor 1997: 134) und zur Legitimation der Forderungen gegenüber dem Staat. Als Mitglied einer indigenen Bevölkerungsgruppe hatte man seitdem höhere Chancen, ungerechte Verteilung und Diskriminierung im Land anzuklagen, die auch von internationalen Gremien begleitet und unterstützt wurden – als *campesino* weniger. „[A]n indigenous discourse proved to be a more useful way to secure material and political ends than had other forms of class-based organizing“ (Yashar 2005: 153). Mitte der 1990er Jahre war klar, dass das politische System eine Bevölkerungsmehrheit, die sich selbst als *indígena* oder *pueblo originario* definiert, nicht länger außen vor lassen konnte. Eine ethnische Konfliktlinie war durch nationale Strukturen und internationale Ereignisse generiert und konnte nicht mehr ignoriert werden (Van Cott 2000: 167; Jost 2005: 70).

Betrachtet man an dieser Stelle die von Mair herausgearbeiteten Eigenschaften einer ins politische System übertragenen Konfliktlinie, dann hat der Marsch von 1990 entscheidend dazu beigetragen, dass innerhalb der indigenen Bevölkerung des ganzen Landes das Bewusstsein einer kollektiven Identität als ethnische Gruppe gestärkt wurde, die nach außen Interessen vertreten kann und gemeinsam eine große Macht hat. Das sozialpolitische Konstrukt *indígena campesino* betont dabei soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten in Abgrenzung gegenüber europäisch-stämmigen Machtgruppen. Politische Akteure (in diesem Fall Gewerkschaften und politische Führungspersonlichkeiten wie Morales und Quispe) haben es in den folgenden Jah-

ren geschaffen, diesen Konflikt weiter zu artikulieren und zu politisieren. Da die etablierten Parteien Boliviens nicht in der Lage waren, die neu entstandene Konfliktlinie zu kanalisieren, bildeten sich neue Parteien, die das vorhandene Parteiensystem veränderten. Dabei verband sich ein gewachsenes politisches Selbstbewusstsein der Indigenen mit einer Rückbesinnung auf gemeinsame ethnische Wurzeln und wurde somit zu einer entscheidenden Kraft im politischen System (Jost 2006b: 222; Albó 2002: 193; Ströbele-Gregor 2006a: 285).

Eine dieser neuen Parteien, in der sich die Politisierung des Ethnischen manifestierte, ist der MAS – jedoch nicht von Beginn an (Zuazo 2008: 27). Die ASP und ihre Abspaltung IPSP unter der Führung von Morales waren stark geprägt durch die *cocaleros* und ihren Kampf für die Legalisierung des Kokaanbaus. Erfahrungen auf internationaler Ebene in den 1990er Jahren führten in der politischen Rhetorik der *cocaleros* jedoch zu einer entscheidenden Veränderung: Sie kämpften nunmehr für den Kokaanbau als einer kulturellen Praxis, die zum Symbol und Spiegelbild für den indigenen Widerstand gegen den bolivianischen Staat und gegen die USA wurde – ein Widerstandskampf, der als verbindendes Element für alle Indigenen diente. „They banked on the perception that an ethnic struggle would resonate more powerfully than one for production alone. Hence they shifted their prior class-based rhetoric to one about indigenous traditions and pride“ (Yashar 2005: 189-190). Mit zahlreichen Märschen nach La Paz und öffentlichkeitswirksamen Aktionen sicherten die Kokabauern sich die Solidarität und Sympathie anderer sozialer und indigener Bewegungen. Jeder Angriff auf das – in dieser Rhetorik als heilig bezeichnete – Kokablatt wurde zum Angriff auf die Glaubensgrundsätze, Werte und Lebensweisen der indigenen Gemeinschaften (Van Cott 2005: 58; Buder 2006: 41-46).

Evo Morales stellte als Vorsitzender der Kokabauerngewerkschaften in seinen Reden das ethnische Bild der Konflikte in den Vordergrund und integrierte über die Jahre mehr und mehr ethnische Elemente in seinen politischen Diskurs. Damit knüpfte er zum einen an den schon beschriebenen internationalen Trend der Beschäftigung mit indigenen Kulturen an und versuchte zum anderen mit ethnischen Argumentationsmustern, politischen Gegnern wie CONDEPA und Felipe Quispe Konkurrenz zu machen (Cárdenas, Anlage VIII: 1; Mesa, Anlage XI: 2; Núñez, Anlage XII: 2). Mit Erfolg: CONDEPA, bereits geschwächt durch interne Streitigkeiten, trat 2002 zum letzten Mal bei nationalen Wahlen an und konnte nicht mehr ins Parlament einziehen. Felipe Quispe, 2002 noch recht erfolgreich mit seiner Partei, verlor bei den Wahlen 2005 seine politischen Hochburgen an den MAS und verpasste den Einzug ins Parlament. Quispes radikaler Diskurs stieß auf weniger Resonanz als Morales' Forderungen

nach Integration und Anerkennung der marginalisierten Sektoren in Bolivien (Goedeking/Zuazo 2006: 10-11).

In Anbetracht der geschilderten Konfliktlinien und ihrer Folgen kann abschließend festgehalten werden, dass der MAS sich seit 2000 für andere Regionen, Bevölkerungsgruppen und Themen öffnete und in einer extrem polarisierten Gesellschaft zum „Kristallisationspunkt für die Unzufriedenen im ganzen Land“ (Lessmann 2007: 227) wurde.

5.3 PARTEIPOLITISCHES FÜHRUNGSPERSONAL

Die Analyse der Rolle und des Einflusses des Führungspersonals des MAS lässt sich ganz klar auf eine Person fokussieren: Evo Morales. Er ist der unangefochtene Parteivorsitzende, der einen großen Anteil am Erfolg des MAS hat (Archondo 2007: 86). An seiner Person scheiden sich die Geister: Die traditionelle politische Elite sieht ihn (gemeinsam mit den USA) als radikalen und rücksichtslosen Politiker, der eine Gefahr für Bolivien und für die Stabilität Südamerikas darstellt. Seine Anhängerschaft stilisiert ihn im Gegensatz dazu zum Helden und Hoffnungsträger all derer, die sich im bisherigen politischen und ökonomischen Prozess Boliviens als Verlierer fühlten (Marmon 2006: 184-185; Luyken 2005). Die Schilderungen der biographischen Angaben über Morales sind sehr unterschiedlich und widersprechen sich bisweilen. Unumstritten ist jedoch, dass Herkunft und Sozialisation sein politisches Engagement stark geprägt haben. Offiziellen Angaben folgend werden daher im ersten Teil des folgenden Abschnittes sein privater und beruflicher Werdegang kurz dargestellt, um ein besseres Verstehen der politischen Figur Evo Morales zu ermöglichen. In einem zweiten Teil werden die Führungsqualitäten Morales' herausgearbeitet und im Hinblick auf seinen politischen Aufstieg bewertet.

5.3.1 Werdegang und Bedeutung von Evo Morales

Morales wird 1959 in einem kleinen Dorf auf dem Altiplano im Department Oruro geboren. Seine Eltern sind *campesinos* und leben in den kulturellen Traditionen der aymara-Gemeinschaft, die auch die Kindheit von Morales prägen.⁷³ Er wird früh eingebunden in die Familienwirtschaft und schafft es nur unter großen Anstrengungen, die Grund- und Mittelschule abzuschließen. Danach zieht er in die Hauptstadt des Departments, um sein Abitur zu

⁷³ Es finden sich die verschiedensten Angaben darüber, ob Morales nun Aymara oder Quechua sei. Die (oft hitzige) Debatte über seine indigene Herkunft wird immer wieder geführt, da Kritiker ihm die Legitimität seines ethnischen Diskurses absprechen. Nach Informationen der Interviewpartner war ein Elternteil Aymara und eines Quechua, wobei die Lebensbedingungen, unter denen er groß geworden ist, eher von der aymara-Kultur geprägt waren. Es wird jedoch vielfach behauptet, dass er keine indigene Sprache spricht (Cárdenas Anlage VIII: 2; Goedeking/Zuazo 2006: 18).

absolvieren, wonach der obligatorische Militärdienst folgt. Da extreme Klimaverhältnisse und Dürren die Landwirtschaft und das Überleben der Familie auf dem Altiplano immer schwieriger machen, beschließen die Eltern 1980 im Chapare ein Stück Land zu erwerben, um dort als Kokabauern ihren Lebensunterhalt zu sichern (Albó 2002: 74). Damit beginnt Morales' Existenz als Kokabauer und seine Karriere als Gewerkschaftsführer. Schon früh kämpft er gegen die gewaltsame Vernichtung der Kokafelder und für eine Kompensation der sozialen Folgen. Morales' politischer Bewusstwerdungsprozess ist geprägt von den kommunistischen und trotzkistischen Vorstellungen sowie Organisationserfahrungen der *mineros*, die seit Mitte der 1980er Jahre in den Chapare einwandern. 1985 wird er zum Generalsekretär seines Gewerkschaftsverbandes gewählt, 1988 zum Generalsekretär der Gewerkschaftsföderation der *cocaleros* im tropischen Gebiet des Chapare. Aus dem Kampf gegen die Vernichtungsmaßnahmen der Regierung und der damit einhergehenden Militarisierung des Chapare rührt Morales' starke anti-US-amerikanische Haltung. Für die von den USA finanzierte Anti-Drogenpolizei wird Morales zum bedrohlichen Aufrührer, den sie in den Folgejahren immer wieder beobachten und verhaften lässt.

Auf Grund einer zunehmenden Verschärfung der Vernichtungsmaßnahmen im Chapare sucht Morales nach nationalen und internationalen Verbündeten zur Verteidigung der Kokapflanze und zum Kampf gegen die US-Drogenpolitik. In Bolivien schließen sich die Kokabauerngewerkschaften der CSUTCB an und versuchen, den Dachverband für ihre Interessen zu gewinnen (Albó 2002: 76; Archondo 2007: 83-85). 1993 wird er zum Vorsitzenden des transnationalen andinen Rates der Kokaproduzenten und 1994 schließlich zum Vorsitzenden der Konföderation der Kokaproduzenten der Tropen Cochabambas⁷⁴ gewählt.

Nachdem die Regierung unter Sánchez de Lozada ihre Versprechen zur Entkriminalisierung der *cocaleros* und zur Hilfe bei alternativen Anbauprojekten nicht einhält, organisiert Morales 1994 nach dem Vorbild der Tieflandvölker eine *Marcha por la Coca, la Vida y la Dignidad*⁷⁵ über 600 km von Villa Tunari (im Chapare) nach La Paz. Erstmals beteiligen sich auch Kokabauernorganisationen aus den traditionellen Anbaugebieten, den Yungas im Department La Paz, und indigene Organisationen des Hochlandes an den Protesten. Morales hat es geschafft, die unterschiedlichen Akteure im Kampf um die gemeinsame andine Tradition und Kultur zu vereinen. In einer Medienumfrage wird Morales in diesem Jahr zum *Mann des Jahres* in Bolivien gewählt und erreicht nationale Berühmtheit (Van Cott 2005: 59). Die Problematik des

⁷⁴ Diesem Koordinationsgremium gehören 700 lokale Gewerkschaften und ca. 60 000 Bauern an.

⁷⁵ Marsch für Koka, das Leben und die Würde.

Kokaanbaus und die verheerende Lebenssituation der Bauern im Chapare sind in der breiten Öffentlichkeit angekommen.

Morales tritt auf internationaler Ebene vor allem für die Entkriminalisierung des Kokablattes ein (Lessmann 2007: 239). Im Februar 1995 reist er nach Europa und besucht Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und Italien. Eingeladen von 14 NROs startet er eine Kampagne mit dem Namen *Coca 95*, um dafür zu werben, dass Koka nicht Kokain sei. Anstatt die Vernichtung der Pflanze in Lateinamerika zu unterstützen, verlangt er von den USA, die Nachfrage nach Kokain im eigenen Land zu bekämpfen, und von der internationalen Staatengemeinschaft, die Kokapflanze von der Liste der verbotenen Substanzen zu streichen.⁷⁶ Wieder zurück in Bolivien wird Morales im April 1995 gemeinsam mit anderen Kokagewerkschaftlern auf dem Weg zu einem Treffen des andinen Rates der Kokaproduzenten verhaftet (Muñoz-Pogossian 2008: 101-102). Er wird drei Wochen ohne konkrete Begründung festgehalten. Man äußert jedoch die Vermutung, dass Morales im Drogenhandel verwickelt sei und dort Geschäfte mache. Es kann ihm jedoch nie etwas nachgewiesen werden.

1995 erfolgt die Konferenz zur Gründung der ASP, bei der Morales als Vorsitzender der tropischen Gewerkschaftsföderationen mit vertreten ist. Parteichef wird jedoch Alejo Véliz. Die parlamentarische Karriere von Morales beginnt bekanntlich 1997, als er als Abgeordneter seines Wahlkreises zum ersten Mal ins Parlament einzieht. 1999 wird er zum Parteivorsitzenden des MAS gewählt und prägt seitdem das politische Leben Boliviens mit einer parlamentarischen und außerparlamentarischen Doppelstrategie: Als Parteivorsitzender des MAS und Abgeordneter im Parlament nimmt Morales eine Fundamentalopposition gegenüber der Regierung ein und prägt den parlamentarischen Alltag mit scharfer Kritik am innenpolitischen Einfluss der USA, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Als Gewerkschaftsvorsitzender mobilisiert er die Gewerkschaften der Kokabauern und ruft zu Streiks und Blockaden auf. Werden seine Anliegen im Parlament nicht gehört bzw. kann sich die MAS Fraktion (seit 2002 im Parlament vertreten) nicht durchsetzen, drohen sie mit dem Druck der Straße.

Dieses außerparlamentarische Engagement führt im Januar 2002 jedoch dazu, dass er aus dem Parlament ausgeschlossen wird, weil er angeblich zu einer gewalttätigen Demonstration aufgerufen hatte, bei der sieben Menschen ums Leben kamen. Morales klagt und im März 2002

⁷⁶ Diese Liste wurde 1961 vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erlassen (Buder 2006: 30; Lessmann 2005: 433).

wird die Entscheidung des Parlamentes vom Obersten Gerichtshof auf Grund mangelnder Beweislage annulliert. Dieser Rausschmiss aus dem Parlament verleiht Morales einmal mehr das Image eines einfachen Volksvertreters, der von der politischen Elite ungerecht behandelt und unterdrückt wird (Ströbele-Gregor 2009: 575-582; Fundación CIDOB 2005).

Morales kehrt ins Parlament zurück und führt einen unerbittlichen Wahlkampf gegen die politische Elite. Ungewollte Unterstützung erhält er dabei vom US-Botschafter Manuel Rocha in Bolivien. Bei der Einweihung des neuen El Chapare Flughafens sagt dieser, „if Bolivians elected those who want Bolivia to become a major cocaine exporter again, the future of U.S. assistance to the country will be put in jeopardy“ (Muñoz-Pogossian 2008: 148). Diese Drohung des Botschafters, bei einer möglichen Wahl von Morales und seines MAS, die US-amerikanische Entwicklungshilfe zu streichen, löst eine tiefe Empörung in der bolivianischen Bevölkerung aus. Sie steigert die schon vorhandene Ablehnung gegenüber US-amerikanischer Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten und fördert die Sympathien für Morales. Selbst der Nationale Wahlgerichtshof schaltet sich ein und bittet das Außenministerium, den amerikanischen Botschafter anzuhalten, die Entwicklung des Wahlprozesses nicht zu beeinflussen. Das Wahlkampfteam um Morales erwidert diesen verbalen Angriff und verstärkt den anti-amerikanischen Diskurs der Kampagne. Von Wahlanalysten wird vermutet, dass dieser Zwischenfall dem MAS 2002 dazu verhilft, die zweitstärkste Kraft im Parlament zu werden. Nach den Wahlen ernennt Morales den amerikanischen Botschafter offiziell zu seinem *Wahlkampfleiter* (Van Cott 2005: 90; Harten 2007: 5; Velásquez, Anlage XVII: 1).

Die folgenden drei Jahre sind geprägt von politischen Unruhen, Streiks, Blockaden und den Rücktritten zweier Präsidenten. Morales bedient sich weiter der schon beschriebenen Doppelstrategie und führt den oppositionellen Diskurs der Straße mit an. Dabei wird er unterstützt von Felipe Quispe und den seit dem Wasserkrieg in Cochabamba stärker werdenden sozialen Bewegungen des Landes (vgl. dazu Kapitel 5.6).

Indigener Caudillo und ethnischer Unternehmer

Was macht die politische Figur Evo Morales aus? In seiner Person vereinen sich verschiedene Fähigkeiten und Identitäten, die er geschickt kombiniert. „Er ist der Kokabauer, der kämpferische Basisaktivist, organisationsbegabter und wortgewandter Gewerkschaftsführer, Linker, der für eine neue gerechte Weltordnung und Ablösung der Vorherrschaft der USA steht. Der Aymara, der sein kulturelles Erbe hochhält“ (Ströbele-Gregor 2009: 583). Gerade dieses breite Identifikationsangebot mit dem Kandidaten Morales hat maßgeblich zum Wahlsieg beigetragen.

tragen. Morales ist ein guter Stratege, der sowohl zu Konfrontation als auch zum politischen Dialog fähig ist. Auf nationaler und internationaler Bühne wirkt er als Person sehr authentisch, was die Glaubwürdigkeit seines politischen Diskurses wesentlich unterstützt (Goedeking/Zuazo 2006: 18; Jost 2006b: 225).

Ein Wort, das bei der Beschreibung seiner Person wiederholt fällt ist *Charisma* (u. a. Van Cott 2005: 91; Machicado Choque, Anlage XIV: 5; Casanova, Anlage IX: 1; Ströbele-Gregor 2009: 584). Als charismatische Führungspersönlichkeit⁷⁷ schafft es Morales, die Menschen in seinen Reden zu begeistern und bei seinen vielen Fahrten übers Land, Volksnähe zu vermitteln. Gerade die Reisen durch die oft abgelegenen ländlichen Gebiete des Landes, in Kombination mit zahlreichen Wahlgeschenken, verhelfen Morales zu Beliebtheit und Ansehen. Vor allem der ländlichen Bevölkerung wird damit das Gefühl vermittelt, dass sich jemand tatsächlich für ihre Belange interessiert (Luyken 2005; Stefanoni 2006: 40; Käss, Anlage X: 2).

„Es el carisma. Ningún presidente se ha acercado, ha viajado a lugares que no hay camino. [...] En su agenda quienes están: Visitas de regiones, visitas sectores, recibir en el palacio de gobierno a sectores de movimientos sociales. Nunca un indígena de tierras bajas, se ha imaginado comer con el presidente o que el presidente haya llegado a una zona alejada del centro donde está la sede del gobierno. Todas estas fronteras se han ido cortando con Evo Morales⁷⁸“ (Machicado Choque, Anlage XIV: 5-6).

Morales hat den Nimbus der Herkunft von ganz unten: Bauernsohn, Aymara, kampfprobtter Gewerkschaftschef und ewiger Oppositioneller gegenüber den Mächtigen in La Paz. Damit verkörpert er in vielerlei Hinsicht das Gegenteil der klassischen bolivianischen Führungsfigur, die bisher aus der wohlhabenden Oberschicht kam und im Ausland studiert hatte. Er proklamiert eine Politik im Interesse aller Unterdrückten und Marginalisierten zu betreiben, die in Bolivien noch nie Zugang zur politischen Macht hatten (Ströbele-Gregor 2007: 1). Dadurch wird er zum Hoffnungsträger und erreicht eine hohe Legitimität als Politiker und Identifikation der einfachen Leute mit seiner Person. Fragt man die Menschen auf dem Land, warum sie Morales gewählt haben, so antworten sie: Weil er einer von uns ist (Lessmann 2007: 221-222). Zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens sehen sie die Möglichkeit, dass *einer von*

⁷⁷ Einige reden sogar schon vom *evismo*, einer Machtstrategie, die sich in drei Phasen herausgebildet hat: lokaler Widerstandskampf (1987-1995), Machtausbreitung (1995-2001) und die Konsolidierung der Macht (2001-2006). García Linera bezeichnet den *evismo* als kollektives Phänomen einer Autorepräsentation der einfachen Bevölkerung, die sich in der Person Morales' manifestiert (Tórez/Zegada 2008: 66-67).

⁷⁸ „Es ist das Charisma. Kein Präsident hat sich angenähert, ist an Orte gereist, zu denen es keinen Weg gibt. [...] Wer steht in seinem Terminkalender: Besuch von Regionen, Besuch von Sektoren, Empfang von sozialen Bewegungen im Regierungspalast. Niemals hätte sich ein Indigener aus dem Tiefland vorgestellt, mit dem Präsidenten zu essen oder dass der Präsident in eine vom Sitz der Regierung weit entfernte Region kommt. All diese Grenzen wurden von Morales eingerissen.“ Anmerkung der Autorin: Bei diesem Zitat ist zwar vom Präsidenten Morales die Rede, aber die beschriebene Politik begann bereits während seiner Wahlkämpfe vor 2005.

Ihnen Präsident wird und damit den von so vielen ersehnten sozialen Aufstieg schafft (Goedeking/Zuazo 2006: 21; Mamani Ramírez 2009: 69-72; Mesa, Anlage XI: 1).

Die beschriebene Identifikation mit seiner Person erreicht er ebenfalls über seinen ethnischen Diskurs, der sich seit 2002 immer mehr verstärkt hat. In Anbetracht der in Abschnitt 2.2.3 gegebenen Definition kann Morales durchaus als ethnischer Unternehmer bezeichnet werden. Basierend auf dem neu erstarkten Gruppenzugehörigkeitsgefühl als Indigene greift er die Konfliktlinie *Indigene versus Nicht-Indigene* auf und kanalisiert die vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Unzufriedenheiten mit einem ethnisch ausgerichteten Deutungsangebot sowie kultureller Symbolpolitik. Morales betont seine indigene Herkunft als Aymara und appelliert an die indigenen Wähler mit einem romantisch-historisierenden Dialog, wozu die Aufwertung und Überhöhung ethnischer Grenzziehungsmerkmale gehören (Marmon 2005b: 262; Goedeking 2000/2001: 92). Diesen Diskurs führt er auch sehr erfolgreich auf internationaler Ebene, wo er sich beim Kampf für die Legalisierung des Kokaanbaus als indigener Führer präsentiert (Núñez, Anlage XII: 2). Dennoch schafft es Morales, eine radikal indianistische Rhetorik zu meiden und einen eher moderaten und integrativen Diskurs zu pflegen (Muñoz-Pogossian 2008: 171). Er gilt im Land als gemäßigter unter den Radikalen, die mehr Rechte für die Benachteiligten fordern. Im Wahlkampf 2005 glaubt die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung, dass Morales „el hombre de la historia“ (Núñez, Anlage XII: 4) sei, der *Mann der Geschichte*, der das Potential habe, die bolivianische Gesellschaft zu vereinen (Schildt 2007: 24-30).

Im Hinblick auf die Führung des MAS wird Morales vielfach als *indigener Caudillo* bezeichnet, der im autoritären Stil Entscheidungen trifft, die politische Macht auf sich konzentriert und niemanden neben sich bestehen lässt (Mesa, Anlage XI: 2). Für Bolivien nicht unüblich sichert er in dieser Funktion den inneren Zusammenhalt der Partei und ein starkes geeintes Auftreten nach außen. Dadurch dass viele Abgeordnete als Kandidaten für den MAS von Morales *eingeladen* werden und auf diese Art und Weise einen Listenplatz erhalten, wird eine personelle Abhängigkeit vom Parteivorsitzenden generiert, dem diese Abgeordneten sich verpflichtet fühlen. Die meisten Listenkandidaten werden persönlich von Morales gesetzt. Die Wahlkreisabgeordneten des MAS werden von ihren jeweiligen Ebenen und Organen gewählt. Wird man sich jedoch nicht einig, entscheidet Morales. Es gelingt ihm durch unzählige Reisen und Besuche vor Ort, einen direkten und unmittelbaren Kontakt zu den Mitgliedern und Basisorganisationen aufrechtzuerhalten, ohne dass eine offizielle Hierarchie oder ein parteilicher

Verwaltungsapparat dazwischen steht (Do Alto 2008: 31-32; Flores, Anlage XVI: 1-2; Cárdenas, Anlage VIII: 2).

Darüber hinaus hat Morales als selbstbewusste und begabte Führungsperson die heterogenen und teilweise wenig organisierten sozialen sowie indigenen Bewegungen hinter sich gebracht und sie mit politischen Allianzen an den MAS gebunden. Er greift den politischen Unmut der Organisationen auf und trägt ihn über das konkrete Ereignis hinaus ins politische System. Als Gegenleistung für die Unterstützung des MAS gelobt Morales im Sinne des *mandar obedeciendo* Rechenschaft über seine Politik abzulegen und verteilt Listenplätze (oder auch das Versprechen, ein bestimmtes Ministerium übernehmen zu dürfen) an die Verantwortlichen der Bewegungen. Auf diese Weise konstruiert sich wiederholt ein für die bolivianische Gesellschaft typisches Patronage- und Klientensystem, das die Basis für Morales' Agieren als *Caudillo* bildet (Stefanoni 2006: 38-40, 2003: 63; Ticona Cruz, Anlage XIII: 1).

„Evo Morales erschien als der Kandidat, der die indigene Mehrheit des Landes repräsentierte und als einziger Kandidat, der die Wahl gewinnen konnte. Aus diesem Grund ließen die Basisgruppen und die heterogenen indigenen Organisationen ihre politischen Streitigkeiten und organisatorischen Konkurrenzen beiseite und stimmten für Morales“ (Escárzaga 2009: 91).

5.3.2 Weitere Führungspersonen und ihr Einfluss

Fragt man in Bolivien nach weiteren Führungspersonen oder nach dem Führungszirkel des MAS, betritt man die Welt der Gerüchte und Vermutungen. Zusammengefasst gibt es zwei Sichtweisen auf die Macht Morales': Die einen vermuten, er sei lediglich eine Marionette in den Händen linker Intellektueller, die im Prinzip die Parteigeschäfte steuerten. Morales fungiere für sie als populäres Aushängeschild. Andere vermuten genau das Gegenteil: Morales sei extrem misstrauisch und konzentriere alle Macht auf sich. Würde jemand neben ihm zu mächtig, müsse er gehen. Da es für beide Vermutungen kaum Beweise bzw. politikwissenschaftliche Literatur gibt, werden die meist zitierten Führungspersonen des MAS hier kurz vorgestellt und eine Annäherung an ihre Rolle innerhalb der Partei gewagt (Käss, Anlage X: 2-3; Goedeking/Zuazo 2006: 20).⁷⁹

Der Soziologe und Mathematiker Álvaro García Linera wird 1962 in Cochabamba geboren. Mitte der 1980er Jahre schließt er sich der radikalen indigenen Bewegungen und der von

⁷⁹ Zudem muss eine hohe Fluktuation innerhalb des Führungszirkels berücksichtigt werden. Die im Folgenden vorgestellten Personen spielen eigentlich erst ab 2004 eine wichtige Rolle. In der Periode 2002 bis 2005 hatte die Parlamentsfraktion des MAS einen starken Einfluss innerhalb der Partei und soll neben Morales den Führungszirkel des MAS dargestellt haben (Do Alto 2008: 31, 39).

Quispe gegründeten radikalen Guerilla-Bewegung EGTK an, die nach einer indigenen Revolution mit gewalttätigen Mitteln strebte. Als deren Mitglied wird García Linera 1992 verhaftet und sitzt fünf Jahre im Gefängnis, wo er Soziologie studiert. Nach seiner Entlassung arbeitet er als Dozent an verschiedenen bolivianischen Universitäten. García Linera bezeichnet sich selbst als Marxist und ist Mitbegründer der intellektuellen Gruppe COMUNA, die in ihren linksgerichteten Schriften den Aufstieg der sozialen Bewegungen in Bolivien begleitet. Er avanciert über die Jahre zum medial gefragten Analytischen der politischen Situation in Bolivien (Dittmann 2009). 2005 wird er von Morales eingeladen, sein Kandidat für die Vizepräsidentschaft zu sein. Dies wird allgemein als kluger Schachzug von Morales beurteilt, denn damit sichert er sich die radikalen Wählersegmente des MIP, die Linera auf Grund seiner Vergangenheit akzeptieren, und zum anderen die Stimmen der Mittelschicht, die in ihm eher den Akademiker und Intellektuellen sehen, der auch ihre Interessen adäquat vertreten kann (Jost 2006b: 227; Marmon 2005b: 262). Die Ungleichheit des Paares Morales und Linera wird zum Programm und soll die angestrebte Integration der Gesellschaft verkörpern (Ramírez Voltaire 2006). Nach eigenen Angaben akzeptiert García Linera Morales als Präsidentschaftskandidaten und Vorsitzenden der Partei und sieht sich selbst eher als Copilot und Unterstützung im Team um Morales (Svampa/Stefanoni 2007: 164).

Die Theorie, dass García Linera die Stimmen der Mittel- und Oberschicht gesichert haben soll, ist allerdings umstritten. Auf Grund seiner Vergangenheit und seiner marxistischen Ideologie wird er gerade dort sehr kritisch gesehen. Käss vermutet, dass die Vertreter dieser Bevölkerungsschichten 2005 für einen Wandel im politischen Leben und für Morales als Sympathie- und Hoffnungsträger gestimmt haben (Käss, Anlage X: 4). Mesa bestätigt diese Sicht der Dinge. Für ihn ist Linera ein Terrorist, ein radikaler Fundamentalist, der lediglich aus dem Gefängnis entlassen werden musste, weil die Justiz zu langsam gearbeitet hat (Mesa, Anlage XI: 3).

Juan Ramón Quintana ist Soziologe und ehemaliger hochrangiger Offizier. Als Spezialist für Sicherheitsfragen hat er in einem akademischen Institut für Streitkräfte gearbeitet. Von seiner Kandidatur für den MAS 2005 versprechen sich die bolivianischen Streitkräfte einen Ansprechpartner und Kommunikationskanäle in der zukünftigen Regierung (Goedeking/Zuazo 2006: 26). Man sagt von ihm, dass er vor allem im Wahlkampf 2005 und als Minister im Präsidentschaftsamt ab Januar 2006 die Fäden im Hintergrund zieht und zum mächtigsten Mann neben Morales avanciert (Ströbele-Gregor 2007: 4; De Carlos 2009). Über die Rolle und den Einfluss Quintanas vor 2005 ist kaum etwas zu finden.

David Choquehuanca steht für die indianistische Strömung im MAS. Als Aymara beruft er sich auf die andine Kosmologie und wird nach der Wahl 2005 zum Außenminister der Regierung Morales ernannt (Goedeking/Zuazo 2006: 19). Laut den offiziellen Angaben des Außenministeriums schließt er sich in den 1980er Jahren in La Paz der CSUTCB an und kämpft gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeiten gegenüber der indigenen Bevölkerung (Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto 2006). Núñez vermutet, dass Choquehuanca Morales die Loyalität der indigenen Bewegungen sichert (Núñez, Anlage XII: 2).

5.4 ORGANISATION DES MAS

Der MAS kann – mit von Alemann gesprochen – als heterogene Großorganisation mit komplexen Strukturen und unterschiedlichsten Allianzen charakterisiert werden, die von Morales als uneingeschränkter Führungspersönlichkeit gesteuert wird. Ähnlich wie die Kategorie *Weitere Führungspersönlichkeiten*, ist die *Organisation des MAS* – vor allem im Zeitraum 1999 bis 2005 – bisher kaum wissenschaftlich betrachtet worden. Im Falle einer Analyse liegt der Fokus meist auf den vom MAS gestellten Regierungen ab Januar 2006 (Do Alto 2008, 2006; Harten 2007; Mayorga 2005; Stefanoni 2006; Tórrez/Zegada 2008; Zuazo 2008). Darüber hinaus ist es der Autorin lediglich gelungen, ein Mitglied des MAS vor Ort zu interviewen, wobei nur zwei Fragen zur Organisation gestellt werden konnten (Flores, Anlage XVI). Im Folgenden soll mit den vorhandenen Informationen versucht werden, Merkmale und Elemente der parteilichen Organisation bis 2005 herauszuarbeiten, die den Erfolg des MAS gefördert haben könnten.

5.4.1 Innere Verfasstheit

Auch wenn die Grenzen oft fließend sind, sollte man grundsätzlich bei der organisatorischen Beschreibung des MAS zwischen Mitgliedsorganisationen und strategischen Allianzen mit sozialen und indigenen Organisationen unterscheiden, da sie einen jeweils andersgearteten Einfluss auf die politische Strategie des MAS haben und von der Parteispitze unterschiedlich gut kontrollierbar sind. Tórrez und Zegada schlagen eine Typologie mit vier Kategorien vor, von denen die ersten drei nachfolgend betrachtet werden: a) soziale Organisationen, die Mitglieder des MAS sind, b) Organisationen, die als Verbündete das politische Instrument unterstützen, c) Organisationen, die gegenüber dem MAS eine kritische Distanz einnehmen, jedoch den politischen Wandel im Land unterstützen und d) oppositionelle Organisationen (Tórrez/Zegada 2008: 88).

Der MAS besitzt zwar eine offizielle Satzung, die beim nationalen Wahlgerichtshof hinterlegt ist (CNE 2010), ihr kommt jedoch laut Sekundärliteratur keinerlei Bedeutung zu (Harten 2007: 10). Die interne Struktur und Organisation des MAS reflektieren seine Entstehungsgeschichte und Entwicklung. Bis 2004 wurde die Organisation der Partei maßgeblich von den gewerkschaftlichen Traditionen ihrer Gründungsmitglieder⁸⁰ geprägt. Die Gewerkschaften sahen den MAS als Instrument, das ihre jeweiligen Interessen in der politischen Arena vertritt und nach außen für ein koordiniertes Auftreten sorgt. Die wichtigsten Entscheidungen der Partei wurden im *ampliado* (der größten Versammlung aller Gewerkschaften) besprochen und so an die Basis rückgebunden. Dort übten die Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluss auf die Kandidatenaufstellung für die Listenplätze aus und definierten ideologische und programmatische Prioritäten. Diese Bedeutung des *ampliado* und der durch ihn agierenden Gewerkschaften ging über die Jahre immer mehr verloren, da der MAS vermehrt politische Allianzen mit weiteren sozialen und indigenen Bewegungen begründete (siehe 5.4.2) und sich organisatorisch als auch inhaltlich anderen Bevölkerungsgruppen des Landes öffnete. Vor den Wahlen 2002 warb der MAS um die Gunst bürgerlicher Intellektueller und ehemaliger Politiker der Linken, um zum einen eine Ausweitung der Partei in allen Regionen und Gesellschaftsschichten des Landes zu fördern und zum anderen, um den Personalmangel bei der Besetzung der Listenplätze in den jeweiligen Departments zu beheben (Do Alto 2008: 26, 2006: 2). Diese Öffnung der Partei fand vor den Kommunalwahlen von 2004 in noch viel stärkerem Maße statt, ohne dass Kontrollmechanismen von Seiten der Führungsgremien bestanden hätten. Dahinter stand wie in 2002 die Strategie der nationalen Ebene, für die Wahlen eine maximale Anzahl an Verbündeten zu erreichen. Mit der Öffnung veränderten sich allerdings auch der Charakter und die Organisation des MAS. Die neuen Mitglieder drängten auf eine stärkere Institutionalisierung und eine klare Definition der Kompetenzen innerhalb der Parteistrukturen.

Im MAS haben sich drei organisatorische Ebenen herausgebildet: Gesteuert wird die Partei aus der Zentrale, der nationalen Direktion. Nach dem überraschenden Wahlerfolg 2002 arbeitete diese gezielt daran, ihre Aktivitäten in ganz Bolivien auszuweiten und parteiliches Engagement, vor allem in den städtischen Gebieten, zu konsolidieren. 2002-2003 wurden zu diesem Zweck departementale und regionale Direktionen gegründet, die in ihren Gebieten die

⁸⁰ Hierzu gibt es verschiedene Aussagen. Einig ist sich die Forschung über folgende Mitgliedsorganisationen: CSUTCB, Konföderation der Siedler, Föderation der *campesinas* Bartolina Sisa und sechs Föderationen der Kokabauern des Chapare. Diese Organisationen waren Mitbegründer der ASP und unterstützten Morales bei der Gründung der IPSP bzw. des MAS. Unterschiedliche Ansichten gibt es über den Status von CIDOB als Mitgliedsorganisation oder lediglich als unterstützende Organisation (Tórriz/Zegada 2008: 88, 91).

Aktivitäten der Basisorganisationen koordinieren. Die Parteileitung liegt klar bei Evo Morales. Als Partei- und Fraktionsvorsitzender sowie Vorsitzender der Konföderation der Koka-producingen der Tropen Cochabambas stellt er das zentrale Element dar, um das sich der Aufbau der Partei strukturiert. Er leitet ein nationales Führungsgremium, dem u. a. Vertreter der Mitgliedsorganisationen angehören. Die Kommunikation und Koordination mit den alliierten sozialen und indigenen Bewegungen, die wiederum ihre eigenen internen Strukturen haben, findet lediglich auf nationaler Ebene statt. Hier trifft Morales sich mit den Verantwortlichen der jeweiligen Organisationen, um Aktionen abzustimmen oder ein gemeinsames Vorgehen zu beraten.

Hinsichtlich der Entscheidungsprozesse und Kandidatennominierungen innerhalb des MAS gibt es keine einheitlichen Bestimmungen. Zunächst muss zwischen der Aufstellung von Wahlkreis- und Listenkandidaten (inkl. Senatoren) unterschieden werden. Bei den Wahlkreis-kandidaten ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie aus der jeweiligen Region kommend verschiedene Selektionsverfahren durchlaufen haben und somit von der Basis gewählt wurden. Auf dem Land muss dabei wiederum differenziert werden zwischen gewerkschaftlichen und indigenen Funktionsweisen bzw. Traditionen. In den gewerkschaftlichen Strukturen werden die Vertreter gewählt (in offener oder geheimer Wahl) und es gibt eine höhere Beteiligung von Jugendlichen. In den indigenen dörflichen Strukturen der *Ayllus* und *Markas* werden die Vertreter nach dem Rotationsprinzip ernannt und es gibt eine Bevorzugung der älteren und verheirateten Mitglieder der Gemeinde. In den städtischen Gebieten ist die Situation noch komplizierter, da dort in den einzelnen Wahlkreisen oft mehrere Organisationen miteinander streiten, wer das Recht hat, einen Abgeordneten zu nominieren. Bei den Listenkandidaten und Senatoren ist es seit 2002 meist der Fall, dass sie vom Parteivorsitzenden Morales *eingeladen* werden. Bei diesen berufenen Kandidaten handelt es sich meist um Intellektuelle, Politiker der ehemaligen Linken oder Vorsitzende der alliierten Organisationen.⁸¹ Durch diesen Unterschied beanspruchen die Wahlkreiskandidaten mehr politische Legitimation für sich.

Durch den Einzug ins Parlament im Jahr 2002 mit 27 Abgeordneten und acht Senatoren bildete sich zum ersten Mal eine Fraktion des MAS mit Morales als Fraktionsvorsitzendem, die sich sehr schnell in eine entscheidende Machtinstantz innerhalb der Partei entwickelte. Dadurch, dass sie im Parlament ständig Entscheidungen treffen und Position zu politischen Themen beziehen musste, begann die Fraktion mehr und mehr die Leitlinien der Partei hin-

⁸¹ Zwei berühmte Beispiele sind die jeweiligen Vizepräsidenten von Morales in den Jahren 2002 (Antonio Peredo, Journalist und ehemaliger Guevarist der Kommunistischen Partei) und 2004 (Álvaro García Linera) (Do Alto 2006: 2).

sichtlich aktueller Sachlagen zu bestimmen. Es entstand eine relativ stabile Gruppe, die gefördert durch ihre mediale Präsenz als Abgeordnete (gemeinsam mit Morales) zur offiziellen Stimme des MAS avancierte. Dies führte innerparteilich zu großen Spannungen. Im Wahlkampf 2004 und nach einer weiteren radikalen Öffnung der Partei schaffte es die nationale Direktion⁸² jedoch wieder, diese Macht in ihren Reihen zu konsolidieren (Do Alto 2008: 29-32; Zuazo 2008: 35-49; Harten 2007: 11-14).

Vertikale Machtdimension

Es kann festgehalten werden, dass der MAS auf bereits existierenden Organisationsstrukturen in der Gesellschaft (Gewerkschaften, indigene Strukturen) aufbaute und dadurch eine schnelle Ausdehnung und eine solide Mobilisierungsfähigkeit erreichte. Die Partielite bestimmt weitgehend autonom die Geschicke der Partei. Der MAS erfuhr durch die Teilnahme an nationalen Wahlen, durch eine damit einhergehende landesweite Öffnung der Partei und die Etablierung einer parlamentarischen Fraktion, eine zunehmende Institutionalisierung und die Konsolidierung der Macht in den nationalen Führungsgremien. Die Kontrolle der Basisorganisationen und die Pflicht ihrer Repräsentanten, vor ihnen regelmäßig Rechenschaft abzulegen, ist oft nur noch in der Rhetorik (*mandar obedeciendo*) der MAS Politiker vorhanden.

Bei der Kandidatenaufstellung muss zwischen Liste und Wahlkreis unterschieden werden. Die Parteiführung, allen voran Morales, dominiert die Kandidatenaufstellung auf der Liste, während sie für die Wahlkreise von der Parteibasis bestimmt wird – mit der Einschränkung, dass auch hier im Falle eines Konfliktes Morales entscheidet (Flores, Anlage XVI: 1-2). Ähnlich läuft es bei der Besetzung von Führungspositionen in der Partei und im Parlament. Das Wort von Morales entscheidet (Goedeking/Zuazo 2006: 16). Dies wird respektiert, weil jeder im MAS davon ausgeht, dass Morales die Entscheidung nicht alleine und nicht ohne Beratungen gefällt hat (Harten 2007: 13).

Die Entscheidungsmacht über die inhaltlich-strategische Ausrichtung der Partei hat sich über die Jahre verlagert. Lag sie in den Anfangsjahren noch bei den Vollversammlungen der Mitgliedsorganisationen im Sinne des politischen Instrumentes (Mayorga 2005: 111), wurde sie nach 2002 immer stärker von der MAS-Fraktion und der nationalen Direktion bestimmt. In der Theorie ist die Basis durch einen Vertreter in allen nationalen Gremien vertreten und kann mitbestimmen. In der Praxis gibt es jedoch keine Strukturen, die den jeweiligen Vertreter zur

⁸² Diese bestand 2004 aus ca. zehn Personen: u. a. Evo Morales, Álvaro García Linera, Juan Ramón Quintana, Julio Salazar, F. Santo Ramirez (Harten 2007: 13).

Kommunikation bzw. Beratung über zu treffende Entscheidungen mit seiner Organisation verpflichten. Mit der Öffnung der Partei nach außen treten neue Führungspersonen in Erscheinung, die bereits Erfahrungen in anderen Parteien oder bei der Führung von Unternehmen gemacht haben. Diesen gelingt es schnell, einflussreiche Positionen zu besetzen und neben dem bisherigen Selbstverständnis des MAS als politisches Instrument einer gewerkschaftlichen Basis, ein neues eher marxistisch geprägtes Selbstverständnis zu etablieren. In ihrer Ideologie kontrolliert die revolutionäre Partielite die Massen und die indigene Bevölkerung dient als neue Avantgarde, um Bolivien in einen revolutionären Wandel zu führen. Alle anderen Forderungen, wie z. B. die der Kokabauern, werden diesem Wandel untergeordnet. Durch den Machtzuwachs dieser Gruppe innerhalb der nationalen Direktion vor den Wahlen 2005 kam es zu starken Konkurrenzkämpfen innerhalb der Führungsgremien und die inhaltlich-strategische Ausrichtung des MAS veränderte sich (Harten 2007: 13-15; Do Alto 2006: 4).

Horizontale Machtdimension

Hinsichtlich der horizontalen Machtverteilung muss berücksichtigt werden, dass die bereits erläuterten parteiinternen Konflikte zunehmen, aber kaum nach außen dringen. Zum einen wird dies der autoritären Führung von Morales zugeschrieben und zum anderen der professionellen Öffentlichkeitsarbeit der Partei (Käss, Anlage X: 2; Mesa, Anlage XI: 2).

Des Weiteren führt die geschilderte Heterogenität in der Zusammensetzung des MAS zu einer Vielzahl an parteiinternen Strömungen, die ihre Forderungen in der politischen Arena vertreten wissen wollen. Dazu gehört eine starke *indianistische Strömung*, die sowohl Elemente des Katarismus als auch des radikaleren Indianismus beinhaltet und die Rückbesinnung auf die ethnischen Identitäten Boliviens fordert. Bedingt durch den Charakter der Gründungsorganisationen war diese Strömung in den Anfangsjahren des MAS weniger ausgeprägt. Die in Abschnitt 5.2.4 geschilderten gesellschaftlichen Prozesse trugen jedoch dazu bei, dass sie innerhalb der Partei an Bedeutung gewann. Dadurch konnten ebenfalls neue Wählersegmente erschlossen werden, denn in den Städten von La Paz und El Alto hatten ethnische Diskurse bei jungen Aktivisten und Studierenden aus Migrantenfamilien Hochkonjunktur (Ströbele-Gregor 2007: 2). Obwohl García Linera eher der marxistischen Strömung zugerechnet wird, gilt er mit seiner EGTK-Vergangenheit als intellektueller Protagonist der indianistischen Strömung. Auch Morales verlieh sich auf symbolischer und diskursiver Ebene ein ethnisch-indianistisches Profil.

Überdies gibt es eine *sozialistisch-marxistische Strömung* innerhalb des MAS. Dabei handelt es sich um das Erbe der Bergleute, die in den Chapare abgewandert waren und ihre politischen Vorstellungen und Organisationserfahrungen aus kommunistischen Gewerkschaftsstrukturen mitbrachten (Ströbele-Gregor 2007: 2). Daran knüpfte die Strömung der traditionellen Linken an, die durch die Allianz mit dem MAS wieder politisch Fuß fassen konnte. Ihr Einfluss im MAS nahm durch die Öffnung der Partei seit 2002 zu. Inhaltlich wird die marxistische Strömung von der intellektuellen Gruppe COMUNA um García Linera versorgt.

Als einflussreichste innerhalb der Partei galt lange Zeit die *gewerkschaftliche Strömung*. Sie hat ihre Ursprünge in den Gewerkschaften der *cocaleros* und der CSUTCB. Über die inhaltlichen Forderungen hinaus, die meist von den Kokabauern dominiert wurden, kann man hier vielmehr von strukturell und gesellschaftlich gleich organisierten Gruppen sprechen, die ihre politischen Forderungen über den MAS in die Politik tragen wollen und durch ihre Organisation vor Ort maßgeblich die Kandidatenaufstellung mitbestimmen (Van Cott 2005: 88; Goedeking/Zuazo 2006: 16-17; Schwarzbauer 2005: 88-89; Casanova, Anlage IX: 2; Mesa, Anlage XI: 1-2).

Kokabauern als Schlüsselement der Machtarchitektur

„El movimiento cocalero es uno de los movimientos cabeza, fundamental, principal del MAS. El MAS no puede ser MAS sin los cocaleros⁸³“ (Machicado Choque, Anlage XIV: 3). In Anbetracht des angeführten Zitates ist die interessante Frage in diesem Abschnitt, welche besondere Rolle die Kokabauerngewerkschaften beim Erfolg des MAS gespielt haben. Nach Meinung der Autorin sind hierbei drei Faktoren zu betrachten: die Veränderung des politischen Diskurses, der Kampf gegen die Drogenpolitik der US-amerikanischen Regierung in Bolivien und die unerschütterliche, durch permanente Angriffe von außen gewachsene Solidarität der Kokabauern. Der erstgenannte Faktor wurde bereits in Abschnitt 5.2.4 erläutert.

Seit Ende der 1980er Jahre haben die USA die Drogenbekämpfung in Lateinamerika intensiviert und bemessen ihre (für Bolivien wichtige) Entwicklungshilfe und Unterstützung am Erfolg der jeweiligen Regierung im Kampf gegen die Drogen bzw. im Kampf gegen den Anbau der Kokapflanze und ihrer Weiterverarbeitung zu Kokain. Bis 2005 konnten die USA sich mit ihren drogenpolitischen Vorstellungen in Bolivien stets durchsetzen, die sich durch eine repressiv-punitiv Ausrichtung und durch eine wachsende Militarisierung mit US-

⁸³ „Die Bewegung der *cocaleros* ist eine der führenden, grundlegenden, wesentlichen Bewegungen des MAS. Der MAS ist kein MAS ohne die *cocaleros*.“

amerikanischer Beteiligung in der jeweiligen Region (vor allem im Chapare) kennzeichnen lassen. Bolivianische Regierungen erhielten Druck von zwei Seiten und lavierten zwischen massiven innenpolitischen Protesten und den Forderungen der USA. Dies änderte sich mit der Präsidentschaft Hugo Bánzers, der seine Amtszeit der kompromisslosen Drogenbekämpfung verschrieb und US-amerikanische Forderungen ohne Abstriche umsetzte. Als Folge der verabschiedeten Maßnahmen nahmen Militarisierung und Zwangsvernichtung der Kokafelder zu und die Region Chapare entwickelte sich zunehmend zu einem Bürgerkriegsgebiet. Soziale Spannungen breiteten sich auf das ganze Land aus und entluden sich in Straßenblockaden, Hungerstreiks, Märschen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kokabauern und Soldaten. Gegen Ende seiner Amtszeit ließ Bánzer die Erreichung seines Ziels *Coca cero* (Null Koka) verkünden, was sich jedoch nicht bewahrheitete. Das Problem hatte sich lediglich verlagert (Bergfeld 2005: 498-503).

Die Region Chapare wurde seit 1960 durch Aymara und Quechua des Hochlandes besiedelt. In Abwesenheit staatlicher Macht und Verwaltung gründeten sie Gewerkschaften, „[who] provided systems of local justice and dispute resolution and established social and cultural ties of reciprocity and solidarity“ (Van Cott 2008: 178). Bis Ende der 1980er Jahre hatte sich ein dichtes gewerkschaftliches Netzwerk gebildet, das die ganze Region umfasste. Außer den ursprünglichen Ethnien dieser Region (Yuquis und Yuracaré) war jeder Mitglied einer Gewerkschaft. Vor allem der gemeinsame Kampf ums Überleben, die Erfahrungen von staatlichen sowie US-amerikanischen Repressalien und soziale Stigmatisierung trugen zur Ausbildung einer starken kollektiven Identität, zur Notwendigkeit der Unterordnung unter den Willen der Gemeinschaft und zum Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit bei. Als Resultat der oben beschriebenen Drogenpolitik wurde die Identität der Kokabauern von einer starken anti-US-amerikanischen Haltung geprägt.

Die Kokabauerngewerkschaften entwickelten über die Jahre gut funktionierende Organisationsstrukturen und ein effizientes Kommunikationssystem, womit sie zu einer der dynamischsten politischen Kräfte im Lande wurden. Durch ihr einheitliches Wahlverhalten 1995 und 1997 trugen sie dazu bei, das Selbstbewusstsein der indigenen Bevölkerung zu stärken. Gleichzeitig zeigte sich, dass Morales mit dieser Unterstützung Wahlen gewinnen konnte (Van Cott 2008: 178-181; Albó 2002: 200; Lessmann 2005: 435-443; Archondo 2007: 91-92; Zuazo 2008: 30).

Welche Auswirkungen haben nun die geschilderten Entwicklungen der vertikalen und horizontalen Machtdimension auf Flexibilität, Kohäsion und Handlungsfähigkeit des MAS? Die

Institutionalisierung von Strukturen seit 2002 und die zunehmende Autonomie der Parteilite haben dazu beigetragen, dass der MAS flexibler reagieren konnte und nach außen kohärent auftrat. Die Führungsgremien waren in der Lage, die Partei zu steuern und handlungsfähig zu machen. Die von oben beschlossene Strategie der Öffnung der Partei trug ebenfalls zum Erfolg bei, obwohl sie innerhalb der Partei heftige Debatten auslöste und viele Mitglieder damit nicht einverstanden waren (Harten 2007: 12). Durch diese Strategie erschloss der MAS neue Wählersegmente und profitierte parteiintern von der Erfahrung linker Politiker und Intellektueller. Auf horizontaler Ebene kann von einer hohen Fragmentierung der Partei und vielen daraus resultierenden Konflikten gesprochen werden, die jedoch kaum nach außen dringen. Autoritäre Führung und gute politische Kommunikation fördern ein geschlossenes und kohärentes Auftreten. Ein Vorteil der heterogenen Zusammensetzung des MAS kann darin gesehen werden, dass sich viele Bevölkerungsgruppen angesprochen und vertreten fühlten.

5.4.2 *Verhältnis zwischen MAS und sozialem Umfeld*

Durch seine Entstehungsgeschichte und die doppelte Mitgliedschaft seiner Anhänger in Partei und Gewerkschaft (oder sozialer Bewegung) ist der MAS sehr stark mit der bolivianischen Gesellschaft verbunden. Darüber hinaus hat er keine eigenen Vorfeld- oder Unterorganisationen gegründet, sondern ging politische Allianzen mit sozialen und indigenen Bewegungen ein.⁸⁴ In Anlehnung an die Typologie von Tórrez und Zegada sollen in diesem Abschnitt die Auswirkungen dieser Allianzen betrachtet werden.⁸⁵

Seit 2002 gelang es dem MAS, politische Allianzen mit Anführern von sozialen und indigenen (Protest-)Bewegungen zu schließen.⁸⁶ Dies legitimierte die Parteiführung mit dem Anspruch, eine breite Vertretung und Unterstützung in der bolivianischen Bevölkerung zu erreichen. Durch die Allianzen wurde die jeweilige Bewegung nicht Teil bzw. Mitglied des MAS. Sie bezeichnete sich vielmehr als Verbündete im Kampf für einen Wandel der Politik Boliviens. Die Allianz brachte für beide Seiten Vorteile: Der MAS konnte Strukturen und Netzwerke der Organisationen nutzen und bei Wahlen auf ihre Stimmen zählen. Im Gegenzug erhielten die Organisationen durch den MAS eine Plattform, um ihre Forderungen in die politische Arena zu tragen. Zudem wurden ihre Anführer mit Listenplätzen der Partei bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und politischen Ämtern, meist auf nationaler Ebene, bedacht (Van Cott 2005: 91; Zuazo 2008: 33; Goedeking/Zuazo 2006: 16).

⁸⁴ Eine Einordnung in die Typologie von Poguntke erscheint in diesem Fall nicht sinnvoll.

⁸⁵ Für eine Übersicht über die verschiedenen alliierten Organisationen vgl. Tórrez/Zegada 2008: 87.

⁸⁶ Bis zu den Wahlen 2005 schloss der MAS Allianzen mit rund 100 Organisationen (Jost 2006a: 8).

Auch wenn die Vorsitzenden der Organisationen durch diese Verzahnung mit der Partei eine entsprechende Sozialisation erfuhren und in die eigene Arbeit einfließen ließen, war eine politische Kontrolle der Verbündeten auf diesem Wege schwierig. Gerade bei den Krisen im Oktober 2003 und im Mai/Juni 2005, die zum Rücktritt des jeweiligen Präsidenten führten, erschien der MAS losgelöst von den sozialen Bewegungen. In beiden Mobilisierungsphasen schloss er sich erst spät den sozialen Protesten und ihren Forderungen an und drohte marginalisiert zu werden. Auch die charismatische und starke Führungspersönlichkeit Evo Morales kam an ihre Grenzen: In beiden Fällen hatten öffentliche Stellungnahmen des Parteivorsitzenden keinen direkten Einfluss auf die Proteste. Die Bewegungen hatten sich ihre Autonomie bewahrt, auch wenn sie den MAS bei Wahlen unterstützten. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen versuchte der MAS, die Führungsgremien der verbündeten Organisationen in den Folgejahren mehr und mehr mit eigenen Leuten zu besetzen (Do Alto 2008: 28-35).

Abgesehen von den politischen Allianzen soll in diesem Abschnitt ein kurzer Blick auf Rolle und Einfluss der NROs und kirchlichen Hilfswerke in Bolivien geworfen werden.⁸⁷ Die Anzahl der NROs und ihre wirtschaftliche sowie politische Bedeutung in den sog. Entwicklungsländern haben seit den 1980er Jahren stark zugenommen. Die Forschungslage hierzu ist jedoch nicht besonders ausgeprägt. Über einzelne Fallstudien hinaus hat sich die Politikwissenschaft bisher kaum mit der Frage beschäftigt, wie und auf welche Weise NROs Politik beeinflussen (Boulding/Gibson 2009: 495). Dies gilt in gleichem Maße für kirchliche Hilfswerke bzw. von Kirchenvertretern gegründete Organisationen, die vor allem nach der Bischofskonferenz von Medellín 1968 die kirchliche Option für die Armen besonders betonten und einen Fokus auf die ländliche Entwicklung legten (Albó 2002: 210; Tokarski 2006: 108-118). Abgesehen von allgemeinen Aussagen oder Vermutungen über ihren politischen Einfluss findet man im Falle Boliviens meist Beschreibungen und Analysen der Arbeit von ausgewählten NROs oder kirchlichen Hilfswerken mit indigenen Bevölkerungsgruppen im Tiefland (Grey Postero 2007; Yashar 2005). Dennoch werden im Folgenden drei Entwicklungen aufgegriffen, die nach Ansicht der Autorin im Hinblick auf den Werdegang des MAS nicht ignoriert werden können.

NROs haben in Bolivien eine lange und abwechslungsreiche Geschichte. Einige nahmen ihre Arbeit bereits in den 1950er Jahren auf, wobei die erste große Welle an Organisationen das Land in den 1970er Jahren erreichte. Diese NROs wurden von europäischen und nordameri-

⁸⁷ Eine ausführliche Analyse sowie eine angemessene Differenzierung zwischen NROs und kirchlichen Hilfswerken sind in dieser Magisterarbeit nicht möglich.

kanischen Geldgebern gegründet und sahen ihre Hauptaufgabe in der Unterstützung des linken Widerstandes gegen die Militärdiktaturen. Eine zweite Welle folgte dem internationalen Trend in den 1980er Jahren und es wurden *Think Tanks*, Organisationen zur Förderung der ländlichen Entwicklung, Gesundheitszentren und sog. Graswurzelorganisationen zur Förderung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und ihres Lebensraums eingerichtet. Nach offiziellen Angaben sind in Bolivien ca. 600 NROs registriert, die in mehr als 150 Gemeinden ca. 2 000 Projekte unterhalten (Boulding/Gibson 2009: 488; Grey Postero 2007: 170-171). Vor allem im Tiefland hat die finanzielle Unterstützung und politische Beratung den indigenen Bevölkerungsgruppen geholfen, sich zu organisieren und ihre Rechte gegenüber der Regierung einzufordern (Van Cott 2005: 10; Casanova, Anlage IX: 1).

Eine erste Entwicklung, die die Gesellschaft Boliviens veränderte und Jahre später die politische Strategie des MAS beeinflusst sollte, ist die Unterstützung und Förderung von indigener Kultur und Tradition seitens der NROs. Zum Beispiel mit Hilfe von Radiosendungen, in denen Geschichte und Persönlichkeiten der indigenen Kultur erklärt und vorgestellt wurden, trugen sie (vor allem auf dem Land) zur allgemeinen Bildung bei und erzeugten gleichzeitig ein Gefühl von Gemeinschaft. NROs und kirchliche Hilfswerke unterstützten lokale Gemeinschaften und Gruppen in ihren Anstrengungen, indigene Kultur zu erforschen und lokale Autoritäten sowie Führungsstrukturen zu stärken (Yashar 2005: 174-175, 188-189; Albó 2002: 211). Durch diese Arbeit förderten sie auf lange Sicht den Aufbau und Aufstieg indigener Organisationen und trugen damit insgesamt zur Politisierung des Ethnischen bei. Wie in Kapitel 5.2.4 beschrieben, führte dies langfristig zur Entstehung einer Konfliktlinie *Indigene versus Nicht-Indigene*, die der MAS erfolgreich aufgriff.

Darüber hinaus arbeiteten die Kokabauern seit den 1990er Jahren eng mit NROs zusammen, um für die Legalisierung der Kokapflanze zu kämpfen. Morales nutzte das internationale Interesse für indigene Völker sowie den Schutz ihrer Traditionen und vernetzte sich mit internationalen Gremien in Nordamerika und Europa, von wo die Kokabauergewerkschaften in der Folge politische als auch finanzielle Unterstützung erhielten (Ticona Cruz, Anlage XIII: 3; Goedeking 2000/2001: 92). Des Weiteren wird vermutet, dass internationale linksgerichtete Gruppen, Globalisierungsgegner und kirchliche Basisorganisationen den MAS und weitere soziale Bewegungen in ihren Protesten gegen die Regierung, beginnend mit dem Wasserkrieg von Cochabamba, unterstützten (Núñez, Anlage XII: 4).

„El MAS se alimentó durante sus años de oposición de una manera muy significativo en efecto de ONGs europeas, de alguna norteamericana, de sectores de izquierda o lo que podríamos llamar en la iglesia católica de lo que son los movimientos de teología de la

liberación, de la opción preferencial de los pobres, de las comunidades de base de la iglesia católica⁸⁸ (Mesa, Anlage XI: 3-4).

Als dritte Entwicklung soll hier die bedeutende Arbeit der NROs und kirchlichen Hilfswerke bei der inhaltlichen Gestaltung und der Umsetzung des LPP genannt werden. Sie engagierten sich vor allem in der Ausbildung von neuen Amtsträgern und Führungspersönlichkeiten, wurden als politische Berater beschäftigt, erstellten Haushaltspläne und bauten Gemeindestrukturen auf (Grey Postero 2007: 172; Zuazo 2008: 18; Muñoz-Pogossian 2008: 91; Tokarski, Anlage XV: 2).

5.5 POLITISCHE FORDERUNGEN UND IDEOLOGIE DES MAS

Ähnlich der organisatorischen Entwicklung des MAS spiegelt auch das politische Programm seinen Werdegang wieder: Repräsentierte der MAS in den Anfängen vor allem die Forderungen der Kokabauern⁸⁹ der tropischen Region des Departments Cochabamba, integrierte er seit 2002 weitere Ziele und Positionen von sozialen Bewegungen in Bolivien. Das MAS-Programm entwickelte sich auf diese Weise zu einem Amalgam aus frühmarxistischen Ansätzen verbunden mit Elementen indigener Kultur und Lebensform, Antiglobalisierungsthesen und einem auf den im Einklang mit der Natur lebenden *indígenas* basierenden Öko-Diskurs (Jost 2005: 74). Im Vordergrund der politischen Rhetorik Morales' steht das *Nein* zu allem, was seiner Ansicht nach durch das alte Regime der traditionellen Parteien verkörpert wird: Neoliberalismus, Nepotismus, Korruption, Ausverkauf der natürlichen Ressourcen Boliviens, Zusammenarbeit mit den USA und dem damit einhergehenden Verlust der nationalen Souveränität (Harten 2007: 11, 16; Ströbele-Gregor 2006b: 11; Marmon 2005a: 149).

An offiziellen Dokumenten existieren die beim nationalen Wahlgerichtshof hinterlegten Parteiunterlagen (CNE o. J.) – *Ideologische Grundsatzerklärung* sowie das Regierungsprogramm *50 konkrete Vorschläge, um der Krise ins Auge zu blicken* – und das Wahlprogramm des MAS von 2005 von ca. 200 Seiten mit dem Titel: *Regierungsprogramm 2006-2010. Bolivien: würdevoll, souverän und leistungsfähig, um gut zu leben*⁹⁰ (MAS-IPSP 2005). Ohne auf die

⁸⁸ „Der MAS ernährte sich in seinen Jahren als Opposition in signifikanter Weise von europäischen NROs, von einigen nordamerikanischen, von linken Sektoren oder das, was wir in der katholischen Kirche als Bewegungen der Befreiungstheologie, mit einer besonderen Option für die Armen, nennen können, von den Basisgruppen der katholischen Kirche.“

⁸⁹ US-amerikanische Organisationen zur Drogenbekämpfung sollen Bolivien verlassen, Einstellung der Einsätze von Polizei und Militär gegen Kokabauern, Stopp der Zwangsvernichtung von Kokafeldern, Öffnung alternativer Märkte: Tee, Medikamente etc. (Goedeking 2002: 149).

⁹⁰ Die Übersetzung „gut zu leben“ trifft den spanischen Ausdruck „vivir bien“ nicht in seiner ganzen Bedeutung. Dabei geht es vielmehr um eine alternative andine Auffassung von einer guten Lebensweise in einem gemeinschaftlichen Gefüge, stets in Abgrenzung zu westlichen Vorstellungen von Wohlstand und Individualismus (CNE o. J.: 252-253).

Einzelheiten eingehen zu können, werden im Folgenden die Hauptelemente der Ideologie des MAS und die sich daraus ergebenden Forderungen vorgestellt.

Nationalismus und Souveränität Boliviens

Ähnlich wie bei der Nationalen Revolution von 1952 verspricht der MAS Emanzipation und Integration der Massen in die bolivianische Gesellschaft. Die Rolle des Staates wird betont, der durch Reformen des Boden- und Landrechts, sowie durch die Renationalisierung des Erdgas- und Erdölsektors zum einen die Souveränität über die eigenen Rohstoffe wiedererlangen und zum anderen Umverteilung von Reichtum in der Gesellschaft organisieren soll (Goedeking/Zuazo 2006: 17). Darüber hinaus soll die politische Souveränität des Landes zurückgewonnen werden. Dabei geht es vor allem um die Einmischung der USA und internationaler Geldgeber (IWF, Weltbank) in interne Angelegenheiten. Der MAS greift das Bedürfnis der Gesellschaft nach einem neuen nationalen Selbstbewusstsein auf und propagiert Dialogbereitschaft ohne Unterwürfigkeit (Jost 2006b: 224; Lessmann 2007: 220, 227). Die Forderungen nach einer unabhängigen Innen- und Außenpolitik sind vor allem gegen die USA gerichtet. Die starke anti-US-amerikanische Haltung wird hierbei einerseits von den bereits erläuterten Positionen der Kokabauern des Chapare geprägt, die sich andererseits mit der Antiimperialismus-Tradition der bolivianischen Linken verbinden (Do Alto 2006: 2, 4; Käss, Anlage X: 3).

Indianismus

Die Basis aller Programme und Prinzipienklärungen des MAS ist ein ausgeprägter ethnischer Diskurs, der aus einer Mischung kataristischer, indianistischer und marxistischer Elemente besteht. Nach 500 Jahren spanischer Kolonialgeschichte und anschließenden 200 Jahren republikanischer Geschichte, in denen sich die etablierten kolonialen Strukturen im Inneren fortgesetzt haben, fordert der MAS eine angemessene Beteiligung der indigenen Bevölkerung am politischen System und ein Ende jeglicher rassistischer und sozialer Diskriminierung.⁹¹ Insgesamt wird die westliche Kultur der Ausbeutung und des Neoliberalismus als *Kultur des Todes* bezeichnet und dieser als Gegenentwurf die andine östliche Kultur, *die Kultur des Lebens*, entgegengestellt. Auf diese von den vorkolonialen Kulturen Boliviens geprägte Kultur möchte man sich in Zukunft wieder besinnen und mit ihren Traditionen und Werten eine neue Gesellschaft errichten. In dieses Argumentationsmuster wird auch die Verteidigung

⁹¹ Mit der Kritik am *internen Kolonialismus* knüpft der MAS an Cárdenas an, der in den 1990er Jahren im Hinblick auf die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung von einem Apartheid-System in Bolivien sprach (Jost 2005: 73).

und Industrialisierung der Jahrtausende alten *heiligen* Kokapflanze integriert und die Legalisierung ihres Anbaus gefordert (CNE o. J.: 249-253).

Neugründung Boliviens

Nicht nur eine neue Gesellschaft, sondern ein grundlegend neues System in politischer, wirtschaftlicher und juristischer Hinsicht soll für Bolivien geschaffen werden. Dazu verlangt der MAS die sofortige Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung, deren Einsatz bereits von den indigenen Organisationen des Tieflandes bei ihrem historischen Marsch von 1990 gefordert und von den sozialen Bewegungen seit 2003 immer stärker in den Mittelpunkt gerückt wurde (*Agenda de octubre*⁹²) (Ströbele-Gregor 2007: 3). Das angestrebte neue Wirtschaftssystem beschreibt García Linera als *Andinen Kapitalismus*. In diesem soll ein starker Staat drei in Bolivien existierende ökonomisch-produktive Ebenen koordinieren: die auf der Gemeinschaft basierende, die auf der Familie basierende und die moderne industrialisierte. Dazu werden die aus der Verstaatlichung gewonnenen Einnahmen in traditionelle Formen der Selbstorganisation und der kommerziellen Entwicklung der Anden und des Amazonas fließen, die bisher durch die westliche Bevorzugung des modernen industriellen Sektors unterdrückt wurden, und auf lange Sicht zu Wohlstand in den entsprechenden Bevölkerungsschichten führen (Stefanoni 2005).

Wichtig für den Erfolg des MAS ist die Breite und Vielfältigkeit seiner Ziele und Forderungen, mit denen er es schaffte, dem politischen Protest der sozialen Bewegungen sowie den aktuellen Konfliktlinien in der bolivianischen Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Dadurch fühlen sich die verschiedensten Bevölkerungsgruppen als Gesinnungsgemeinschaft im Kampf gegen das alte Regime vertreten. Als integrierender Rahmen für die verschiedenen Forderungen dient der Rückgriff auf das indigene Weltbild und die Werte einer vorkolonialen andinen Kultur.

5.6 DOPPELSTRATEGIE UND MOBILISIERUNGSFÄHIGKEIT DES MAS

„The popular mobilization movements that started in 2000 were a byproduct of the inability of the political class to guarantee concrete socioeconomic results for the population through effective executive-legislative policy-making“ (Muñoz-Pogossian 2008: 126). Dieses Zitat knüpft an die in Abschnitt 5.2 geschilderten Konfliktlinien der bolivianischen Gesellschaft an

⁹² Oktober-Agenda: Vereinbarung, die von Carlos Mesa und den im Oktober 2003 protestierenden sozialen Bewegungen unterschrieben wurde. Sie beinhaltet u. a. Forderungen nach einer Volksabstimmung zu den Gasvorkommen, einer Änderung des Gesetzes zu Gas und Erdöl und der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung (Tórréz/Zegada 2008:34).

und verdeutlicht ihre Auswirkungen auf die soziale Mobilisierung der Bevölkerung sowie ihren Rückgriff auf unkonventionelle Partizipationsformen. Soziale Proteste, Hungerstreiks, Straßenblocken und sogar Selbstkreuzigungen gehören in Bolivien zum politischen Alltag. Meist enden sie ohne nennenswerte Zwischenfälle. Seit 2000 kann man jedoch von einer neuen Qualität der sozialen Proteste sprechen. Gewaltausbrüche und der Einsatz des Militärs führten zu Toten und Verletzten und zum Rücktritt zweier Präsidenten in Folge (Goedeking 2003: 44). In diesem Abschnitt soll der Beitrag des MAS zu den Massenmobilisierungen und den von ihnen ausgelösten politischen Krisen analysiert und der Frage nachgegangen werden, inwieweit er davon profitiert hat.

Seit Januar 2000 kam es auf Grund zweier Gesetzesnovellen der Regierung Bánzer zu gravierenden Ausschreitungen in Bolivien. Ihren Anfang nahmen die Unruhen mit einem vom Kongress im Oktober 1999 verabschiedeten Gesetz zur Privatisierung der Wasserversorgung im Department Cochabamba. Nach dem erfolgreichen Verkauf der Wassernetze und –quellen an die Firma *Aguas de Tunari*⁹³ kündigte diese eine Erhöhung der Tarife (von bis zu 50 %) zum 1. Januar 2000 an. Die Bevölkerung war empört und antwortete mit öffentlichen Protesten. Angeführt wurden die Streiks und Straßenblockaden maßgeblich von der ad hoc gegründeten *Coordinadora por la Defensa del Agua y de la Vida*⁹⁴. Eine von den sozialen Akteuren und der Regierung unterschriebene Vereinbarung zur Rücknahme der Tariferhöhung konnte die Firmenpolitik des privaten Unternehmens jedoch nicht stoppen. Darauf beschlossen die Protestgruppen im Februar eine symbolische und friedliche Übernahme der Stadt. Obwohl diese bei den lokalen Polizeibehörden angemeldet war, schickte der Präsident seinen Minister des Präsidialamtes mit ca. 1 000 Polizisten und einer speziellen Sicherheitstruppe nach Cochabamba und die Stadt verwandelte sich in ein Schlachtfeld. Im Zuge der Auseinandersetzungen mit der Polizei boten die Kokabauern aus dem Chapare ihre Hilfe an. Unter der Leitung von Evo Morales schlossen sich die Kokabauern dem Straßenkampf an und brachten dabei ihre langjährigen Erfahrungen aus dem Kampf um ihre Kokafelder ein. Erst auf enormen Druck der katholischen Kirche und des Ombudsmannes zog das Militär sich zurück und die Akteure einigten sich auf eine weitere Vereinbarung, die jedoch wiederum zu keiner Verbesserung der Situation führte. Die *coordinadora* dehnte daraufhin ihre Forderungen aus und verlangte von der Regierung die Kündigung des Vertrages mit *Aguas de Tunari*. Zur Aufrechterhaltung des Drucks rief sie im April einen Generalstreik aus, der das Leben der Stadt lahmlegte. Bánzer verhängte den Ausnahmezustand, schaffte es jedoch trotz Massenverhaftungen nicht, die Un-

⁹³ Eine Tochterfirma des US-amerikanischen Bechtelkonzerns.

⁹⁴ Koordinierungsgremium zur Verteidigung von Wasser und Leben.

ruhen unter Kontrolle zu bekommen. Mit den Protestierenden in Cochabamba hatten sich längst weitere soziale Akteure des Landes solidarisiert, wie z. B. die CSUTCB unter Felipe Quispe, die auf dem Altiplano Straßenblockaden errichtete. Der Regierung blieb im April 2000 keine andere Wahl, als die Forderungen der sozialen Organisationen zu akzeptieren und den Vertrag mit *Aguas de Tunari* aufzukündigen (Shultz 2008: 25-33).

Als Reaktion auf die zweite Gesetzesnovelle zur Drogenpolitik waren es die Kokabauern, die unter der Führung Morales' ab September 2000 den sozialen Protest im Land organisierten. Im Kampf gegen die Zwangsvernichtungen ihrer Felder wurden sie wiederum unterstützt von weiteren sozialen Organisationen (z. B. COB, *Federación de Juntas Vecinales* – FEJUVE⁹⁵), allen voran der CSUTCB unter der Führung Felipe Quispes, der die Proteste um Forderungen nach mehr Rechten für die indigene Bevölkerung erweiterte. Sie organisierten Straßenblockaden, Märsche und Demonstrationen. Beide Protestgruppen gemeinsam hatten das Potential, Bolivien innerhalb weniger Tage lahmzulegen. Das mächtigste Instrument der Kokabauern war die Blockade der (einzigen) Fernstraße von Cochabamba nach Santa Cruz, die der Länge nach durch die Provinz Chapare führt. Wenn diese Straße blockiert ist, steht die Wirtschaft des Landes still. Quispes Anhänger blockierten mit Hilfe der Nachbarschaftsvereinigungen von El Alto die (einzige) Zugangsstraße nach La Paz und schnitten die Hauptstadt somit fast 30 Tage von der externen Versorgung mit Nahrungsmitteln und Treibstoff ab. Die Bilanz Ende 2001: Bolivien war überzogen mit sozialen Konflikten und das Spektrum der Protestierenden und ihrer jeweiligen Forderungen wurde immer unübersichtlicher (Muñoz-Pogossian 2008: 126-131; Grey Postero 2007: 193-199; Goedeking 2000/2001: 91, 2001: 125-127).

Diese sozialen Unruhen nahmen auch nach der Wahl von 2002 kein Ende. Ein durch das hohe Wahlergebnis gestärkter Morales kündigte an, in die Opposition zu gehen und notfalls durch den Druck der Straße die Forderungen des MAS und der sozialen Bewegungen durchzusetzen. In den ersten sechs Monaten der Präsidentschaft Sánchez de Lozadas nahmen Morales und Quispe mit ihren Anhängern die Proteste wieder auf. Verhandlungen mit der Regierung über einzelne Aspekte des sozialen Unmuts (z. B. Vernichtung der Kokafelder) lehnten sie ab. Im Parlament verweigerten beide Parteien (MAS und MIP) jegliche Zusammenarbeit.

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und auf Druck des IWFs plante die Regierung im Februar 2003 die Einführung einer Lohn- und Einkommenssteuer, um das bolivianische Haushaltsdefizit zu senken. Daraufhin kam es in La Paz zu Protesten der nationalen Polizei-

⁹⁵ Für eine ausführliche Schilderung der Organisationsstrukturen der FEJUVE und des besonderen Charakters der Stadt EL Alto vgl. Zibechi 2009 sowie Ila 2009.

beamten, denen sich innerhalb kürzester Zeit Arbeiter, Studenten und Vertreter der COB anschlossen. Das Militär schritt ein und die zweitägigen Ausschreitungen endeten mit 31 Toten und über hundert Verletzten. Die Regierung musste ihre Pläne zurückziehen. In den folgenden Monaten erhöhte der MAS seinen parlamentarischen Druck. Er verlangte sogar den Rücktritt des Präsidenten und die Absetzung des Kabinetts. In der Bevölkerung hielten der Unmut und die Empörung über die Maßnahmen der Regierung an und die Spannungen entluden sich nur wenige Monate später in erneuten Protesten.

Auf Grund von Plänen der Regierung zum Gasexport an die USA über Chile⁹⁶ brachen im gleichen Jahr die sog. *Oktoberunruhen* aus, bei denen in wochenlangen Auseinandersetzungen und Kämpfen zwischen Bevölkerung und Militär ca. 80 Menschen ums Leben kamen und über 400 verletzt wurden (Lemoine 2006: 1). Bereits Ende September organisierte der CSUTCB unter der Leitung von Felipe Quispe Straßenblockaden auf dem Altiplano, die sich zu allgemeinen Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung entwickelten. Darüber hinaus trat Quispe mit einigen hundert Anhängern in El Alto in einen Hungerstreik, dem sich die COB anschloss. Wenige Wochen später solidarisierten sich ebenfalls die gut organisierten Nachbarschaftsvereinigungen El Altos mit den andauernden Protesten und forderten den Rücktritt des Präsidenten und die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasindustrie. FEJUVE schaffte es, die Hauptstadt komplett von der Außenwelt abzuschneiden, Minenarbeiter demonstrierten mit Dynamit und Waffen in der Stadt, Straßenhändler und Marktfrauen schlossen ihre Verkaufsstände. Auch in Cochabamba kam es zu Demonstrationen und Solidaritätsmärschen durch die Stadt. Um die Blockaden in El Alto zu durchbrechen, setzte Lozada das Militär ein und es kam zu Toten und Verletzten. Die Wut der Bevölkerung stieg ins Unermessliche, so dass der Präsident nach nur knapp einem Jahr an der Regierung zurücktreten und in die USA flüchten musste (Goedeking 2003: 41).

Sein Vizepräsident Carlos Mesa, der sich in den Tagen vor Lozadas Rücktritt bereits von dessen Politik öffentlich distanziert hatte, übernahm das Präsidentenamt und erfreute sich als parteiloser Intellektueller in den ersten Monaten großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Zunächst verhandelte er die bereits erwähnte Oktober-Agenda mit den Protestgruppen, zu deren Umsetzung ihm jedoch lediglich 90 Tage zugestanden wurden (Küttler 2005). Obwohl nach

⁹⁶ Im Salpeterkrieg verlor Bolivien seinen einzigen Meerzugang an Chile. Ein Verlust, dem heute noch jedes Jahr am Tag des Meeres gedacht wird. Bolivien beansprucht ein natürliches Recht auf den Zugang zum Meer; dementsprechend schwierig gestalten sich die diplomatischen Beziehungen zum Nachbarland Chile. Vor diesem Hintergrund kam 2003 in der Bevölkerung das Gefühl auf, dass nach der Ausbeutung von Silber und Zinn, nun auch ihr Gas (ausgerechnet) über Chile an Mexiko und die USA verschleudert werde, ohne dass die Bevölkerung davon profitiere (Grey Postero 2007: 209).

Ende dieser Frist die meisten Anliegen noch nicht umgesetzt waren, nahm Morales einen wesentlich moderateren Diskurs an. Gegen den Unmut der Bevölkerung verteidigte er die demokratische Institution Parlament und den Präsidenten. Gemeinsam mit einem Kabinett von parteilosen Technokraten änderte Mesa die Verfassung, beendete das Parteienmonopol, bereitete die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vor und berief ein Referendum über die Nutzung der großen Erdgasvorkommen Boliviens ein, das im Juni 2004 stattfand. Mit diesem Referendum intendierte Mesa einen Schritt in Richtung partizipativer und direkter Demokratie, um die von Krisen geschüttelte Demokratie zu stabilisieren. Im Zeichen der nahenden Kommunalwahlen im Dezember kam es jedoch zu erneuten politischen Auseinandersetzungen und Protesten über die Form und die Fragen des Volksentscheids bis hin zu Boykottaufrufen. Der MAS schien jedoch am politischen Überleben der Regierung interessiert und hielt sich mit Kritik zurück. Mit den Ergebnissen des Referendums sollte in den Folgemonaten ein Energiegesetz erarbeitet und verabschiedet werden, das von Forderungen nach Verstaatlichung auf der einen und nach mehr Autonomie auf der anderen Seite begleitet wurde. MAS, MIP und COB forderten eine vollständige (Rück-)Verstaatlichung der großen Erdöl- und Erdgasunternehmen. Die Departments Santa Cruz und Tarija verlangten dagegen nach größerer Autonomie und Selbstverwaltung der Einnahmen aus den auf ihrem Gebiet liegenden Öl- und Gasfeldern. Im März 2005 kam es zu landesweiten Protesten, mit Hilfe derer beide Gruppen Druck auf Parlament und Präsident ausüben wollten. Mesa bot zum ersten Mal seinen Rücktritt an, der jedoch vom Parlament abgelehnt wurde.

Im Juni 2005 konnte die Abgeordnetenversammlung sich nicht auf einen Fahrplan zur Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung einigen und die Proteste begannen erneut. Nach Monaten permanenten Konfliktmanagements reichte Mesa in dieser Situation endgültig seinen Rücktritt ein, da eine Beherrschung der Proteste und der zunehmenden Gewalt auf den Straßen mit friedlichen Mitteln nicht mehr möglich erschien. Bolivien steckte in einer tiefen politischen Krise mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Dennoch konnte ein Putschversuch des Militärs vereitelt werden und der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes wurde als Interimspräsident ernannt, der in der Folge für Dezember 2005 vorgezogene Neuwahlen anordnete (Quiroga 2004: 161; Marmon 2005a: 141-142; Muñoz-Pogossian 2008: 157-175; Grey Postero 2007: 205-209). „Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember 2005 führten zu einem politischen Erdbeben. Überraschenderweise gewann Evo Morales, [...], und seine politische Bewegung MAS bereits im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit der Stimmen“ (Jost 2006a: 1).

Betrachtet man nun den Beitrag des MAS zu diesen Konflikten, fällt auf, dass er in hohem Maße davon profitiert hat, aber nicht immer der Hauptakteur bzw. Organisator war. Neben seinen andauernden Kämpfen gegen die Drogenpolitik der Regierung im Chapare suchte er nach Gelegenheiten, sich anderen Protesten anzuschließen und Allianzen zu bilden. Im Wasserkrieg von Cochabamba handelte es sich um ein von der *coordinadora* angeführtes situationsbedingtes Netz von sozialen Bewegungen, die sich zur Organisation des Widerstandes zusammengeschlossen hatten. Sie stritten gemeinsam für das Recht auf Wasser und Leben und kritisierten die neoliberale Politik transnationaler Unternehmen (Grey Postero 2007: 195). Bei diesen Protesten boten die Gewerkschaften der Kokabauern ihre Erfahrungen an, schlossen sich den Straßenkämpfen an und Morales nutzte die Gelegenheit, um sich vom Präsidenten und den traditionellen Parteien zu distanzieren.

Bei den Unruhen im Februar und Oktober 2003 handelte es sich vor allem um Kämpfe rund um die Städte La Paz und El Alto, die von den dortigen Vertretern der CSUTCB, der COB und den Nachbarschaftsvereinigungen organisiert wurden. Diesem Protest schlossen sich Arbeiter, Minenarbeiter, Studenten und sogar Vertreter der Mittelschicht an. Bei diesen Unruhen macht es den Anschein, als hätte der MAS den Anschluss an die sozialen Bewegungen verloren. Erst spät schloss er sich den sozialen Protesten an und nutzte seine parlamentarische Vertretung, um den Druck gegenüber der Regierung noch zu verstärken. Dennoch schaffte er es, wie in Abschnitt 5.4.2 beschrieben, politische Allianzen zu schmieden und sich die Unterstützung dieser Organisationen zu sichern, was zwei Jahre später deutlich wird. Nach anfänglicher Unterstützung der Regierung Mesa, versuchte der MAS vor allem ab März 2005 sich als Wortführer der heterogenen sozialen Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Forderungen darzustellen und suggerierte damit, ihr Handeln kontrollieren zu können (Zuazo 2008: 32, 42-43; Do Alto 2008: 28-35; Behrens 2005: 2).

Außerdem profitierte der MAS im Dezember 2005 davon, dass die Bevölkerung der ständigen Blockaden und Streiks überdrüssig war. Es verbreitete sich die Ansicht, dass diejenigen, die ständig auf der Straße und im Parlament gegen die Politik protestierten, selbst mal zeigen sollten, was sie können und wollen. Vor allem die urbane Mittelschicht hatte Angst davor, dass bei einem Sieg der alten Parteien das gleiche Spiel weiterginge und das Land regierungsunfähig bliebe. Morales war der einzige Kandidat, der eine gewisse Stabilität in Aussicht stellen konnte (Goedeking/Zuazo 2006: 19; Jost 2006b: 223-224). Mit der erfolgreichen Doppelstrategie des MAS präsentierte sich dieser als Alternative zum etablierten politischen System.

Er legitimierte diese Strategie mit der Parole: *de la protesta a la propuesta*⁹⁷, dabei sind mit *propuesta* die Gesetzesverhandlungen im Parlament gemeint. Damit zeigte der MAS, dass er die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt, und solange mit ihnen auf die Straße geht, bis man im Parlament zu Verhandlungen bereit ist (Muñoz-Pogossian 2008: 203; Mayorga 2005: 112; Archondo 2007: 86).

Gesellschaftliche Mechanismen der Massenmobilisierungen

„Bolivia siempre se ha movido en la lógica corporal, es decir, yo creo que en Bolivia todos de una o otra manera están ligados a una organización“⁹⁸ (Núñez, Anlage XII: 3). Die bolivianische Gesellschaft weist einen hohen Organisationsgrad auf. Dieser liegt zum einen in andinen, kommunitären Traditionen und zum anderen in der staatlichen Erfassung der Gesellschaft in Gewerkschaften nach 1952 begründet.⁹⁹ Wenn sich eine Gruppe organisiert, um ihre Interessen zu kommunizieren oder zu verteidigen, dann meist in einem gewerkschaftlichen Modell, das von stark ausgeprägten hierarchischen Strukturen gekennzeichnet ist. Die Bezeichnung Gewerkschaft oder gewerkschaftlich wird auch verwendet, wenn die Beteiligten in keinem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen. Darüber hinaus organisieren sich die Gewerkschaften, in denen Zwangsmitgliedschaft besteht, zum gemeinschaftlichen Kampf, nicht zum Verhandeln (Laserna/Schwarzbauer 2005: 34).

Es herrscht ein starker Korporatismus, der sich grundlegend von dem westeuropäischen Demokratien unterscheidet. Die Vorstellung eines autonomen, freien und verantwortlichen Bürgers spielt kaum eine Rolle (Ticona Cruz, Anlage XIII: 2). „Ähnlich wie in der andinen Kosmvision besteht die Gemeinschaft oder eben auch die gewerkschaftliche Organisation vor dem Einzelnen, der von ihr seine Identität erhält, nicht umgekehrt“ (Tokarski 2006: 62). Hat man sich darauf geeinigt, die jeweiligen Forderungen durch Demonstrationen oder Blockaden auf die Straße zu tragen, ist jedes Mitglied der Gemeinschaft – als ein Körper – verpflichtet, den Beschluss umzusetzen, weil ja auch jeder nach Erreichung der Ziele Vorteile davon trägt. Verweigert ein Mitglied seine Beteiligung, wird es bestraft (Geldstrafen oder das Versagen gemeinschaftlicher Dienstleistungen). Es wird also nicht die Gewissensentscheidung des Einzelnen respektiert, sondern nach einer Gemeinschaftsentscheidung strikte Disziplin eingefordert, damit man als Einheit seine Forderungen erreichen kann. Dies gilt auch bei

⁹⁷ Vom Protest zum Vorschlag.

⁹⁸ „Bolivien hat sich stets in einer korporalen Logik bewegt, d. h. ich glaube, dass in Bolivien alle auf die eine oder andere Weise mit einer Organisation verbunden sind.“

⁹⁹ Die gewerkschaftlichen Strukturen breiteten sich auch deshalb rapide aus, weil es in Bolivien viele Gebiete gab und gibt, in denen der Staat nicht präsent ist (v. a. im Chapare). Dort nehmen sie oft staatliche Funktionen (Verwaltung, Organisation der Freizeitgestaltung) und organisieren das Alltagsleben ihrer Mitglieder.

Wahlen. Es wird gemeinschaftlich beschlossen, wen man wählt und dann von jedem die Umsetzung dieser Entscheidung in der Wahlkabine eingefordert. Auch wenn es sich offiziell um eine geheime und freie Wahl handelt, wird dies offen kontrolliert und dementsprechend bestraft (Casanova, Anlage IX: 3; Tokarski, Anlage XV: 2, 2006: 60-72; Archondo 2007: 92).

Die hier geschilderten korporativen und kommunitären Organisationsformen erlebten seit Ende der 1990er Jahre einen neuen Aufschwung, von dem der MAS erheblich profitierte. Zum einen ist seine eigene Organisationsstruktur davon geprägt und zum anderen konnte er in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen an bekannte Strukturen anknüpfen und diese nutzen. Des Weiteren bekommen die politischen Allianzen des MAS im Lichte dieser gesellschaftlichen Mechanismen eine umfassendere Bedeutung: Hatte man sich in der jeweiligen Organisation auf die Unterstützung Morales' und des MAS verständigt (ob bei den Straßenprotesten oder bei Wahlen), waren alle Mitglieder verpflichtet, diesem Beschluss zu folgen. Es wird auch vermutet, dass der MAS im Gegenzug für politische Solidarität, soziale Proteste und Blockaden finanziell unterstützte (Casanova, Anlage IX: 3; Tórrrez/Zegada 2008: 32-34).

*„Por eso, hermanas y hermanos, gracias al voto de ustedes,
por primera vez en la historia boliviana,
aymaras, quechuas, mojeños somos presidentes.
No solamente Evo es el presidente, todos somos presidentes¹⁰⁰“
(Morales 2006: 17).*

6. Fazit

Mit diesen Worten beschließt Evo Morales seine erste Rede als frisch gewählter Präsident Boliviens während der (inoffiziellen) Amtseinführung in Tiwanaku, einer historischen Stätte der Aymara, am 21. Januar 2006. Morales und der MAS sind auf dem Gipfel der Macht angekommen: Sie stellen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus und den Präsidenten der Republik.

Ziel dieser Magisterarbeit war es, die einzelnen Faktoren und Gründe dieses politischen Erfolges im Untersuchungszeitraum von 1999 bis 2005 herauszuarbeiten und zu analysieren. Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der einzelnen Analysekatgorien zusammengefasst und bewertet.

In institutioneller Hinsicht umgingen Morales und seine Anhänger mit der Nutzung der *Parteihülle MAS* entscheidende rechtliche Hürden und verschärfte Bedingungen zur Registrierung einer Partei in Bolivien. Des Weiteren war der MAS kaum auf finanzielle Hilfe des Staates angewiesen. Die Änderung des Wahlsystems 1995 gehört für die Autorin zu den Schlüsselfaktoren in dieser Kategorie. Durch den lokalen Bezug in Kombination mit dem korporatistischen Charakter der Gewerkschaften schaffte es Morales, als Abgeordneter für seinen Wahlkreis ins Parlament einzuziehen. Ab diesem Zeitpunkt begann seine politische Karriere auf nationaler Ebene und gelang seinen Anhängern die landesweite Verbreitung der eigenen Anliegen und Interessen.

Die gesellschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen für diese Entwicklungen waren mit dem LPP geschaffen worden. Es trug in hohem Maße dazu bei, dass lokale Organisationen wie ASP und später MAS die Möglichkeit erhielten, finanzielle Mittel zu akquirieren und Ausbildungsseminare von Führungskräften in Anspruch zu nehmen. Dadurch entstand eine neue politische Elite auf kommunaler Ebene, die sich jedoch auf nationaler Ebene einem geschlossenen System gegenüber sah. Daher suchten sie nach einer Alternative, die sie im MAS fanden. Der MAS kann somit als ein Ergebnis der Förderung einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung am politischen System bezeichnet werden.

¹⁰⁰ „Daher Schwestern und Brüder, dank Eurer Stimmen sind zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte Aymaras, Quechuas, Mojeños Präsidenten. Nicht nur Evo ist der Präsident, alle sind wir Präsidenten.“

In der Kategorie der Konfliktstrukturen wurden vier relevante und für den Untersuchungszeitraum aktuelle Konfliktlinien vorgestellt, die der MAS für sich zu nutzen verstand und in seinen Diskursen sowie programmatischen Zielen aufgriff. Zwei dieser Konfliktlinien erscheinen der Autorin besonders ausschlaggebend: *Regierende versus Volk* und *Indigene versus Nicht-Indigene*.

Die Legitimationskrise der politischen Parteien hatte sich bis 2005 in einem Maße gesteigert, dass die Situation zu eskalieren drohte. In dieser Situation präsentierten der MAS und Morales sich der Bevölkerung als Alternative, die den ersehnten politischen Wandel herbeiführen würde. Damit gelang es ihnen, die gesellschaftliche Oppositionsstimmung gegen die alten Machtgruppen zu kanalisieren. Die zweite wichtige Konfliktlinie *Indigene versus Nicht-Indigene* und die damit einhergehende Politisierung des Ethnischen seit Anfang der 1990er Jahre wurde von Morales und dem MAS aufgegriffen und für die eigenen Zwecke genutzt. Durch das Verschwinden der linken Parteien in der politischen Bedeutungslosigkeit avancierte der MAS zur kämpfenden Kraft für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit im Namen der indigenen Bevölkerung.

Auch wenn es vor Morales schon andere geschickte und charismatische Führungspersonlichkeiten in Bolivien gegeben hatte (wie z. B. Palenque), ist es jedoch bisher außer ihm keinem gelungen, seinen Einfluss über eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe hinaus auszudehnen. Morales präsentierte sich als Hoffnungsträger all derer, die bisher noch keinen Zugang zu politischer Macht hatten und davon träumten, dass einer wie sie es schafft, Präsident zu werden, um damit eine weitere Hürde im sozialen Aufstieg zu durchbrechen.¹⁰¹ Mit seiner kulturellen Symbolpolitik wirkte er gleichzeitig glaubwürdig für die indigenen Bewegungen und moderat integrativ für die bolivianische Mittelschicht, für die er als Einziger fähig erschien, die stark zerstrittene bolivianische Gesellschaft zu einen.

Im Hinblick auf die Organisation des MAS sichert Morales als *Caudillo* den inneren Zusammenhalt einer sehr heterogenen Partei und ein kohärentes Auftreten nach außen. Es gelang ihm, sich als Vertreter aller sozialen Organisationen des Landes darzustellen, deren Unterstützung maßgeblich zum Wahlsieg im Dezember 2005 beitrug. Morales dominierte die Kandidatenaufstellung der Liste und übte ebenfalls großen Einfluss auf die Wahl der Wahlkreiskandidaten aus. Damit wurde der MAS im bolivianischen Parteiensystem konkurrenzfähig.

¹⁰¹ Dieses Gefühl griff Morales bei seiner Antrittsrede in Tiwanaku auf, als er sagte, dass mit seiner Wahl nicht nur er, sondern alle benachteiligten Gruppen der Gesellschaft *Präsidenten* geworden seien.

Zu beachten bei der inneren Verfasstheit des MAS ist insbesondere der Umstand, dass er auf bereits existierenden Organisationsstrukturen der Gesellschaft aufbaute und dadurch eine schnelle Ausdehnung und Mobilisierungsfähigkeit erreichte. Darüber hinaus dominierte die Parteilite die Geschicke der Partei sowie deren inhaltlich-strategische Ausrichtung. Der MAS konnte somit handlungsfähig gemacht werden. Eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Rolle spielen die Kokabauern im MAS. Ihre unerschütterliche Solidarität gab der Partei insbesondere in den Anfangsjahren gute Wahlergebnisse und politisches Selbstvertrauen. Durch ihren politisch-kulturellen Diskurs der Verteidigung der Koka-Pflanze gelang es ihnen, die indigenen Bewegungen zu vereinen. Auf der Basis der neuen gesetzlichen Möglichkeiten des LPP unterstützten überdies NROs und kirchliche Hilfswerke den MAS in seiner Entwicklung und förderten die Politisierung des Ethnischen.

Die politischen Forderungen des MAS und sein Programm spiegeln im Prinzip die bereits erwähnten Konfliktlinien wieder. Wichtig für den Erfolg war vor allem die Breite des Angebots. Das Programm des MAS brachte die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte zum Ausdruck und schaffte einen integrativen Rahmen für den gemeinsamen Kampf gegen das alte Regime auf der Basis vorkolonialer Werte und Prinzipien.


Die Untersuchung der Mobilisierungsfähigkeit hat gezeigt, dass der MAS in hohem Maße von den politischen Krisen und Mobilisierungen profitierte, aber nicht immer der Hauptakteur war. Es gelang ihm jedoch meist, sich Protesten anzuschließen oder Allianzen zu bilden. Die erfolgreiche Doppelstrategie des parlamentarischen und außerparlamentarischen Drucks blockierte das politische System und führte dazu, dass das Land im Juni 2005 an der Schwelle zur Unregierbarkeit stand. In dieser Situation liegt zudem die Vermutung nahe, dass viele Bürger Morales wählten, weil sie ihn für den Einzigen hielten, der der ständigen Blockadesituation im Land ein Ende bereiten und Stabilität bringen könnte.

Nach dieser zusammenfassenden Darstellung lässt sich festhalten, dass der MAS in allen Analyse kategorien erfolgreich agieren und von politischen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen profitieren konnte – oder wie Cárdenas es formulierte: „Todos los dioses se han reunido y han favorecido a Evo Morales¹⁰²“ (Cárdenas, Anlage VIII: 2). Auch wenn der politische Erfolg vor allem im Zusammenwirken der einzelnen Faktoren begründet liegt, sind besonders wichtige und unabdingbare Voraussetzungen bzw. Strategien des MAS identifizierbar. Dazu gehört im institutionellen Bereich die Änderung des Wahlsystems, die es Morales dank der















¹⁰² „Alle Götter haben sich vereinigt und Evo Morales unterstützt.“

solidarischen Unterstützung der Kokabauern ermöglichte, ins Parlament einzuziehen – nach der Registrierung einer Partei die schwierigste Hürde im politischen System Boliviens. Des Weiteren ist hier die Fähigkeit des MAS zu nennen, durch Diskurse, Symbole und parteiinterne Strömungen die relevanten Konfliktlinien in der Gesellschaft aufzugreifen und in seinen programmatischen Zielen widerzuspiegeln. Gemeinsam mit der Unterstützung der sozialen Bewegungen konnte der MAS somit eine vereinte Alternative zu den etablierten politischen Parteien präsentieren, nach der die bolivianische Bevölkerung sich sehnte.

7. Literaturverzeichnis

Alle verwendeten Quellen und Literaturangaben, die aus dem Internet stammen, sind auf der beigefügten CD-Rom hinterlegt und in der Literaturliste mit dem Symbol  gekennzeichnet.

7.1 PRIMÄRQUELLEN

- Congreso Nacional de Bolivia*, 1995: Constitución política de la República de Bolivia (CPE), in: <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Bolivia/1967bolivia1994.html>; 22.02.10. 
- Congreso Nacional de Bolivia*, 1999: Ley de partidos políticos, ley número 1983, in: <http://pdba.georgetown.edu/Parties/Bolivia/Leyes/Ley1983.pdf>; 22.02.10. 
- Congreso Nacional de Bolivia*, 2005: Código electoral, ley número 1984, in: <http://pdba.georgetown.edu/Parties/Bolivia/Leyes/codigoelectoral.pdf>; 22.02.10. 
- Congreso Nacional de Bolivia*, 2005: Constitución política de la República de Bolivia (CPE), in: <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Bolivia/consboliv2005.html>; 22.02.10. 
- Corte Nacional Electoral (CNE)*, 1997: Estadísticas Electorales 1985-1995, in: http://www.cne.org.bo/proces_electoral/procesos1985_1995/Estadisticas_1985_1995.pdf; 19.03.10. 
- Corte Nacional Electoral (CNE)*, 2002: Resolución N° 164/2002, in: <http://www.cne.org.bo/>; 17.03.10. 
- Corte Nacional Electoral (CNE)*, 2006: Resolución N° 005/2006, in: http://www.cne.org.bo/centro_doc/resoluciones/2006/res0052006.pdf; 17.03.10. 
- Corte Nacional Electoral (CNE)*, o. J.: Declaración de Principios Ideológicos, Estatuto Orgánico y Programa de Gobierno del Partido Político „Movimiento al Socialismo“, in: www.cne.org.bo/org_politica/partidos.aspx?IdDocumento=par0537; 17.03.10. 
- Corte Nacional Electoral (CNE)*, 1987: Resolución N° 048/1987, in: <http://www.cne.org.bo/>; 17.03.10. 
- De Carlos, Carmen*, 2009: Juan Ramón Quintana, la cara oscura de Evo Morales, in: <http://www.abc.es/20090130/internacional-iberoamerica/juan-ramon-quintana-cara-200901300018.html>; 09.04.10. 
- Küttler, Christian*, 2005: Präsident Mesa tritt zurück, in: Die Zeit 10, in: <http://www.zeit.de/2005/10/bolivien>; 11.08.09. 
- Lemoine, Maurice*, 2006: Stützen oder Stürzen. Wie werden sich Boliviens Militärs zum neuen Präsidenten Evo Morales verhalten?, in: Le Monde diplomatique 7894, in: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2006/02/10/a0047.text.name,askRtD4I9.n,6>; 14.08.09. 
- Luyken, Reiner*, 2005: Koka für alle!, in: Die Zeit 52, in: <http://www.zeit.de/2005/52/Morales>; 11.08.09. 
- Martínez Cobo, José R.*, 1983: Study of the problem of discrimination against indigenous populations. Third part: Conclusion, Proposals and Recommendations, in: http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/MCS_xxi_xxii_e.pdf; 18.01.10. 

- MAS-IPSP*, 2005: Programa de gobierno 2006-2010. Bolivia digna, soberana y productiva para vivir bien, in: http://www.cne.org.bo/proces_electoral/generales2005/comunicacion/egp2005_programa_mas.pdf; 17.03.10. ☞
- Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto*, 2006: David Choquehuanca Céspedes, in: <http://consuladodebolivia.es/ministro.html>; 09.04.10. ☞
- Morales, Evo*, 2006: La revolución democrática y cultural. Diez discursos de Evo Morales. Bolivia.
- Ramírez Voltaire, Simón*, 2006: Ein Fall für Zwei. Evo Morales und Álvaro García Linera bedienen gezielt unterschiedliche Schichten, in: *Lateinamerika Nachrichten* 384, in: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/891.html>; 09.04.10. ☞
- Stefanoni, Pablo*, 2005: The MAS is of the Centre-Left. Interview with Álvaro García Linera, newly elected Bolivian vice-president, in: *IV Online magazine* 373, in: <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article938>; 09.04.10. ☞
- Ströbele-Gregor, Juliana*, 2007: Indianischer Sozialismus in Bolivien, in: *Le Monde diplomatique* 8401, in: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2007/10/12/a0036.text.name,askVwOUwn.n,14>; 14.08.09. ☞

7.2 SEKUNDÄRLITERATUR

- Albó, Xavier*, 2002: *Pueblos indios en la política*. La Paz.
- Albó, Xavier*, 2008: *Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Perú*. La Paz.
- Alemann, Ulrich von*, 2003: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Archondo, Rafael*, 2007: La ruta de Evo Morales, in: *Nueva Sociedad* 209, in: http://www.nuso.org/upload/articulos/3431_1.pdf; 10.03.10. ☞
- Behrens, Peter-Alberto*, 2005: Bolivien: Die Überraschungswahl. KAS Politischer Bericht, in: http://www.kas.de/proj/home/pub/50/1/-/dokument_id-7750/; 22.07.09. ☞
- Bergfeld, Daniel/Daun, Anna/Schorr, Bettina*, 2005: Koka, Kokain und die bolivianisch-amerikanischen Beziehungen, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin, 497-523.
- Beyme, Klaus von*, 1984: *Parteien in Westlichen Demokratien*. München.
- Boulding, Carew E./Gibson, Clark C.*, 2009: Supporters or Challengers? The Effects of Non-governmental Organizations on Local Politics in Bolivia, in: *Comparative Political Studies* 42, in: <http://cps.sagepub.com/cgi/content/abstract/42/4/479>; 07.10.09. ☞
- Buder, Katrin*, 2006: *Kausachun Coca: The Cocaleros Movement and the Rise of the Movimiento al Socialismo in Bolivia*. Genf.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)*, 2006: *BMZ Konzepte 139: Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik*. Bonn/Berlin, in: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept139.pdf>; 21.01.10. ☞
- Chanez, Oscar*, 2006: „Wir haben keine andere Wahl“. Interview von Georg Ismar, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin, 385-389.

- Deschouwer, Kris*, 2006: Political Parties as multi-level Organizations, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics*. London, 291-300.
- Dittmann, Wencke*, 2009: García Linera, Álvaro, in: <http://www.quetzal-leipzig.de/lexikon-lateinamerika/garcia-linera-alvaro-19093.html>; 09.04.2010. ☺
- Dix, Robert H.*, 1989: Cleavage Structures and Party Systems in Latin America, in: *Comparative Politics* 22, 23-37.
- Do Alto, Hervé*, 2006: Bolivien. Zwischen Indígena-Utopie und Wirtschaftspragmatismus, die MAS erobert die Macht, in: *Inprekorr* 410/411, 1-6, in: <http://www.inprekorr.de/410-boliv.htm>; 30.09.09. ☺
- Do Alto, Hervé*, 2008: El MAS-IPSP boliviano, entre movimiento social y partido político, in: *Análisis político* 62, 25-43, in: www.scielo.org.co/pdf/anpol/v21n/62/v21n62a02.pdf; 30.09.09. ☺
- Ernst, Tanja*, 2009: Koloniale Erbe und aktuelle Politik: soziale Ungleichheit und politischer Wandel in Bolivien, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden, 125-140.
- Escárzaga, Fabiola*, 2009: Die Regierung der sozialen Bewegungen, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden, 79-93.
- Fischer-Bollin, Peter*, 2003: Lateinamerikas politische Parteien im Wandel, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 79-89, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_3214-544-1-30.pdf?040415181814; 05.05.10. ☺
- Fundación CIDOB*, 2005: Biografía de Evo Morales Ayma, in: http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias_lideres_politicos/america_del_sur/bolivia/evo_morales_ayma; 18.09.09. ☺
- Gamboa Rocabado, Franco*, 2009: Bolivia y una preocupación constante: El indianismo, sus orígenes y limitaciones en el siglo XXI, in: *Araucaria. Revista Iberoamericana de Filosofía, Política y Humanidades* 22, 125-151. ☺ (*Dokument wurde von Gamboa selbst per Mail zugesendet*)
- Ganter, Stephan*, 1995: *Ethnizität und ethnische Konflikte. Konzepte und theoretische Ansätze für eine vergleichende Analyse*. Freiburg.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit*, 2006: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrument rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden.
- Goedeking, Ulrich*, 2000/2001: Die Macht politischer Diskurse: Indigene Bewegung, lokale Proteste und die Politik indigener Führungspersonlichkeiten in Bolivien, in: *INDIANA* 17/18, 83-104, in: http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Indiana/Indiana_17_18/05goedeking.pdf; 09.04.10. ☺
- Goedeking, Ulrich*, 2001: Bolivien: Nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 12, 125-132, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0112.pdf; 10.01.09. ☺
- Goedeking, Ulrich*, 2002: Wahlen in Bolivien: Zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada – Bauernvertreter dominieren die Opposition, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 14, 145-152, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0214.pdf; 10.01.09. ☺

- Goedeking, Ulrich*, 2003: Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen, in: Brennpunkt Lateinamerika 5, 41-47, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0305.pdf; 10.01.09. ☺
- Goedeking, Ulrich/Zuazo, Moira*, 2006: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, in: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04120.pdf>; 10.01.09. ☺
- Grey Postero, Nancy*, 2007: Now we are citizens. Indigenous politics in postmulticultural Bolivia. Stanford, California.
- Haller, Dieter*, 2005: dtv-Atlas Ethnologie. München.
- Harten, Sven*, 2007: ¿Hacia un partido “tradicional“? Un análisis del cambio organizativo interno en el Movimiento Al Socialismo (MAS) en Bolivia, in: Nuevo Mundo Mundos Nuevos, 1-21, in: <http://www.nuevomundo.revues.org/index4468.html>; 07.10.09. ☺
- Hopkin, Jonathan*, 2006: Clientelism and Party Politics, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), Handbook of Party Politics. London, 406-412.
- ila*, 2009: El Alto. Gesichter einer Metropole. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Bonn.
- Jost, Stefan*, 2003: Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993-1997. Opladen.
- Jost, Stefan*, 2005: Indigener Protest in Bolivien. Ziele einer radikalisierten Indígena-Bewegung, in: KAS-Auslandsinformationen, 57-78, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.6082/>; 22.07.09. ☺
- Jost, Stefan*, 2006a: Bolivien nach dem politischen Erdbeben, in: GIGA Focus Lateinamerika 2, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0602.pdf; 21.11.08. ☺
- Jost, Stefan*, 2006b: Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 in Bolivien: Auftakt zur demokratischen Revolution?, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin, 211-245.
- Jost, Stefan*, 2008a: Im Fokus: Der Aufstieg indigener Bewegungen in Lateinamerika, in: KAS-Auslandsinformationen, 97-123, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14426-544-1-30.pdf; 31.08.09. ☺
- Jost, Stefan*, 2008b: Das politische System Boliviens, in: *Stiwe, Klaus/Rinke, Stefan* (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden, 86-113.
- Jun, Uwe*, 2004: Parteien und Parteiensystem, in: *Helms, Ludger/Jun, Uwe* (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Frankfurt am Main, 163-193.
- Jun, Uwe*, 2009a: Parteienforschung, in: *Andersen, Uwe* (Hrsg.), Parteien-Parteiensystem-Parteienforschung, in: Politische Bildung 1, 10-31.
- Jun, Uwe*, 2009b: Politische Parteien als Gegenstand der Politischen Soziologie, in: *Kaina, Viktoria/Römmle, Andrea* (Hrsg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden, 235-265.
- Kemlein, Ana*, 2009: Die indigene Bewegung – Konfliktfaktor oder Motor gesellschaftlicher Veränderung?, in: *Jäger, Thomas* (Hrsg.), Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden, 205-238.
- Klein, Herbert S.*, 1982: Bolivia. The evolution of a multi-ethnic society. Oxford.

- Krein, Christel*, 2009: Demokratie lernen ist mühsam. Die Fundación Jubileo fördert die Demokratieentwicklung in Bolivien, in: *Diözesanstelle Weltkirche* (Hrsg.), 50 Jahre Bolivienpartnerschaft. Unsere Mission: Miteinander Zukunft gestalten. Trier, 28-29.
- Kriesi, Hanspeter*, 2008: Political Mobilisation, Political Participation and the Power of the Vote, in: *West European Politics* 31, 147-168.
- Laserna, Roberto/Schwarzbauer, Annette*, 2005: Bolivien: Soziale Bewegungen und Probleme der Regierbarkeit, in: *Europa América Latina: Analysen und Berichte* 19. Rio de Janeiro.
- Lazarte, Jorge*, 2000: Entre dos mundos. La cultura política y democrática en Bolivia. La Paz.
- Lazarte, Jorge*, 2008: Regulación jurídica de los partidos políticos en Bolivia, in: *Zovatto, Daniel* (Hrsg.), Regulación jurídica de los partidos políticos en América Latina, in: <http://pdba.georgetown.edu/Parties/Bolivia/Leyes/regulacionjuridica.pdf>; 22.02.10. ☉
- Lehoucq, Fabrice*, 2008: Bolivia's Constitutional Breakdown, in: *Journal of Democracy* 19, 110-124.
- Lessmann, Robert*, 2005: Bolivien und die Kokaproblematik, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin, 427-450.
- Lessmann, Robert*, 2007: Bolivien: Revolution mit dem Stimmzettel, in: *Berger, Herbert/Gabriel, Leo* (Hrsg.), Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien, 220-261.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein*, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: *Lipset, Seymour/Rokkan, Stein* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York, 1-64.
- Mair, Peter*, 2006: Cleavages, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), Handbook of Party Politics. London, 371-375.
- Mamani Ramírez, Pablo*, 2009: Das Ritual der indigenen Machtergreifung in Bolivien: Evo Morales und die Infragestellung des Selbstbildes der kolonialen Macht, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden, 67-78.
- Mansilla, H. C. F.*, 2004: Manipulierte Modernisierung: Der Fall Bolivien, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 2, 162-174, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/200402mansilla.pdf>; 07.10.09. ☉
- Marmon, Tangmar*, 2005a: Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 12, 141-152, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0512.pdf; 03.02.09. ☉
- Marmon, Tangmar*, 2005b: Bolivien hat die Wahl: Welchen Weg wird der neue Präsident einschlagen?, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 23, 257-268, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0523.pdf; 10.01.09. ☉
- Marmon, Tangmar*, 2006: Bolivien zwischen Protest und Staatsversagen: Defizitäre Parteien und soziale Konflikte als Entwicklungshemmnisse, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin, 183-209.
- Marmon, Tangmar/Kramer, Andrea*, 2006: Ethnische Parteien der Andenländer: Von sozialen Bewegungen zu politischen Gestaltern, in: *GIGA Focus Lateinamerika* 11, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0611.pdf; 14.08.09. ☉

- Matuschek, Peter*, 2008: Erfolg und Misserfolg konservativer Parteien. Die spanische AP-PP und das portugiesische CDS-PP im Vergleich. Wiesbaden.
- Mayorga, Fernando*, 2005: La izquierda campesina e indígena en Bolivia. El Movimiento al Socialismo (MAS), in: *Revista venezolana de ciencia política* 28, 91-119, in: <http://www.saber.ula.ve/bitstream/123456789/24877/2/articulo4.pdf>; 10.03.10. ☺
- Meentzen, Angela*, 2007: Staatliche Indigena-Politik in Lateinamerika im Vergleich. Mexiko, Guatemala, Ekuador, Peru und Bolivien. Lima, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_11359-544-1-30.pdf; 18.08.09. ☺
- Mesa Gisbert, Carlos D.*, 2001: Bolivien im 20. Jahrhundert – eine historische Annäherung, in: *Sevilla, Rafael/Benavides, Ariel* (Hrsg.), *Bolivien – das verkannte Land?* Bad Honnef, 346-376.
- Mesa, José de/Gisbert, Teresa/Mesa Gisbert, Carlos D.*, 2008: *Historia de Bolivia. Séptima edición actualizada y aumentada.* La Paz.
- Müller, Wolfgang C./Sieberer, Ulrich*, 2006: Party Law, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics.* London, 435-445.
- Muñoz-Pogossian, Betilde*, 2008: *Electoral rules and the transformation of Bolivian politics: The rise of Evo Morales.* New York.
- Nohlen, Dieter*, 2001: Die politische Entwicklung Boliviens in den letzten zwei Dekaden. Eine Bilanz, in: *Sevilla, Rafael/Benavides, Ariel* (Hrsg.), *Bolivien – das verkannte Land?* Bad Honnef, 26-42.
- Nohlen, Dieter*, 2007: *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme.* 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen/Farmington Hills.
- Pampuch, Thomas/Echalar, Agustín*, 1998: *Bolivien.* Beck'sche Reihe. München.
- Peoples, James/Bailey, Garrick*, 2003: *Humanity. An Introduction to Cultural Anthropology.* 6. Auflage, CA: Wadsworth.
- Poguntke, Thomas*, 2006: Political Parties and other Organizations, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics.* London, 396-405.
- Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo – PNUD*, 2004: *Interculturalismo y Globalización. La Bolivia posible. Informe Nacional de Desarrollo Humano 2004*, in: <http://idh.pnud.bo/webportal/LinkClick.aspx?fileticket=3aGBKgQmoWM%3d&tabid=173&mid=694>; 17.03.10. ☺
- Quiroga, Yesko*, 2004: Referendum in Bolivien: Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 15, 161-170, in: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0415.pdf; 10.01.09. ☺
- Randall, Vicky*, 2006: Political Parties and Social Structure in the Developing World, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics.* London, 387-395.
- Rice, Roberta*, 2006: Die Evolution indigener Politik in Bolivien, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 36, 49-60.
- Rinke, Stefan/Stüwe, Klaus*, 2008: Politische Systeme Amerikas: Ein Vergleich, in: *Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan* (Hrsg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung.* Wiesbaden, 7-58.
- Rudzio, Wolfgang*, 2003: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.* 6. Auflage. Opladen.

- Sartori, Giovanni*, 1990: The Sociology of Parties: A Critical Review, in: *Mair, Peter* (Hrsg.), *The West European Party System*. New York, 150-182.
- Scheuzger, Stephan*, 2004: Die Re-Ethnisierung gesellschaftlicher Beziehungen – neuere indigene Bewegungen, in: *Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans Werner* (Hrsg.), *Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien, 153-173.
- Schildt, Janine*, 2007: Evo Morales: Die Konstitution einer neuen lateinamerikanischen Heldenfigur. Arbeitspapiere zur Iberoromanischen Literatur- und Kulturwissenschaft. Halle.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo*, 2005: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: *Schmid, Josef/Zolleis, Udo* (Hrsg.), *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*. Wiesbaden, 9-21.
- Schoop, Wolfgang*, 2006: Regionale Disparitäten in Bolivien: Ausdruck einer unharmonischen Entwicklung, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin, 403-426.
- Schröder, Ingo W.*, 1998: Einleitung: Ethnisierung als Strategie sozialer Schließung in sozio-politischen Kontexten, in: *Grugel, Andrea/Schröder, Ingo W.* (Hrsg.), *Grenzziehungen. Zur Konstruktion ethnischer Identitäten in der Arena sozio-politischer Konflikte*. Frankfurt am Main, 1-21.
- Schwarzbauer, Annette*, 2005: Indígena und Politik im Andenraum: Bolivien, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 79-94, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.6083/>; 22.07.09. ☺
- Siavelis, Peter M.*, 2006: Party and Social Structure, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics*. London, 359-370.
- Shultz, Jim*, 2008: La guerra del agua en Cochabamba y sus secuelas, in: *Shultz, Jim/Crane Draper Melissa* (Hrsg.), *Desafiando la globalización. Historias de la experiencia boliviana*. La Paz, 17-51.
- Stefanoni, Pablo*, 2003: MAS-IPSP: la emergencia del nacionalismo plebeyo, in: *Observatorio Social de América Latina* 12, 57-68, in: <http://168.96.200.17/ar/libros/osal/osal12/d1stefanoni.pdf>; 30.09.09. ☺
- Stefanoni, Pablo*, 2006: El nacionalismo indígena en el poder, in: *Observatorio Social de América Latina* 19, 37-44, in: <http://www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal19/stefanoni.pdf>; 30.09.09. ☺
- Steffani, Winfried*, 1988: Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteianalyse, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4, 549-560.
- Steinhauf, Andreas*, 2002: Die Unterdrückten als Protagonisten, in: *Bendel, Petra/Krennerich, Michael* (Hrsg.), *Soziale Ungerechtigkeit. Analysen zu Lateinamerika*. Frankfurt am Main, 228-245.
- Ströbele-Gregor, Juliana*, 1997: Zwischen Konfrontation und Kooperation: Indianische Bewegung und Staat in Bolivien, in: *Gleich, Utta von* (Hrsg.), *Indigene Völker in Lateinamerika. Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?* Frankfurt am Main, 127-157.
- Ströbele-Gregor, Juliana*, 2004: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie, in: *Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (Hrsg.), *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn, 1-27, in: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/04-0306.pdf>; 18.08.09. ☺

- Ströbele-Gregor, Juliana*, 2006a: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien, in: *Bopp, Franziska/Ismar, Georg* (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin, 279-326.
- Ströbele-Gregor, Juliana*, 2006b: Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51-52, 5-11.
- Ströbele-Gregor, Juliana*, 2009: Evo Morales Ayma, in: *Werz, Nikolaus* (Hrsg.), *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt am Main, 572-588.
- Svampa, Maristella/Stefanoni, Pablo*, 2007: Entrevista a Álvaro García Linera: „Evo simboliza el quiebre de un imaginario restringido a la subalternidad de los indígenas“, in: *Observatorio Social de América Latina* 22, 143-164, in: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal22/AC22SvampaStefanoni.pdf>; 30.09.09. ☺
- Tokarski, Irene*, 2006: Kirche und Partizipation in Bolivien. Die Option für die Armen der bolivianischen Kirche im Partizipationsprozess zur Armutsreduzierungsstrategie PRSP. Berlin.
- Tórrez, Yuri F./Zegada, María Teresa*, 2008: Movimientos sociales en tiempos de poder. Articulaciones y campos de conflicto en el gobierno del MAS (2006-2007). Cochabamba.
- Van Cott, Donna Lee*, 2000: Party System Development and Indigenous Populations in Latin America: The Bolivian Case, in: *Party Politics* 6, 155-174, in: <http://ppq.sagepub.com/cgi/content/abstract/6/2/155>; 07.10.09. ☺
- Van Cott, Donna Lee*, 2005: From Movements to Parties in Latin America. The Evolution of Ethnic Politics. New York.
- Van Cott, Donna Lee*, 2007: Latin America's Indigenous Peoples, in: *Journal of Democracy* 18, 127-141.
- Van Cott, Donna Lee*, 2008: Radical Democracy in the Andes. New York.
- Vassallo, Francesca/Wilcox, Clyde*, 2006: Party as a Carrier of Ideas, in: *Katz, Richard/Crotty, William* (Hrsg.), *Handbook of Party Politics*. London, 413-421.
- Waldmann, Peter*, 1978: Caudillismo als Konstante der politischen Kultur Lateinamerikas?, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 15, 191-207.
- Weber, Max*, 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.
- Werz, Nikolaus*, 2003: Alte und neue Populisten in Lateinamerika, in: *Werz, Nikolaus* (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*. Opladen, 45-64.
- Werz, Nikolaus*, 2008: *Lateinamerika. Eine Einführung*. Baden-Baden.
- Wiesendahl, Elmar*, 1998: *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen/Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar*, 2006: *Parteien*. Frankfurt am Main.
- Yashar, Deborah J.*, 2005: *Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge*. New York.
- Zibechi, Raul*, 2009: *Bolivien. Die Zersplitterung der Macht*. Hamburg.
- Zuazo, Moira*, 2008: ¿Cómo nació el MAS? La ruralización de la política en Bolivia. Entrevistas a 85 parlamentarios del partido. La Paz.